

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

11. Mai 2022

15.434 n Parlamentarische Initiative (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie uns zur Vernehmlassung zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz (Erwerbssersatzgesetz, EOG) und weiterer Erlasse eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Initiantin der Initiative bezeichnet es als stossend, wenn gerade in diesen seltenen, tragischen Fällen (des Versterbens eines Elternteils während des Mutterschafts- beziehungsweise Vaterschaftsurlaubs) ohnehin bereitgestellte Gelder eingespart würden.

Aus Sicht des Regierungsrats gilt es zu bedenken, dass mit der vorgeschlagenen Lösung jedoch nicht einfach nur noch nicht bezogene Leistungen auf den anderen Elternteil übertragen werden, sondern es wird formell ein gänzlich neuer Leistungsanspruch begründet. Der Vollzug wäre mit grossem Aufwand verbunden.

Bezüglich der Auswirkungen auf andere Sozialversicherungsleistungen wird aus dem erläuternden Bericht nicht klar, wie diese Leistungen untereinander konkurrieren beziehungsweise abzustimmen sind. Beispielsweise kann aufgrund des Todesfalls ein Anspruch auf eine Waisenrente, eine Witwen- oder Witwenrente bestehen sowie allenfalls auf einen Lohnnachgenuss gemäss Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht). Der zu erwartende Koordinationsaufwand dieser Ansprüche mit anderen Ausgleichskassen und anderen Sozialversicherungen erscheint beträchtlich.

Trotz des grossen Aufwands im Hinblick auf den Vollzug anerkennt der Regierungsrat, dass der hinterbliebene Elternteil bei Verlust des anderen Elternteils so kurz nach der Geburt eines Kindes auf Unterstützung angewiesen ist. Der Regierungsrat spricht sich für den Minderheitsantrag Schläpfer, Amaudruz, de Courten, Glarner, Hess Erich, Rügger aus. Der Regierungsrat stimmt der Begründung zu, dass der Urlaub im Todesfall und der Vaterschaftsurlaub (beziehungsweise der Mutterschaftsurlaub) nicht kumuliert werden sollen, da dies im Vergleich zur geltenden Regelung einen Ausbau der Leistungen bedeuten würde.

Den redaktionellen und begrifflichen Anpassungen in der Vorlage, welche sich aufgrund der Annahme der Ehe für alle in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben, stimmt der Regierungsrat im Übrigen ohne Bemerkungen zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- marie.buchs@bsv.admin.ch
- daniel.koch@sva-ag.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
marie.buchs@bsv.admin.ch

Appenzell, 28. April 2022

Parlamentarische Initiative Weibel «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

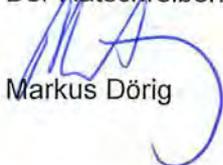
Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie uns im Rahmen der oben erwähnten Initiative die Vernehmlassungsunterlagen zum Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie teilt die Meinung der Kommission für soziale Sicherheit des Nationalrats, dass heute angesichts der Härte dieser Situation trotz weniger Fälle ein Handlungsbedarf besteht und die bestehende gesetzliche Lücke geschlossen werden soll. Sie unterstützt den Minderheitsantrag der Kommission, welcher eine Kumulation des Urlaubs im Todesfall eines Elternteils als Leistungsausbau erachtet. Sie lehnt eine Kumulation ab. Es soll nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, und der Vaterschaftsurlaub soll darin eingeschlossen sein.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

marie.buchs@bsv.admin.ch

[PDF- und Word-Version]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 13. Mai 2022

Eidg. Vernehmlassung; Vorentwurf im Rahmen der pa. Iv. 15.434 Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 wurden die Kantonsregierungen von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) eingeladen, zum Vorentwurf der Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG; SR 834.1) Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 24. Mai 2022.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (Pa.Iv. 15.434)». Er unterstützt grundsätzlich das Ziel der Vorlage, wonach ein durch die Erwerbsersatzordnung entschädigter Urlaub eingeführt werden soll für Fälle, in denen ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes verstirbt. Das ermöglicht dem hinterbliebenen Elternteil die familiäre Aufgabe besser wahrzunehmen und sich um das Neugeborene zu kümmern, ohne das hierfür die Erwerbstätigkeit aufgeben werden müsste.

Die Ausdehnung der ursprünglichen Vorlage auf die Gewährung eines zum Vaterschaftsurlaub äquivalenten Urlaubsanspruchs zugunsten der Mutter bei Tod des Vaters wird mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung begründet. Da sich der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub aber in grundsätzlicher Weise voneinander unterscheiden, ist fraglich, inwieweit eine solche Ausdehnung aus Gründen der Gleichbehandlung in sachlicher Hinsicht tatsächlich erforderlich ist. Angesichts der nur minimalen Mehrkosten ist auch ein Ersatzurlaub für die Mutter beim Tod des Vaters sachlich vertretbar, weshalb der Regierungsrat das Anliegen der Minderheit der SGK-N nicht teilt.

Der Regierungsrat erachtet einzig die gesetzliche Regelung, wonach der Urlaub an einem Stück zu beziehen sei, kritisch. Sollte der vollständige Urlaub tatsächlich unmittelbar an den Tod der Mutter anschliessen, bedeutet das für den Vater 14 Wochen Kinderbetreuung und Trauerarbeit am Stück. Sinnvoller wäre eine flexible Lösung mit einer Zwei- oder Dreiteilung der Urlaubswochen: So könnte ein längerer Zeitraum abgedeckt und eine



nachhaltige, tragfähige familienergänzende Betreuung aufgebaut werden. Eine flexible Lösung käme auch den Arbeitgebenden entgegen, zumal am Arbeitsplatz ebenso eine langfristige Lösung gefunden werden muss.

In Zuge dieser Änderung des EOG möchte der Regierungsrat darauf hinweisen, dass die innert kürzester Zeit diversen neu geschaffenen Entschädigungstatbestände besser hätten miteinander koordiniert werden können. Da auf öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse das OR (SR 220) nicht anwendbar ist, muss bei jeder Änderung im Erwerbsersatzgesetz, mit welcher neue Entschädigungstatbestände geschaffen werden, in den jeweiligen kantonalen personalrechtlichen Erlassen ein korrespondierender Urlaubsanspruch geschaffen werden, dass auch öffentlich-rechtliche Angestellte von den neuen Erwerbsersatzentschädigungen profitieren können. Die damit verbundenen Rechtsetzungsarbeiten nehmen – insbesondere, wenn wie im Kanton Appenzell Ausserrhoden ein formelles Gesetz geändert werden muss – eine längere Vorlaufzeit in Anspruch. Eine derart gestaffelte Einführung generiert somit zusätzlichen Aufwand für die Kantone.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 6

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
CH-3003 Bern

per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

RRB Nr.: 527/2022 18. Mai 2022
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (15.434) Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) die Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft unterbreitet. Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit den Änderungen des Erwerbersatzgesetzes (EOG) und des Obligationenrechts (OR) soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Es geht dabei vor allem um Regelungen betreffend den Anspruch, die Dauer, die Entschädigung sowie Ferien, Kündigungsschutz und verbleibende Ansprüche auf Vaterschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen grundsätzlich. Die Situation des Todes eines Elternteils kurz nach der Geburt des Kindes ist für den hinterbliebenen Elternteil ausserordentlich schwierig. Es rechtfertigt sich daher, dem hinterbliebenen Elternteil einen zusätzlichen Urlaub bei gleichzeitiger Entschädigung zu gewähren. Angesichts der tiefen Fallzahlen sind die Kosten bewältigbar. Der Regierungsrat ist auch mit den redaktionellen Änderungen einverstanden, die aufgrund der Ehe für alle nötig sind.

Der Regierungsrat erachtet den Mehrheitsantrag als die angemessenere Lösung, weil sie der schwierigen Situation des hinterbliebenen Elternteils besser Rechnung trägt. Zudem fallen die Mehrkosten gegenüber dem Minderheitsantrag nicht ins Gewicht. Gemäss Mehrheitsantrag soll der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Für die Mutter ist ein Urlaub von 2 Wochen vorgesehen, wenn der Vater während der 6 Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Der hinterbliebene Elternteil hat zudem je unverändert Anspruch auf Vaterschafts- beziehungsweise Mutterschaftsurlaub.

Der Minderheitsantrag sieht vor, dass die Taggelder des Vaterschaftsurlaubs bzw. des Urlaubs des anderen Elternteils in den Taggeldern des 14-wöchigen Urlaubs im Todesfall der Mutter eingeschlossen sein sollen. Zudem soll die hinterbliebene Mutter im Todesfall des Vaters bzw. des anderen Elternteils keinen Urlaub erhalten. Dies wird der Situation des hinterbliebenen Elternteils weniger gerecht als die Lösung des Mehrheitsantrags.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

– Direktion für Inneres und Justiz

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
CH-3003 Bern

Per Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Liestal, 17. Mai 2022

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 hat uns die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates eingeladen, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht in rubrizierter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir bestens und äussern uns wie folgt:

Die Regierung anerkennt trotz sehr weniger Todesfälle eines Elternteils kurz nach der Geburt in Anbetracht der ausgesprochenen Härte dieser Situation den Handlungsbedarf und pflichtet dem Vorentwurf der gesetzlichen Regelung eines entschädigten Urlaubs für den hinterbliebenen Elternteil bei:

Indem nach dem Tod der Mutter der hinterbliebene Elternteil einen über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Urlaub von 14 Wochen erhält, wird es ihm ermöglicht, sich intensiv um das Neugeborene zu kümmern, familiäre Aufgaben neu zu organisieren und zu erledigen sowie diese sehr belastende Situation besser zu bewältigen. Der zusätzliche Druck, die Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen oder unbezahlten Urlaub und/ oder Ferien beziehen zu müssen, entfällt während dieser Zeit. Die Regierung spricht sich dafür aus, die 14 entschädigten Urlaubswochen dem hinterbliebenen Elternteil ungeachtet des Anspruchs auf entschädigten Vaterschaftsurlaub bzw. entschädigten Urlaub des anderen Elternteils zu gewähren.

Neben diesem gewährten 14-wöchigen Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil beim Tod der Mutter begrüsst die Regierung ebenfalls den zweiwöchigen Anspruch auf entschädigten Urlaub für die Mutter im Falle des Todes des anderen Elternteils.

Die gleichzeitig in dieser Vorlage behandelten redaktionellen Anpassungen, die sich aufgrund der Inkraftsetzung der Vorlage «Ehe für alle» per 1. Juli 2022 ergeben, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail sekretariat@bsv.admin.ch

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit SGK-NR
3003 Bern

Basel, 17. Mai 2022

Regierungsratsbeschluss vom 17. Mai 2022

**Nationalrat; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; 15.434 n Pa. Iv. (Kessler)
Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter; Vernehmlassung
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie uns zur Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung (EOG) eingeladen.

Bei Tod eines Elternteils kurz nach der Geburt eines Kindes sollen Leistungen gewährt werden, damit der überlebende Elternteil dessen Familienpflichten erfüllen kann. Diese Leistungen werden in Form von Mutterschafts- oder Vaterschaftsentschädigungen gemäss Artikel 15 und 20 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung (EOG) entrichtet.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erachtet die geplante Änderung als sinnvoll und unterstützt deshalb die Vorlage.

Für Rückfragen steht Ihnen Mike Oberholzer, Leiter Ausgleichskasse Basel-Stadt,
Tel. 061 685 22 00; mike.oberholzer@ak-bs.ch, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Services du Parlement
Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique du Conseil national CSSS-N
Palais du Parlement
3003 Berne

Courriel : marie.buchs@bsv.admin.ch

Fribourg, le 10 mai 2022

2022-484

Modification de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (octroi du congé de maternité au père en cas de décès de la mère)

Monsieur le Président du CSSS-N,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier de mise en consultation du 17 février 2022. Le Conseil d'Etat remercie le CSSS-N et l'OFAS pour l'élaboration du dossier et l'invitation à prendre position concernant l'objet susmentionné.

Après avoir analysé les documents reçus, nous apportons notre soutien au projet de modification. La modification ne touchera que très peu de personnes, mais pour ces dernières l'enjeu est très important.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président du CSSS-N, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Marc Valloton, Vice-chancelier

Copie

—

à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle, l'Etablissement cantonal des assurances sociales ECAS et à l'Office fédéral des assurances sociales OFAS ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 18 mai 2022

Le Conseil d'Etat

2082-2022

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et de
la santé publique
Monsieur Albert Rösti
Président
Palais fédéral
3003 Berne

Concerne : 15.434 Initiative parlementaire. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère – ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Président,

Votre courrier du 17 février 2022, adressé à l'ensemble des gouvernements cantonaux concernant l'objet cité sous rubrique, nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

Après un examen attentif de l'avant-projet soumis et du rapport explicatif qui l'accompagne, nous vous informons que notre Conseil est favorable, sur le principe, à l'octroi d'un congé pour le parent survivant, qui serait indemnisé par le régime des allocations pour perte de gain (APG), comme le sont les congés de maternité et de paternité. Il tient à saluer également l'élargissement du champ d'application du projet dans un souci d'égalité de traitement, afin que la mère ait également droit à des jours de congé indemnisés en cas de décès du père.

Bien que les cas soient rares, nous estimons, à l'instar de la commission, qu'il convient de prendre des dispositions afin de permettre au parent survivant de remplir ses obligations familiales, sans devoir abandonner son activité professionnelle.

Actuellement, la protection offerte par le code des obligations en cas d'empêchement de travailler du salarié pour une période donnée suite au décès d'un parent proche, qui ne prévoit pas une durée de maintien du salaire, est susceptible de conduire à des prises en charge différenciées selon les cas, ce qui n'est pas satisfaisant. En outre, la durée du congé usuel accordé par l'employeur pour faire face à une situation familiale spéciale, telle que le décès du ou de la partenaire, est courte, généralement de l'ordre de un à trois jours, et une prolongation ne peut être envisagée que dans certaines limites. La réglementation spécifique proposée permet ainsi de mieux prendre en compte la situation du parent survivant devant élever seul le nouveau-né suite au décès de l'autre parent, en lui garantissant le droit à un congé dont la durée et l'indemnisation correspondante seront clairement définies dans la loi.

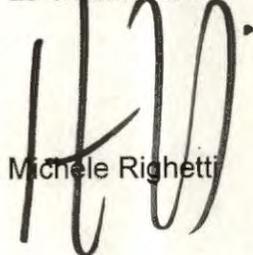
Notre Conseil considère qu'il convient de privilégier une solution simple et facilement applicable, qui prenne en compte les intérêts tant des personnes concernées que des employeurs. Partant, la proposition de la minorité de la commission, selon laquelle seul le père aurait droit à un congé, qui durerait 14 semaines, en cas de décès de la mère et qui engloberait le congé de paternité, n'emporte pas son adhésion. Le congé en cas de décès et celui en cas de paternité couvrent en effet des situations différentes. En outre, l'égalité entre femmes et hommes ne peut être réalisée que si l'on accorde aussi à la mère les deux semaines de congé de paternité en cas de décès du père ou de l'autre parent.

Enfin, les adaptations rédactionnelles proposées à l'appui de cet avant-projet, rendues nécessaires par l'adoption de la modification du code civil (CC) relative au mariage civil pour tous, sont approuvées.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

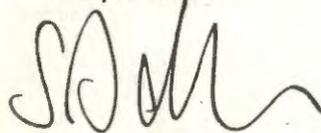
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Serge Dal Busco

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail an:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Glarus, 10. Mai 2022
Unsere Ref: 2022-275

Vernehmlassung i. S. 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Regierungsrat des Kantons Glarus unterstützt grundsätzlich die Einführung eines Urlaubs für den hinterbliebenen Elternteil und deren Entschädigung analog zum Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub über die Erwerb ersatzordnung. Auch wenn der Todesfall eines Elternteils während des Urlaubs glücklicherweise selten vorkommt, so sollte ein solcher Schicksalsschlag nicht noch durch allfällige Sorgen um den Arbeitsplatz und damit einhergehende finanzielle Sorgen verschlimmert werden. Die ersten Lebensmonate sind für ein Kleinkind sehr prägen. Umso wichtiger ist es, dass der verbliebene Elternteil sich intensiv um das Neugeborene kümmern, auf die eigene Gesundheit achten und Zeit hat, sich auf die neue Lebenssituation einzustellen.

Die SGK-N schlägt vor, dass der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub ist unmittelbar nach dem Tod und am Stück zu beziehen, analog der Regelung des Mutterschaftsurlaubs. Auch sprach sich die SGK-N aus verschiedenen Gründen dafür aus, dass der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub unverändert erhalten bleibt. Die Gründe die dafür sprechen werden jedoch nicht genannt und können somit auch nicht nachvollzogen werden. Mit dem Argument, dass aus Gründen der Gleichbehandlung die hinterbliebene Mutter ebenfalls Anspruch auf Urlaub erhalten soll, wenn der rechtliche Vater stirbt, schlägt die Kommission vor, der Mutter einen Urlaub von zusätzlichen zwei Wochen zu gewähren, wenn der Vater während der sechs Monate nach der Geburt stirbt. Dieser Urlaub soll, analog der Regelung des Vaterschaftsurlaubs, wochen- oder tageweise innerhalb der sechs Monate nach dem Tod bezogen werden können. Eine Gleichbehandlung wäre aber auch dann gegeben, wenn der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub in den 14-wöchigen Urlaub integriert wird. Eine Aufstockung auf 16 Wochen scheint uns deshalb nicht opportun.

Mit Bezug auf die obigen Ausführungen unterstützt der Regierungsrat des Kantons Glarus den Minderheitsantrag gemäss Ziffer 3.1 der Erläuterungen, welcher in zwei Punkten vom Vorschlag der Kommission abweicht:

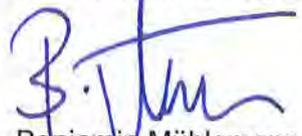
- Die Taggelder der Vaterschaftsentschädigung sollen in den Taggeldern des 14-wöchigen Urlaubs im Todesfall der Mutter eingeschlossen werden
- Die hinterbliebene Mutter soll im Todesfall des Vaters keinen Urlaub erhalten.

Das Anliegen der parlamentarischen Initiative wird auch mit diesem Vorschlag umgesetzt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Benjamin Mühleemann
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- marie.buchs@bsv.admin.ch



Sitzung vom
17. Mai 2022

Mitgeteilt den
18. Mai 2022

Protokoll Nr.
454/2022

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

per E-Mail an:

marie.buchs@bsv.admin.ch

**15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter;
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 17. Februar 2022 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Das Anliegen, einen Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil zu gewähren, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, unterstützen wir. Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit für eine Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende, bei Mutterschaft und bei Vaterschaft (Erwerbssersatzgesetz, EOG; SR 834.1) und weiterer Erlasse erscheint uns zielführend und gibt zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et
de la santé publique
3003 Berne
Envoyé par courriel à :
marie.buchs@bsv.admin.ch

Delémont, le 10 mai 2022

Procédure de consultation - 15.434 n IV. Pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames et Messieurs les Conseillers nationaux,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de l'avoir invité à participer à cette procédure de consultation et vous transmet ci-après sa prise de position.

I. Remarques générales

L'élément déterminant retenu par le Gouvernement jurassien est la situation dramatique que vivent les familles confrontées au décès d'un parent. La législation qui prévaut actuellement doit être modifiée afin de permettre d'apporter un soutien au moins équivalent à ce qui aurait été alloué si le décès n'était pas survenu.

Les cas de figure sont heureusement rarissimes (cinq décès maternels survenus jusqu'à un an après la naissance de l'enfant, pour 100'000 naissances). L'impact financier de la modification proposée par la majorité de la Commission est donc minime et largement supportable par le régime des APG sans que le taux de cotisation actuel (0,5%) ne doive être relevé.

S'agissant des modalités de mise en œuvre, la solution retenue par le projet permet une application simple par les organes d'exécution, étant donné que les conditions d'octroi, la durée et le montant

de l'allocation ne seront examinés que pour le parent survivant. Il n'y aura ainsi pas besoin de se préoccuper préalablement des conditions du droit aux indemnités du parent décédé, ni du nombre de jours déjà indemnisés ou encore des montants éventuels déjà perçus. De plus, cette solution permet de n'impliquer qu'une seule caisse de compensation et évite ainsi les démarches visant à déterminer sa compétence. Le projet de la minorité de la Commission impliquerait au contraire une complexité qui ne paraît pas justifiée, eu égard aux économies somme toute limitées que sa proposition occasionnerait.

II. Remarques par articles

Articles 16b, 16i, 16j, 6k, 16m et 20

Les modifications rédactionnelles visant à intégrer dans la LAPG l'entrée en vigueur du mariage civil pour tous sont pertinentes.

Art. 16c^{bis} nouveau – décès de l'autre parent

Cet article pose le principe que si l'autre parent (père ou épouse de la mère) décède dans les 6 mois qui suivent la naissance de l'enfant, la mère a droit à 2 semaines de congé en supplément à son propre congé maternité. Ce supplément de congé est indemnisé par l'allocation à l'autre parent, octroyé dans un délai-cadre de 6 mois à compter du jour du décès.

Concrètement, il s'agira, pour la caisse de compensation qui octroie l'allocation de maternité, de verser un supplément de 2 semaines d'indemnités après la fin du droit à l'allocation maternité de 98 jours (voire plus en cas d'hospitalisation du nouveau-né) du même montant, par jours isolés ou par semaine, même si elle a repris le travail, et tout en tenant compte du délai-cadre de 6 mois suite au décès.

Cette nouvelle prestation est complémentaire à une prestation existante et ne nécessite pas de coordination avec les prestations de l'autre parent et sa caisse de compensation ni de calculs de prestations résiduelles en nombre de jours ou en montant. Les versements sont effectués auprès de l'employeur de la mère, ou directement à la mère si elle est indépendante.

Ainsi, la solution adoptée par la Commission est d'application simple, n'engendrant pas de disposition organisationnelle particulière de la part des organes d'exécution. Le Gouvernement jurassien soutient donc l'art. 16c^{bis} tel que proposé.

Quant à la proposition de la minorité de la Commission de biffer cette disposition, le Gouvernement jurassien est d'avis qu'elle est difficilement soutenable pour des raisons d'égalité de traitement entre la mère et l'autre parent. Il convient au contraire de soutenir l'autre parent confronté au décès de la mère, ce d'autant plus que les économies que permettrait la solution de la minorité sont négligeables.

Art. 16k^{bis} nouveau – décès de la mère

En cas de décès de la mère le jour de l'accouchement ou dans les 97 jours qui suivent, l'avant-projet prévoit que le père ou le conjoint de la mère a droit aux allocations maternité s'il remplit les conditions d'octroi de l'allocation à l'autre parent.

La durée de versement correspond à l'allocation maternité, soit 98 jours sans interruption (prolongation de 56 jours en cas d'hospitalisation du nouveau-né), et le droit débute le jour suivant le décès de la mère. Le versement s'éteint pour les mêmes motifs que l'allocation maternité, notamment en cas de reprise de travail avant les 98 jours. Le montant de l'allocation versée sous forme d'indemnités journalières correspond à l'actuelle allocation paternité, soit 80 % du revenu moyen de l'activité lucrative.

Ces allocations en cas de décès sont complémentaires aux allocations à l'autre parent. Le délai-cadre de 6 mois dans lequel cette allocation doit être revendiquée, qui a débuté à la naissance, est interrompu pendant la durée de perception de l'allocation maternité. L'autre parent conserve ainsi son droit à deux semaines de congé pour autre parent.

L'autre parent dépose la demande de prestations auprès de sa caisse de compensation, laquelle était déjà compétente pour traiter sa demande d'allocations paternité (allocation à l'autre parent). En effet, la même caisse de compensation reste compétente pour les deux types de prestations et verse l'indemnité à l'employeur de l'autre parent salarié ou au parent lui-même s'il est indépendant.

Comme pour l'allocation en cas de décès de l'autre parent, la solution adoptée par la Commission est simple et permet une application sans autre adaptation par les organes d'exécution. Le Gouvernement jurassien la soutient.

La proposition de la minorité, au contraire, implique une complication supplémentaire que les faibles économies qu'elle pourrait permettre ne la justifient pas, d'autant plus au vu de la faible occurrence des cas de figure où elle pourrait trouver application.

III. En conclusion

Le Gouvernement jurassien soutient l'avant-projet soumis à la consultation.

Il préconise au surplus de rejeter la solution de la minorité de la Commission : outre le fait qu'elle occasionne des complications superflues s'agissant de l'allocation en cas de décès de la mère, elle n'implique que des économies marginales, faites aux dépens des parents confrontés au décès de leur conjoint.

Tout en vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous adresse, Monsieur le Président de la Commission, Madame, Monsieur, l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

David Éray
Président



Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État



Gesundheits- und Sozialdepartement

Departementssekretariat

Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Per E-Mail

martin.buchs@bsv.admin.ch

Luzern, 3. Mai 2022

Protokoll-Nr.: 536

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter – Vernehmlassung der SGK-N zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Umsetzung der oben genannten parlamentarischen Initiative haben Sie den Regierungsrat des Kantons Luzern mit Schreiben vom 17. Februar 2022 zu einer Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danke ich Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und teile ich Ihnen mit, dass wir die vorgeschlagenen Änderungen unterstützen.

Wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes verstirbt, erlischt aktuell der Anspruch auf Mutterschafts- respektive Vaterschaftsurlaub des hinterbliebenen Elternteils. Dieser selten auftretenden Situation trägt die vorgeschlagene Änderung des EOG angemessen Rechnung. Der neu vorgesehene Anspruch auf einen Urlaub mit einer festgelegten Dauer und Entschädigung wird dem hinterbliebenen Elternteil erlauben, familiäre Aufgaben wahrzunehmen, ohne dass die Erwerbstätigkeit aufgegeben werden muss. Es gibt zwar wenige Todesfälle eines Elternteils kurz nach der Geburt. Aufgrund der ausgesprochenen Härte dieser Situation für die betroffenen Familien und der marginalen finanziellen Konsequenzen teilen wir den identifizierten Handlungsbedarf des Bundes zur Einführung einer gesetzlichen Regelung.

Wir danken für den Vorentwurf des Bundes zu den Änderungen der rechtlichen Bestimmungen, die wir explizit aufgrund der positiven Wirkung auf die hinterbliebenen Elternteile und ihre Kinder unterstützen. Ebenso begrüssen wir die gleichzeitig geplanten redaktionellen und begrifflichen Anpassungen zur Vaterschaftsentschädigung, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

Zu einzelnen Bestimmungen

Art. 16c^{bis}

Wir erachten die gesetzliche Bestimmung als sinnvoll und begrüßen eine Lösung für diese wenigen, aber sehr Schicksal geprägten Ereignisse. Finanzielle Einsparungen wie von einer Minderheit der Kommission durch die Streichung von Art. 16c^{bis} EOG gefordert, lehnen wir ab.

Art. 16 i, 16 j, 16 k, 16 k^{bis}

Wir anerkennen die parlamentarische Ausarbeitung dieser gesetzlichen Bestimmungen und folgen der Kommissionsmehrheit.

Änderung anderer Erlasse

Änderungen anderer Erlasse im Obligationenrecht OR
Keine Bemerkungen

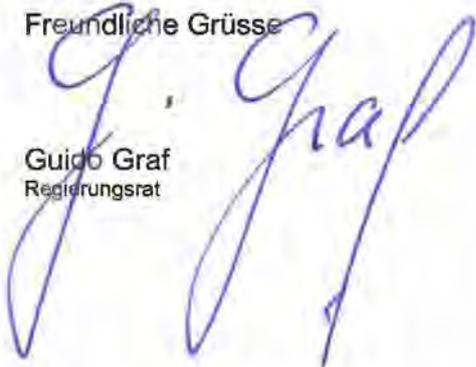
Änderungen anderer Erlasse in Bezug auf die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, der Unfallversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft

Die Änderungen in Bezug auf die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, der Unfallversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft erscheinen uns als folgerichtig. Warum allerdings das Bundesgesetz über Familienzulagen FamZG nicht bei den Änderungen aufgeführt ist, kann nicht nachvollzogen werden. Die Weitergewährung der Familienzulagen nach FamZG dürfte in diesem besonders schicksalsträchtigen Sachverhalt zum Unterhalt des Kindes in der Mehrzahl der Fälle zur Anwendung kommen. Es ist zu empfehlen, dass im FamZG, resp. in der FamZV, Klärung dahin geschaffen wird, dass der Zulagenanspruch bestehen bleibt.

Ich danke Ihnen abschliessend erneut für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungsrat





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique
3003 Berne

15.434 n Iv. pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Monsieur le président,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance de l'avant-projet qui lui été soumis en consultation, et vous remercie de l'avoir sollicité.

Traditionnellement attaché aux valeurs sociales liées à la famille et à l'intégration, notre Canton est en effet sensible à la problématique soulevée.

Ainsi, l'avant-projet proposé en consultation représente aux yeux de notre gouvernement une amélioration dont la portée est certes limitée, mais dont les bénéfices sont indéniables en terme de politique familiale. Les solutions proposées par la majorité de la Commission sont à même de régler de manière efficace des situations dramatiques que seules des discussions et négociations entre parents survivant-e-s et employeurs peuvent actuellement régler, avec des différences de traitement différentes en fonction des contextes professionnels .

Le nombre relativement faible de situations, associé au fait que bon nombre des cas se traduiront par un transfert ne générant pas d'accroissement sensible des indemnités versées, ne générera qu'une augmentation modeste des dépenses à charge de la collectivité.

Toutefois, nous sommes sensibles à la nécessité de l'adoption de dispositions simples et compréhensibles pour les parties concernées. La rédaction proposée est relativement compliquée et une traduction de ces dernières sous forme de message parlant sera cas échéant nécessaire afin que chacun-e puisse être mis-e au courant de ses droits et obligations.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le président, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 27 avril 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Nationalrätliche Kommission für soziale
Sicherheit und Gesundheit
Kommissionspräsident
Albert Rösti
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 3. Mai 2022

Parlamentarisch Initiative 15.434 «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Rösti

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 laden Sie die Kantonsregierungen zu einer Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative 15.434 «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» ein. Wir danken für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

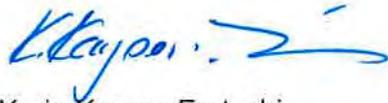
Für die Durchführung respektive Abwicklung dieser zusätzlichen Leistung im EOG sieht der Regierungsrat des Kanton Nidwalden keine Probleme. Allenfalls ergibt sich ein gewisser Programmierungsaufwand (ICT), der sich aber im Rahmen halten sollte. Alternativ könnte überlegt werden, für die wenigen Fälle eine einfachere Lösung (z.B. einfaches Excel-Sheet für die Abrechnung) zu nutzen. Dies hängt für die Ausgleichskassen, welche die EO durchführen, aber insbesondere davon ab, welche Anforderungen der Bund an allfällige Statistiken stellen wird. Diesbezüglich wird begrüsst, wenn die Statistik so einfach wie möglich gehalten werden. Dies auf dem Hintergrund, dass die Durchführungskosten (und somit auch allfälliger Programmierungsaufwand) grundsätzlich von den Beitragszahlern (Arbeitgeber) übernommen werden müssen.

Wie erwähnt, ist nur mit wenigen Fällen pro Jahr zu rechnen, im Schnitt 6 Fälle gesamtschweizerisch pro Jahr. Dies führt einen Trend fort, den wir in den letzten Jahren vermehrt feststellen: Neben der Absicherung von Grundrisiken und Situationen wie Alter, Invalidität usw. werden zunehmend für wenige Einzelfälle Gesetze geschaffen. Als Beispiele können die Adoptionszulage (Einführung per 1.1.2023 vorgesehen, ca. 20 Fälle/Jahr) aber auch die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ca. 200 Fälle gesamtschweizerisch seit 1.7.2021, d.h. seit der Einführung) dienen.

Dass solche Ergänzungen sozialpolitisch zu einer Besserstellung der Betroffenen gegenüber der heutigen Situation führen, ist sicherlich unbestritten. Nicht in Frage gestellt wird auch, dass die Betroffenen sich in einer sehr schwierigen Situation befinden. Ob man jedoch die Regulierung von wenigen, wenn auch tragischen Einzelfällen nicht besser den Sozialpartnern überlassen würde, ist eine andere Frage. Dies gilt sowohl für die Mehrheits- wie auch die Minderheitsmeinung. Finanziell sind die Lösungen mit geschätzten Kosten von CHF 120'000 (Mehrheitsantrag) respektive CHF 70'000 (Minderheitsantrag) für den EO-Fonds sicherlich tragbar und minim.

Die Parlamentarische Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» wird vom Regierungsrat des Kanton Nidwalden unterstützt.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- marie.buchs@bsv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

Elektronische Zustellung an
Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit des Nationalrates
marie.buchs@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Sarnen, 24. Mai 2022

OWSTK. 4296
Vernehmlassung zum Vorentwurf der SGK-N im Rahmen der pa. Iv. 15.434 Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie den Kanton Obwalden im Rahmen der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 15.434 "Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter" eingeladen, zum Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse bis am 24. Mai 2022 eine Vernehmlassung einzureichen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns wie folgt vernehmen:

Erwerbstätige Mütter erhalten nach der Geburt eines Kindes 14 Wochen Urlaub. Erwerbstätigen Vätern wird nach der Geburt ihres Kindes ein Urlaub von zwei Wochen zugesprochen. Stirbt ein Elternteil während seines Urlaubs, endet sein Anspruch. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil soll wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt werden. Mit Hilfe des durch die EO entschädigten Urlaubs soll ermöglicht werden, dass sich der hinterbliebene Elternteil familiären Aufgaben – insbesondere der Betreuung des Neugeborenen – widmen kann, ohne hierfür seine Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen. Trotz weniger Fälle sieht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) in Berücksichtigung der Härte dieser Situation für den hinterbliebenen Elternteil Handlungsbedarf.

Im Einzelnen schlägt die Kommission vor, dass der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält, wenn die Mutter während 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub ist unmittelbar nach dem Tod und am Stück zu beziehen; nimmt der Vater seine Erwerbstätigkeit vorzeitig wieder auf, endet der Urlaub frühzeitig. Für die Mutter ist ein Urlaub von zwei Wochen vorgesehen, wenn der Vater während der sechs Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der sechs Monate nach dem Tod bezogen werden. Der hinterbliebene Elternteil hat zudem je unverändert Anspruch auf Vaterschafts- beziehungsweise Mutterschaftsurlaub. Zusätzlich soll die Vorlage dazu genutzt werden, die begrifflichen Anpassungen zur Vaterschaftsentschädigung vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der "Ehe für alle" in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

Der Kanton Obwalden begrüsst den von der SGK-N unterbreiteten Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse zur Umsetzung der erwähnten parlamentarischen Initiative. Die geplanten Änderungen tragen den Bedürfnissen des hinterbliebenen Elternteils Rechnung, sich in den ersten Monaten um das Neugeborene kümmern zu können und die neue, schwierige familiäre Lebenssituation zu meistern, ohne deshalb die Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen. Obwohl es erfahrungsgemäss nur wenige Todesfälle eines Elternteils kurz nach der Geburt eines Kindes gibt, ist dieser besonderen Situation und ausgesprochenen Härte für den hinterbliebenen Elternteil angemessen Rechnung zu tragen und die vorgesehene Unterstützungsmassnahme gesetzlich zu verankern. Wir teilen Ihnen deshalb mit, dass sich der Kanton Obwalden mit dem unterbreiteten Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes und weiteren Erlassen einverstanden erklären kann.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs erlauben wir uns noch folgende Bemerkungen:

Zu Art. 16b, 16i, 16j, 16k, 16k^{bis}, 16m und 20 EOG: Umsetzung "Ehe für alle"

Die Änderungen dieser Artikel beziehen sich ausschliesslich auf die Umsetzung der "Ehe für alle".

Zu Art. 16c^{bis} EOG: Tod des anderen Elternteils

In diesem Artikel werden die Voraussetzungen für den Bezug von Taggeldern für den hinterbliebenen Elternteil festgehalten. Da der Anspruch auf diese Taggelder zusätzlich zu allfällig bereits bezogenen Taggeldern des verstorbenen Elternteils entsteht, erübrigt sich eine Koordination mit diesen. Damit wird die Durchführung effizient und kostengünstig, was zu unterstützen ist. Der Kanton Obwalden schätzt den Aufwand für die Durchführung deshalb als tief ein.

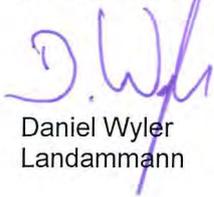
Zu Art. 16k^{bis} EOG: Tod der Mutter

Im Falle des Todes der Mutter am Tag der Geburt oder innerhalb von 97 Tagen danach erhält der andere Elternteil Anspruch auf eine Mutterschaftsentschädigung, wenn er die Voraussetzungen gemäss Vaterschaftsurlaub erfüllt. Die Anzahl der Taggelder sind analog der Mutterschaftsentschädigung geregelt, ebenso die Gründe für deren Wegfall. Mit Bezug der Taggelder aufgrund des Todes der Mutter entfallen allfällig noch nicht bezogene Taggelder des anderen Elternteils aus Vaterschaft. Zuständig für die Taggelder des überlebenden Elternteils ist die Ausgleichskasse, die auch für die Vaterschaftsentschädigung zuständig ist oder wäre. Damit wird die Koordination zwischen Vaterschaftsentschädigung und Entschädigung des überlebenden Ehegatten sichergestellt und ein Doppelbezug verhindert. Der Kanton Obwalden schätzt den Aufwand für die Durchführung deshalb als tief ein.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Frau RA lic. iur. Jennifer Aregger, Leiterin Amt für Arbeit, (Tel. Nr. +41 41 666 63 33, amtfuerarbeit@ow.ch) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Daniel Wyler
Landammann

Kopie:

- Kantonale Mitglieder des Eidgenössischen Parlaments
- Finanzdepartement
- Sicherheits- und Justizdepartement
- Amt für Arbeit
- Ausgleichskasse Obwalden
- Zirkulationsmappe Regierungsrat
- Staatskanzlei



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrates
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 13. Mai 2022

**15.434 n Pa.Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative 15.434 «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» ein. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und äussern uns gerne wie folgt:

Wir erachten es als fraglich, ob die vorgesehene Regelung tatsächlich tauglich ist, einen vom Tod der Mutter kurz nach der Geburt eines gemeinsamen Kindes schwer getroffenen Vater in sinnvoller Weise zu entlasten. Der Tod der Mutter kurz nach der Geburt eines Kindes ist ein plötzlicher Schicksalsschlag, der für die betroffene Familie eine Notsituation bedeutet. Sie wird nicht nur in den ersten 14 Wochen, sondern noch über längere Zeit die Hilfe ihres Umfelds benötigen, zu dem auch der Arbeitgeber gehört. Ein gewöhnlicher Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen lässt sich planen, ein Todesfall tritt hingegen in aller Regel unvorhergesehen ein. Aus diesem Grund erscheint ein 14-wöchiger Urlaub, der am Stück bezogen werden muss und bei Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit endet, für einen hinterbliebenen Vater nicht unbedingt als hilfreicher Weg, um dieser Notlage zu begegnen.

Vielmehr dürfte der betroffene Vater auf flexible, seiner individuellen Situation angepasste Hilfestellungen angewiesen sein. Oftmals wird es nötig sein, sowohl Zeit für die Kinderbetreuung aufbringen zu können als auch dringende Arbeiten am Arbeitsplatz erledigen oder deren Erledigung organisieren zu können. Wie der betroffene Vater seine Betreuungsaufgaben und seine Aufgaben am Arbeitsplatz vereinbaren kann, ist individuell sehr unterschiedlich. Wenn z.B. schon eine verlässliche Betreuungslösung für ein älteres Geschwister besteht, liegt eine ganz andere Situation vor, als wenn dies nicht der Fall ist. Ebenso können Aufgaben und Verantwortlichkeiten am Arbeitsplatz ganz unterschiedlich sein. Es ist deshalb nicht sachgerecht, von allen betroffenen Vätern zu erwarten, dass ihnen geholfen ist, wenn sie einen 14-wöchigen, am Stück zu beziehenden Urlaub bekommen, der in dem Moment endet, in dem sie ihre Erwerbstätigkeit wiederaufnehmen. Diese Lösung ist auf die Mutter ausgerichtet und hat neben dem Beziehungsaufbau zum Kind,



der Mutter und Vater gleichermaßen betrifft, auch gewichtige biologische Gründe. Die Mutter muss sich in den ersten Wochen körperlich von der Geburt erholen und ist durch das Stillen noch eine gewisse Zeit eng an das Neugeborene gebunden. Für sie ist daher ein Urlaub in den ersten Wochen, der am Stück zu beziehen ist, sinnvoll.

Unterstützungsleistungen für einen solchen Notfall müssen flexibler sein und auf die individuelle Situation angepasst werden können. Es sollte jedenfalls auf die Vorgabe verzichtet werden, dass der Urlaub durch den Vater am Stück bezogen werden muss und endet, wenn die Erwerbstätigkeit wiederaufgenommen wird. Auch die Dauer eines Urlaubs von 14 Wochen ist nicht zwingend und wäre zu diskutieren. Es erscheint nicht sachgerecht, einfach die Regelung für Mütter, die auf eine planbare Normalsituation ausgerichtet ist, auf Väter in einer ausserordentlichen Notsituation zu übertragen. Ein hinterbliebener Vater wird sein Familien- und Berufsleben für Jahre neu organisieren müssen und wird dafür auf ein flexibles und unterstützendes privates und berufliches Umfeld angewiesen sein. Es ist fraglich, ob sich eine solche Aufgabe mit gut gemeinten, aber starren und begrenzten staatlichen Ansprüchen lösen lässt.

Auch die Absicht in Bezug auf den zusätzlichen Urlaub für die Mutter, wenn der Vater innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt stirbt, ist auf den ersten Blick löblich. Allerdings gilt auch hier das bereits Ausgeführte, dass nicht einfach unbesehen spiegelbildliche Ansprüche geschaffen werden sollten, sondern gut zu überlegen ist, was einer betroffenen Mutter in ihrer individuellen Situation wirklich nützt. Möglicherweise ist eine hinterbliebene Mutter in Bezug auf die Organisation der familiären Aufgaben und der Erwerbstätigkeit vom Tod des Vaters schwerer getroffen, wenn der Todesfall sieben Monate nach der Geburt eintritt, wenn sie gerade dabei ist, wieder in ihrer Erwerbstätigkeit Tritt zu fassen, als wenn er gleich nach der Geburt eintritt, wenn sie noch mitten im Mutterschaftsurlaub ist.

Zusammenfassend erscheint die vorgesehene Gesetzesänderung zwar gut gemeint, aber wenig praxistauglich. Wir möchten daher anregen, die vorgeschlagenen Lösungen für den Urlaub des hinterbliebenen Elternteils nochmals zu überdenken und insbesondere für die hinterbliebenen Väter flexibler auszugestalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Marc Mächler
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

J.J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit Nationalrat
Herr Albert Röstli, Präsident

per E-Mail:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 24. Mai 2022

Vernehmlassung 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter); Stellungnahme

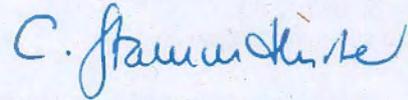
Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit
Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Es ist unbestritten, dass im Falle des Todes der Mutter nach der Geburt der Säugling in
besonderem Masse auf den Vater angewiesen ist und es daher gerechtfertigt ist, wenn Väter in
einem solchen Fall für die Dauer des (noch verbleibenden) Mutterschaftsurlaubes Urlaub
beziehen können. Der Kanton Schaffhausen unterstützt daher den Vorschlag der
Kommissionsminderheit. Den Vorschlag der Kommissionmehrheit, wonach der
Mutterschaftsurlaub den hinterbliebenen Vätern zusätzlich und somit kumulativ zum
bestehenden Vaterschaftsurlaub und im Falle einer hinterbliebenen Mutter der
Vaterschaftsurlaub zusätzlich und somit ebenfalls kumulativ zum bereits bestehenden
Mutterschaftsurlaub gutgeschrieben werden soll, lehnen wird indes entschieden ab. Es ist nicht
erkennbar, weshalb in diesem speziellen Fall der Mutterschaftsurlaub zugunsten des Säuglings
länger als üblich dauern soll. Wollte man hinterbliebenen Eltern spezielle Urlaubstage zu Gute
kommen lassen, wäre konsequenter Weise eine neue Kategorie von Erwerbersatzanspruch zu
schaffen. Ein solcher Urlaubsanspruch wäre separat zu prüfen, weil dies ein Sozialausbau wäre
und die Begrenzung der Anspruchsgruppe auf Todefälle nach der Geburt nicht zwingend wäre.
Auch Eltern mit älteren Kindern haben beim Tod eines Elternteils in besonderen Masse familiäre
Aufgaben zu erfüllen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement



Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungspräsidentin

Bundesamt für Sozialversicherungen				
+		18. Mai 2022		+
No				

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3008 Bern

17. Mai 2022

15.434 n PA. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf das Schreiben vom 17. Februar 2022 der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats in oben genannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir haben Ihren Vorschlag geprüft und haben folgende Bemerkungen:

1. Einleitung

Der Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG), enthält zwei neue Artikel – Art.16 Bst. c^{bis} und Art.16 Bst. k^{bis} – durch welche beim Tod eines Elternteils bei der Geburt eines Kindes oder kurz danach, Leistungen ermöglicht werden sollen, damit die familiären Aufgaben in einer solch schwierigen Situation weiter wahrgenommen werden können, ohne dass die Erwerbstätigkeit aufgegeben werden muss.

Die parlamentarische Initiative 15.434 hat vorgesehen, dass im Falle des Todes der Mutter, der Vater Anrecht auf die Mutterschaftsentschädigung erhält. Aufgrund des Inkrafttretens des Vaterschaftsurlaubs per 1. Januar 2021 hat die Kommission ebenfalls die Situation beim Tod des Vaters berücksichtigt und sieht nun beim Tod des Vaters auch die Gewährung des Vaterschaftsurlaubs an die Mutter vor.

Eine Kommissionsminderheit schlägt eine restriktivere Gewährung der zusätzlichen Leistungen vor. Einerseits sollen Mütter beim Tod des Vaters keinen zusätzlichen Anspruch zur Mutterschaftsentschädigung erhalten und andererseits soll beim Tod der Mutter der Vaterschaftsurlaub in der Mutterschaftsentschädigung, welche hinterbliebenen Vätern gewährt wird, enthalten sein.

Im Zuge dieser Änderungen des EOG sollen auch redaktionelle Anpassungen vorgenommen werden, welche sich aus der per 1. Juli 2022 in Kraft tretenden "Ehe für alle" ergeben (der Begriff "Vater" wird zum Begriff "anderer Elternteil").

2. Generelle Anmerkungen

Die im Vorentwurf enthaltenen neuen Artikel im EOG sehen im Falle des Todes eines Elternteils einen fixen Urlaubsanspruch für den hinterbliebenen Elternteil vor, ohne dass die bisher gewährten Leistungen, welche seit der Geburt des Kindes bereits an den verstorbenen Elternteil ausbezahlt wurden, berücksichtigt werden.

Aufgrund der geringen Anzahl zu erwartenden Fälle und den ebenfalls geringen zu erwartenden finanziellen Auswirkungen hat sich die Mehrheit der Kommission dafür ausgesprochen, diese in der Durchführung einfache Variante zu bevorzugen. Konkret heisst dies, dass der Anspruch für den überlebenden Elternteil losgelöst von bisherigen Leistungen geprüft wird und nur eine Durchführungsstelle in diese neuen Leistungen involviert sein wird.

Diese einfache Variante wird bei den Ausgleichskassen als Durchführungsstellen keinen nennenswerten administrativen Mehraufwand generieren. Die finanziellen Auswirkungen für die Erwerbsersatzordnung (EO) werden aufgrund der geringen Anzahl an zu erwartenden Fällen ebenfalls gering sein, so dass auch keine Zusatzfinanzierung der EL nötig wird und der bisherige Beitragssatz beibehalten werden kann. Somit werden auch der Bund, die Kantone und Gemeinden in ihrer Rolle als Arbeitgeber keine zusätzlichen finanziellen Belastungen zu tragen haben.

3. Stellungnahme

Wir unterstützen die im Vorentwurf präsentierte und durch die Kommissionsmehrheit unterstützte einfache Variante der Änderung des EOG. Wir sind überzeugt, dass aufgrund der schwerwiegenden Folgen beim Tod eines Elternteils bei Neugeborenen die angestrebten Anpassungen sinnvoll und notwendig sind, auch wenn nur wenige Personen davon betroffen sein werden. Wir sprechen uns klar für die von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagene einfache Variante aus, da damit keine nennenswerten zusätzlichen Aufwände auf die Durchführungsstellen zukommen. Ebenfalls unterstützen wir die redaktionellen Anpassungen, welche aufgrund der "Ehe für alle" vorgenommen werden.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Dr. Remo Ankli
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrates
marie.buchs@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 26. April 2022

Vernehmlassung PI «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) den Kantonsregierungen die Unterlagen zum «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» zur Vernehmlassung bis 24. Mai 2022 unterbreitet.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Kommissionspräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Nationalrat
Kommission für soziale
Sicherheit und Gesundheit
Herr Albert Rösti
Kommissionspräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Mai 2022

299

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz (Erwerbssersatzgesetz, EOG; SR 834.1) und weiterer Erlasse. Wir lehnen die Vorlage ab.

1. Gesetzssystematische Überlegungen

Eine Mutter gemäss Art. 16b ff. und ein Vater gemäss Art. 16i ff. EOG ist während des Bezugs des Mutter- bzw. Vaterschaftsurlaubs unter gewissen Voraussetzungen für den Erwerbsausfall entschädigungsberechtigt. Sinn und Zweck des bezahlten Mutterschaftsurlaubs ist es, dass sich die Mutter von Schwangerschaft und Niederkunft erholen kann und ihr die nötige Zeit eingeräumt wird, sich in den ersten Monaten intensiv um ihr Kind zu kümmern, ohne dabei in finanzielle Bedrängnis zu kommen. Zugleich soll damit auch eine Entlastung der Arbeitgeber und eine Verbesserung der Chancen von jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden (BGE 142 II 425 E. 5.1 mit Verweisen). Mit dem bezahlten Vaterschaftsurlaub sollen die Beteiligung des Vaters an der Betreuung des Kindes und eine partnerschaftliche Rollenteilung erleichtert werden (Abstimmungsbrochüre zu den Volksabstimmungen vom 27. September 2020, S. 64).

Die parlamentarische Initiative sieht im Zusammenhang mit der Betreuung eines Neugeborenen einen durch die EO entschädigten Urlaub im Todesfall eines Elternteils für den anderen vor. Weder der Mutterschafts- noch der Vaterschaftsurlaub bezwecken bislang, die Härte eines Todesfalls zu lindern. Ähnlich wie bei den bereits vorhandenen bezahlten Urlaubsformen soll die vorliegend angedachte einem Elternteil erlauben, familiäre Aufgaben wahrzunehmen, ohne dass er seine Erwerbstätigkeit aufgeben muss. Der vorgeschlagene Urlaub regelt für den hinterbliebenen Elternteil eine komplett andere Lebenssituation. Im erläuternden Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und

2/2

Gesundheit des Nationalrates vom 3. Februar 2022 (Ziff. 2.3) wird ausgeführt, dass angesichts der wenigen betroffenen Fälle die Findung einer schlanken und einfach umsetzbaren Lösung im Vordergrund stand. Auf eine neue, systematisch korrekte Versicherungsleistung soll aus finanziellen Überlegungen verzichtet werden.

Hinsichtlich Sinn und Zweck der Mutter- und Vaterschaftsentschädigung würde durch die vorgeschlagene Erweiterung eine Entfremdung stattfinden. Zwar ist eine einfach umsetzbare Lösung zu begrüßen. Dadurch darf aber die Mutter- und Vaterschaftsentschädigung nicht zweckentfremdet werden. Sofern der hinterbliebene Elternteil Anspruch auf zusätzliche bezahlte Urlaubstage erhalten soll, kann dieser technisch durchaus dem Abrechnungssystem des Mutter- und Vaterschaftsurlaubs angeschlossen werden, wäre von diesem gesetzlich hingegen klar zu trennen.

2. Urlaubsdauer

Inhaltlich vermag die vorgeschlagene Urlaubsdauer für den hinterbliebenen Elternteil nicht zu überzeugen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb ein Neugeborenes beim Verlust eines Elternteils länger als die Zeitdauer des Mutterschaftsurlaubs auf die Betreuung durch den anderen Elternteil angewiesen sein soll. Selbstverständlich ist davon auszugehen, dass die Belastung für die Familie durch einen solchen Verlust gross ist. Inwiefern der Tod eines Elternteils die Verlängerung dieser Dauer auf bis zu einer möglichen Verdoppelung (falls die Mutter kurz vor Ende des Mutterschaftsurlaubs verstirbt) rechtfertigen soll, ergibt sich nicht aus der parlamentarischen Initiative. Diese Auffassung scheint auch die Minderheit (Schläpfer, Amaudruz, de Courten, Glarner, Hess Erich, Rügger) zu vertreten. Würde der im Rahmen der Initiative vorgelegte Entwurf umgesetzt, könnte dies in einzelnen Situationen überdies zu rechtsungleichen Ergebnissen führen, weil die hinterbliebenen Eltern einen unterschiedlich hohen Anspruch auf zusätzliche Urlaubstage hätten. Insofern ist es rechtsgleich, wenn auch in einer Konstellation des Ablebens eines Elternteils die Dauer des bezahlten Urlaubs nicht über 14 Wochen hinausginge.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consiglio nazionale
Commissione della sicurezza sociale e
della sanità
3003 Berna

Trasmissione (in formato word e pdf) a:
marie.buchs@bsv.admin.ch

15.434 n Iv. Pa. (Kessler) Weibel. Congedo maternità per padri superstiti – procedura di consultazione

Gentili signore,
egregi signori,

ringraziandovi per la possibilità concessaci di inoltrare le nostre osservazioni nell'ambito della procedura di consultazione indetta il 17 febbraio 2022 anche in lingua italiana, vi comunichiamo che accogliamo con favore il progetto di modifica della legge sulle indennità di perdita di guadagno (LIPG), così come degli altri atti normativi interessati.

Per eventuali domande, l'Istituto delle assicurazioni sociali rimane a disposizione tramite il Servizio giuridico (091 821 92 98; servizio.giuridico@ias.ti.ch).

Con i migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Dipartimento delle finanze e dell'economia (dfe-dir@ti.ch)
- Istituto delle assicurazioni sociali (ias@ias.ti.ch; servizio.giuridico@ias.ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Nationalrat
Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
3003 Bern

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 lädt Nationalrat Albert Röstli, Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats, die Kantonsregierungen ein, zu den im Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» vorgeschlagenen Änderungen des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz (Erwerbsersatzgesetz [EOG]; SR 834.1) und weiterer Bundesgesetze Stellung zu nehmen.

Die Schweiz weist glücklicherweise eine sehr niedrige Müttersterblichkeitsrate auf. Trotzdem oder gerade deshalb begrüsst der Regierungsrat, dass der Anspruch auf Mutter- bzw. Vaterschaftsurlaub gesetzlich geregelt wird, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt eines Kindes stirbt. Die heutige Praxis, wonach solche Ansprüche einfach erlöschen, ist unbefriedigend.

Ein hinterbliebener Vater soll nicht unbezahlten Urlaub nehmen müssen, damit er sich mit der schwierigen Situation auseinandersetzen und sich um das Neugeborene und allenfalls weitere Kinder kümmern kann. Der Regierungsrat begrüsst deshalb, dass hinterbliebene Väter unmittelbar im Anschluss an den Tod der Mutter einen ungekürzten 14-wöchigen Urlaub antreten können, wie es die parlamentarische Initiative fordert. Keine Notwendigkeit sieht der Regierungsrat hingegen für eine Kumulation von Mutter- und Vaterschaftsurlaub, auch nicht aus Gründen der Gleichbehandlung von Mutter und Vater. Denn entscheidend ist für den Regierungsrat, dass alle Elternpaare gleichbehandelt werden. Weil der günstigere Vorschlag der Kommissionsminderheit (keine oder höchstens marginale Urlaubskumulation) diesem Erfordernis genügt und ein mindestens 14-wöchiger Urlaub es dem überlebenden Elternteil erlaubt, sich angemessen um das Wohl der Kinder zu kümmern, folgt

der Regierungsrat dem Vorschlag der Minderheit.

Zur Vorlage oder zu einzelnen Bestimmungen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 20. Mai 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur Albert Rösti
Président de la CSSS-N

marie.buchs@bsv.admin.ch

*Version PDF, accompagnée d'une version
Word, transmises par courrier électronique à :*
marie.buchs@bsv.admin.ch

Réf. : 22_COU_1989

Lausanne, le 11 mai 2022

Réponse à la consultation de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national - octroyer le congé maternité au père en cas de décès

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir consulté sur l'avant-projet visant à modifier la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG) et vous prie de trouver ci-dessous sa prise de position.

1. Dispositions proposées

Par le présent projet, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national propose un congé pour le parent survivant, indemnisé par le régime des allocations pour perte de gain (APG), comme le sont les congés de maternité et de paternité.

Les autres modalités de ce dispositif doivent également se fonder sur les règles applicables aux allocations de maternité et de paternité.

A l'instar du congé de maternité et de paternité, le congé en cas de décès doit donner au parent survivant suffisamment de temps pour s'occuper du nouveau-né durant les premiers mois et pour gérer les difficultés inhérentes à cette nouvelle situation familiale.

Le projet propose le dispositif suivant :

- Si la mère décédait dans les 14 semaines qui suivent la naissance de l'enfant, le père se verrait accorder un congé de 14 semaines, qui devrait être pris immédiatement après le décès et de manière ininterrompue.
- Si le père venait à décéder dans les 6 mois qui suivent la naissance de l'enfant, la mère aurait droit à un congé de 2 semaines. Ce congé devrait être pris sous la forme de semaines ou de journées dans les 6 mois suivant le décès.
- Le parent survivant aurait de plus toujours droit à un congé de paternité ou de maternité.

Outre la LAPG, sont également modifiés le Code des obligations, ainsi que la loi sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité, la loi sur l'assurance accidents et la loi sur les allocations familiales dans l'agriculture pour des modifications d'ordre rédactionnel, nécessaires à la suite de la modification du 18 décembre 2020 du Code civil (mariage civil pour tous).

Au demeurant, l'introduction de ce congé vise des situations familiales particulièrement tragiques, et qui n'entraînera que des coûts marginaux pour l'employeur.

2. Remarques générales

L'impact et les incidences du congé de deux semaines en cas d'adoption, qui devrait entrer en vigueur en juillet 2022, mériteraient d'être abordées.

La proposition qui vise à adapter les notions et la terminologie et remplacer la notion de père par « autre parent », et « « congé paternité » et « allocation de paternité » par « congé de l'autre parent », « allocation de l'autre parent » est saluée et soutenue.

Toutefois, il serait judicieux de mentionner que dès le moment où un couple est reconnu, quelle que soit sa composition, le-la conjoint-e survivant-e se voit accorder le même congé, indépendamment du mode de conception de l'enfant.

Conclusion

Le Conseil d'Etat reconnaît l'intérêt d'améliorer la situation du parent survivant et accueille favorablement la modification proposée qui va également dans le sens d'une égalité de traitement entre parents.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'expression de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Aurélien Buffat

Copies

- Office des affaires extérieures
- DGCS, DSAS



Commission de la sécurité sociale
et de la santé publique
du Conseil national
3003 Berne



Date **11 MAI 2022**

Procédure de consultation – Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Monsieur le Président de la Commission,
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement valaisan vous remercie pour votre invitation à participer à la procédure de consultation citée en marge et vous fait part de sa détermination.

L'introduction des nouveaux articles 16 let c bis et 16 let k bis dans la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG) permettra l'octroi de prestations en cas de décès d'un parent après la naissance d'un enfant. Ces prestations sont versées sous la forme d'allocation maternité ou d'allocation paternité.

L'initiative parlementaire 15.434 prévoyait le versement de l'allocation maternité au père en cas de décès de la mère. En raison de l'entrée en vigueur du congé paternité le 1^{er} janvier 2021, la Commission a également pris en compte la situation du décès du père, et élargi le droit au versement de l'allocation paternité à la mère, en cas de décès du père.

Cette modification de la LAPG est l'occasion de procéder aux modifications rédactionnelles liées au mariage pour tous qui entrera en vigueur le 1^{er} juillet 2022. En effet, l'épouse de la mère lors de la naissance de l'enfant sera le parent légal de l'enfant, et aura droit à l'actuel congé paternité.

Remarques générales

Par ces deux nouvelles dispositions de l'avant-projet introduites dans la LAPG, la Commission a retenu le principe qu'en cas de décès d'un parent, l'autre parent aura droit à une durée fixe de congé indemnisé par les APG, sans tenir compte du droit du parent décédé ni des prestations qui auraient déjà été versées à ce dernier entre la naissance de l'enfant et le décès.

Le faible nombre de cas, la situation dramatique qui en découle, et le peu d'impact financier sur le régime APG a conduit la majorité de la Commission à retenir cette variante simple, tant pour les bénéficiaires que pour sa mise en œuvre. En effet, les conditions d'octroi, la durée et le montant de l'allocation seront examinés uniquement pour le parent survivant.

Pour les organes d'exécution, cela implique qu'ils n'auront pas à se préoccuper préalablement des conditions du droit à l'APG du parent décédé, ni du nombre de jours et des éventuels montants déjà perçus par ce dernier. De plus, une seule caisse de compensation est impliquée.



Par conséquent, nous considérons que la mise en œuvre par les organes d'exécution n'entraîne pas de réelle charge administrative. De plus, le faible impact financier ne nécessite pas d'augmentation du taux de cotisations.

Remarques par articles

Art. 16 c bis nouveau – décès de l'autre parent

Cet article pose le principe que si l'autre parent (père ou épouse de la mère) pour lequel le lien de filiation est établi, décède dans les 6 mois qui suivent la naissance, la mère a droit à 2 semaines de congé en supplément à son propre congé maternité. Ce supplément de congé est indemnisé par l'allocation pour autre parent, octroyé dans un délai-cadre de 6 mois à compter du jour du décès.

Pour avoir droit aux prestations, la mère doit remplir les conditions pour l'allocation maternité, notamment la durée minimale d'assurance obligatoire à l'AVS de 9 mois pendant la grossesse (ou moins selon la durée de la grossesse) et l'exercice d'une activité lucrative durant au moins 5 mois dans cette période. Ces allocations succèdent ainsi à ses propres allocations maternité dans la durée. Le montant des allocations sera fixé sur les mêmes bases de calculs que son allocation maternité.

Si le nouveau-né est hospitalisé, et que la mère a droit à la prolongation de la durée du versement tant que dure l'hospitalisation, mais au plus à 56 jours, la durée du congé maternité peut atteindre 154 jours (article 16 let c alinéa 3). Si l'autre parent décède dans les premiers jours qui suivent l'accouchement, le délai-cadre de 6 mois dès le décès, soit 180 jours, sera de toute façon plus long de sorte que son droit aux 14 indemnités journalières pour autre parent reste garanti même si son congé maternité atteint 154 jours.

Pour la caisse, il s'agira ainsi de verser un supplément de 2 semaines d'indemnités après la fin du droit à l'allocation maternité de 98 jours (voire plus en cas d'hospitalisation du nouveau-né) du même montant, par jour isolés par semaine, même si elle a repris le travail, et tout en tenant compte du délai-cadre de 6 mois suite au décès.

Cette nouvelle prestation est complémentaire à une prestation existante, et ne nécessite pas de coordination avec les prestations de l'autre parent et sa caisse de compensation, ni de calculs de prestations résiduelles en nombre de jours ou en montant. Les versements sont effectués auprès de l'employeur de la mère, ou directement à la mère si elle est indépendante.

Pour toutes ces raisons, et au motif que les cas prévisibles seront rares, nous pouvons considérer que la mise en œuvre de cette prestation n'engendrera pas une réelle charge administrative pour les caisses de compensation.

Art. 16 k bis nouveau – décès de la mère

En cas de décès de la mère le jour de l'accouchement ou dans les 97 jours qui suivent, l'avant-projet prévoit que l'autre parent (père ou conjoint de la mère) a droit aux allocations maternité s'il remplit les conditions d'octroi de l'actuelle allocation de paternité (allocation pour autre parent). Ces conditions sont notamment l'assurance obligatoire au sens de la LAVS pendant les neuf mois précédant l'accouchement (ou moins selon la durée de la grossesse), et avoir exercé une activité lucrative dans cette période durant cinq mois au moins.

La durée de versement correspond à l'allocation maternité, soit 98 jours sans interruption, et le droit débute le jour suivant le décès de la mère. Le versement s'éteint pour les mêmes motifs que l'allocation maternité, notamment en cas de reprise de travail avant les 98 jours. Le montant de l'allocation versée sous forme d'indemnités journalières correspond à l'actuelle allocation paternité, soit 80 % du revenu moyen de l'activité lucrative. En cas d'hospitalisation du nouveau-né immédiatement après la naissance, les allocations maternité sont prolongées de 56 jours.

Ces allocations maternité sont complémentaires aux allocations pour autre parent, et le délai-cadre de 6 mois, qui a débuté à la naissance, est interrompu pendant la durée de perception de l'allocation maternité. L'autre parent conserve ainsi son droit à deux semaines de congé pour autre parent.

Pour les organes d'exécution, en cas de décès de la mère, le versement successif des allocations maternité pendant 98 jours puis de 14 indemnités journalières, en jours isolés ou en semaine, avec une éventuelle reprise d'activité, ne devrait pas entraîner de réelle charge administrative. En revanche, la suspension du délai-cadre de 6 mois devra être suivie.

En conclusion

L'avant-projet tel que voté par la majorité de la Commission peut être soutenu. Pour les caisses de compensation en tant qu'organes de mise en œuvre, il n'entraîne pas de charge administrative significative.

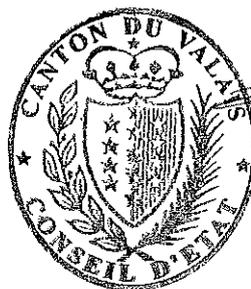
En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Commission, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Roberto Schmidt



Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à marie.buchs@bsv.admin.ch

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats SGK-N
3003 Bern

Zug, 3. Mai 2022 rv

**15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel betreffend Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter:
Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie den Kanton Zug eingeladen, zu den vorgesehenen Änderungen betreffend Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter Stellung zu nehmen.

Der von der Kommission erarbeitete Entwurf soll das soziale Risiko abdecken, welches sich verwirklicht, wenn ein Elternteil während des Vater- oder Mutterschaftsurlaubs stirbt. Ein gesetzlich geregelter Urlaub soll erlauben, dass der hinterbliebene Elternteil familiäre Aufgaben wahrnehmen kann, ohne dass er seine Erwerbstätigkeit aufgeben muss.

Gemäss Angaben im erläuternden Bericht der Kommission starben seit 2007 pro Jahr jeweils nur eine einstellige Zahl Mütter im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Dazu kommen noch wenige Mütter, welche unabhängig davon innerhalb der gesetzten Fristen versterben sowie eine vergleichbar kleine Anzahl Väter. Trotz der kleinen Anzahl Betroffener stellt die Kommission einen Handlungsbedarf fest, da ein Todesfall so kurz nach der Geburt eines Kindes spezielle Schwierigkeiten hinsichtlich Familienorganisation und Arbeitsplatz entstehen lässt.

Zusätzlich soll die Vorlage dazu genutzt werden, die begrifflichen Anpassungen zur Vaterschaftsentschädigung vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

Wir stimmen dem Entwurf zu, stellen jedoch folgenden

Antrag

Artikel 16c^{bis} des Vorentwurfs zur Änderung des Erwerbersersatzgesetzes (EOG) sei zu streichen.

Begründung

Der Vorschlag der Kommission, dass die Mutter Anspruch auf einen durch die EO entschädigten Urlaub von zwei Wochen erhält, wenn der andere Elternteil stirbt, lehnt der Kanton Zug ab. Der administrative Aufwand für die Einführung einer neuen Leistungsart in der EO ist, gemessen an den wenigen Fällen, hoch. Es ist zu erwarten, dass zahlreiche Ausgleichskassen nie oder erst spät mit den neuen Leistungen konfrontiert werden. Gleichwohl müssen sie sich organisatorisch, IT-mässig und ausbildungsmässig darauf vorbereiten. Der Aufwand, 14 zusätzliche Taggelder der hinterbliebenen Mutter zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub zu gewähren, erscheint uns unverhältnismässig und es ist darauf zu verzichten.

Im Übrigen schlagen wir vor, eine Vereinfachung der ganzen Leistungsstruktur mit einer systematischen Bereinigung der Anspruchsvoraussetzungen und damit eine Totalrevision des EOG zu prüfen, um die Bürger- und Anwenderfreundlichkeit zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Versand per E-Mail an:

- hmr@bag.admin.ch (Word-Dokument und PDF)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch, PDF)
- Ausgleichskasse (info@akzug.ch, PDF)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch, PDF)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch, PDF)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch, PDF)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF-Format)



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrates
3003 Bern

11. Mai 2022 (RRB Nr. 721/2022)

**Änderung des Erwerbsersatzgesetzes; Mutterschaftsurlaub
für hinterbliebene Väter (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie uns die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (SR 834.1) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Dem Änderungsvorschlag stimmen wir zu und haben keine weiteren Bemerkungen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli



Herr Kommissionspräsident Albert Röstli
Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats
3003 Bern

Bern, 24. Mai 2022

Reg: mal-5.221

**Vernehmlassung zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 15.434 n (Kessler) Weibel –
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 wurde die SODK zur Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung des Erwerbersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse eingeladen. Die Präsidentin der SODK bedankt sich für diese Möglichkeit und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Tod eines Elternteils kurz nach der Geburt des Kindes ist ein tragischer Schicksalsschlag. Neben den sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen und arbeitsrechtlichen Vorgaben gibt es aktuell keine Regelung, die dieser Situation angemessen Rechnung trägt. Die Schwere und Tragweite des Ereignisses für die Betroffenen rechtfertigt eine Regulierung trotz glücklicherweise äusserst tiefen Fallzahlen. Diese sind auch der Grund, weshalb die finanziellen Auswirkungen des Urlaubs im Todesfall eines Elternteils für die EO vernachlässigbar sind.

Die Präsidentin der SODK begrüsst deshalb den durch die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates erarbeiteten Umsetzungsvorschlag der parlamentarischen Initiative 15.434. Die bestehende Gesetzeslücke kann hiermit auf eine schlanke und einfache Art geschlossen werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**

Die Präsidentin

Der stv. Generalsekretär



Nathalie Barthoulot
Regierungsrätin



Remo Dörig

Per Mail: marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 23. Mai 2022

Vernehmlassung: Pa.Iv. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Verstirbt ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes, erlischt der gesetzliche Anspruch auf Mutterschaftsbeziehungswise Vaterschaftsurlaub. Diese Problematik will die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates mit der Pa. Iv. «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» adressieren. **Die Mitte begrüsst dieses Anliegen ausdrücklich.**

Konkret schlägt die vorliegende Vorlage vor, dem hinterbleibenden Elternteil denjenigen durch die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigte Urlaub zu zustehen, auf welchen eigentlich der verstorbene Elternteil Anrecht gehabt hätte. Dabei soll es aber zu keiner Verrechnung von allenfalls bereits bezogenen Urlaubstagen des verstorbene Elternteils kommen. Dem hinterbliebenen Elternteil stehen demnach im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen die vollen Urlaubstage zu, sowie auch sein eigenständiger Mutterschaftsbeziehungswise Vaterschaftsurlaub. Die zusätzlichen Taggelder berechnen sich dabei nach dem Einkommen des hinterbliebenen Elternteils.

Mögen es – glücklicherweise - nur wenige Fälle sein, welche dieses schwierige Schicksal erleiden müssen, tut dies der Notwendigkeit einer solchen gesetzlichen Regelung keinen Abbruch. **Deswegen unterstützt die Mitte die vorliegenden Vernehmlassungsvorlage gemäss der Kommissionsmehrheit vollumfänglich.** Den aufgeführten Minderheitsantrag, der eine Kumulierung von Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub verhindern will, lehnt sie dagegen ab.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz



Albert Rösti
Kommissionspräsident SGK-N
Per Mail: marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 25. Mai 2022

Vernehmlassungsantwort zur Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen. Wir begrüßen die vorgeschlagene Gesetzesänderung, die bei Todesfall neu einen Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt. In jeder Familie sind die Geburt eines Kindes und die darauffolgenden Monate emotional und organisatorisch anspruchsvoll. Stirbt in dieser Zeit ein Elternteil, wird die Last für den hinterbliebenen Elternteil schier unerträglich. So soll der hinterbliebene Elternteil die Elternzeit des verstorbenen Elternteils beziehen dürfen und damit Zeit für die Sorgearbeit des Säuglings erhalten. Die Entschädigung würde durch die Erwerbsersatzordnung geleistet und für die vorgeschlagene Gesetzesänderung ist eine schlanke und einfach umsetzbare Lösung gefunden worden. Dies begrüßen wir explizit.

Freundliche Grüsse

Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz

Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
3003 Bern
z.H. Bundesamt für Sozialversicherungen

Bern, 24. Mai 2022
VL Palv 15.434 / MD

Per Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Parlamentarische Initiative Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen unterstützt die ursprüngliche Absicht der vorliegenden parlamentarischen Initiative, wonach Väter im Fall, dass die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt stirbt, Anspruch auf einen 14-wöchigen Urlaub erhalten sollen. Der vorgesehene Urlaub dient in solchen seltenen, tragischen Fällen dazu, dass der Vater die nötige Zeit erhält, um sich mit der schwierigen Situation auseinanderzusetzen, sich an die veränderte Ausgangslage beim Tod der Mutter anzupassen und sich um das Neugeborene sowie allfällige weitere Kinder zu kümmern. Gleichzeitig weist die FDP darauf hin, dass es künftig nicht zielführend sein wird, für jede denkbare Ausnahmesituation eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Urlaubs für hinterbliebene Väter (Anspruchsgruppen, Beginn des Urlaubs, Kündigungsschutz, keine Urlaubskürzung, unveränderter Anspruch auf zwei Wochen Vaterschaftsurlaub) unterstützt die FDP den Vorschlag der Kommissionmehrheit. Ausserdem befürworten wir die notwendigen redaktionellen und begrifflichen Anpassungen im Gesetz, damit die für Väter geltenden Bestimmungen auch sinngemäss für lesbische Paare angewendet werden können, sofern die Ehefrau der verstorbenen Mutter den rechtlichen Status als Elternteil besitzt.

Gemäss dem vorliegenden Entwurf soll die Mutter ebenfalls 2 Wochen Urlaub erhalten, wenn der Vater während der 6 Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Diese Massnahme lehnt die FDP ab, denn sie widerspricht der eigentlichen Absicht der parlamentarischen Initiative, wie es bereits der Name «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» nahelegt. Für die Frauen besteht mit dem gesetzlichen Mutterschaftsurlaub schon ein umfangreicher Schutz. Die FDP ist der Meinung, dass dieser auch im Fall des Tods des Vaters genügt und nicht ergänzt werden muss.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Der Präsident

Handwritten signature of Thierry Burkart in black ink.

Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Jon Fanzun in black ink.

Jon Fanzun

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
3003 Bern

Per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

21. Mai 2022

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Co-Generalsekretär, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu 15.434 Pa.Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Umsetzung von 15.434 Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Was lange währt, wird endlich gut. Bald sieben Jahre nach Einreichen soll die parlamentarische Initiative von GLP alt Nationalrätin Margrit Kessler endlich umgesetzt und ein Urlaub für hinterbliebene Elternteile eingeführt werden. Die Grünliberalen sind darüber erfreut und unterstützen die Vorlage. Es kann sich dabei allerdings erst um einen Zwischenschritt handeln. Mittel- und langfristig sind die Sozialversicherungen so auszugestalten, dass die Urlaube und Entschädigungen im Falle einer Elternschaft geschlechts- und zivilstandsunabhängig ausgestaltet werden.

Mit der Vorlage wird eine weitere Forderung der Grünliberalen umgesetzt, welche der vollständigen Umsetzung der Ehe für alle dient: Im Gesetz wird klargestellt, dass der Vaterschaftsurlaub auf Ehefrauen von Frauen, die ein Kind geboren haben, sinngemäss angewendet wird. Das entspricht der Forderung von GLP Nationalrätin Kathrin Bertschy (Mo. 21.4212) und wird begrüsst.

Künftig soll ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. So können familiäre Aufgaben wahrgenommen werden, ohne dass die hinterbliebene Mutter oder der hinterbliebene Vater ihre bzw. seine Arbeitstätigkeit aufgeben muss. Damit werden zwei Ziele gleichzeitig erfüllt: Zum einen wird das Familienleben in einer sehr schwierigen Situation unterstützt und stabilisiert. Und zum anderen bleibt dem Markt Arbeitskraft erhalten, was beim aktuellen Arbeitskräftemangel sehr wichtig ist.

Der Vater erhält dabei einen Urlaub von 14 Wochen, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Stirbt der Vater während der 6 Monate nach der Geburt des Kindes, erhält die Mutter einen Urlaub von 2 Wochen. Dieser Urlaub wird wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung entschädigt.

Die Grünliberalen unterstützen, dass der hinterbliebene Elternteil zudem unverändert Anspruch auf Vaterschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub hat. Die Minderheit, welche einen Urlaub von 14 Wochen nur für hinterbliebene Väter und unter Einschluss des Vaterschaftsurlaubs vorsieht, lehnen die Grünliberalen ab. Es gibt keinen Grund, hinterbliebene Mütter von der Regelung auszuschliessen. Zudem geht es vorliegend um andere Gründe als bei einer gewöhnlichen Mutter- bzw. Vaterschaft, die einen zusätzlichen entschädigten Urlaub erforderlich machen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Melanie Mettler, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Co-Generalsekretär



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21

3011 Bern

rahel.estermann@gruene.ch

031 326 66 15

Nationalrat

Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit

Herr Kommissionspräsident Albert Rösti
3003 Bern

per E-Mail an:

marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 24. Mai 2022

**15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter:
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (15.434) (Kessler) Weibel, Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüssen den vorliegenden Vorschlag sehr. Mehrere unserer Exponent*innen haben bereits die ursprüngliche Parlamentarische Initiative mitunterzeichnet. Wir möchten einige Punkte herausstreichen, die für uns die Vorlage in dieser Form besonders unterstützungswürdig machen:

- Während das ursprüngliche Anliegen nur hinterbliebene Väter betraf, sollen in der jetzt vorliegenden Version auch hinterbliebene Mütter von einem Urlaubs-Übertrag profitieren. Dies ist im Sinne einer gleichberechtigten Verteilung der Care-Arbeit richtig.
- Die Rahmenbedingungen des Übertrags (keine Kürzung der Ferien möglich, Kündigungsschutz) sind wichtig, damit diese Errungenschaft nicht auf Kosten anderer Errungenschaften geht – dies würde das Anliegen ad absurdum führen.
- Seit der Annahme der «Ehe für alle» erhalten Ehefrauen einer Mutter einen rechtlichen Status als Elternteil und damit auch Anspruch auf einen «Vaterschaftsurlaub». Es ist aufgrund der gleichstellungspolitischen Fortschritte in unserer Gesellschaft richtig, dass die Vorlage dies aufnimmt und den Begriff «Vater» durch die neutralere Bezeichnung «anderer Elternteil» ersetzt.

Diese Punkte sind für uns zentrale Inhalte der Vorlage und wir fordern, dass sie auch Teil der bundesrätlichen Botschaft bleiben.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, dass auch ein Säugling von mehr als 14 Wochen noch sehr intensive Betreuung braucht, die für Menschen mit einem vollen Erwerbsum oft schwer zu gewährleisten ist. Wir beantragen deshalb, dass der hinterbliebene Elternteil Anrecht auf Urlaub hat, auch wenn die Mutter mehr als 14 Wochen nach ihrer Niederkunft stirbt.

Wir schlagen für Art. 16k^{bis} Abs. 1 folgende Formulierung analog zu Art. 16c^{bis} Abs. 1 vor:
Stirbt die Mutter am Tag ihrer Niederkunft oder während der 6 Monaten danach, so hat der andere Elternteil Anspruch auf zusätzliche 98 Taggelder.

Die entsprechende Anpassung ist auch in Art. 329g^{bis} Abs. 1 des Obligationenrechts vorzunehmen:

Stirbt die Mutter am Tag ihrer Niederkunft oder während der 6 Monaten danach, so hat der andere Elternteil Anspruch auf einen Urlaub von 14 Wochen [...].

Wir sind überzeugt, dass die so angepasste Lösung einen echten Mehrwert für das Kind und den hinterbliebenen Elternteil bringt.

Wir danken Ihnen, Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Positionen in der weiteren Erarbeitung der Vorlage.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Rahel Estermann
stv. Generalsekretärin, Leiterin Politik

Envoi par courriel :

marie.buchs@bsv.admin.ch

daniela.eberli@parl.admin.ch

À l'attention du
Parlement fédéral,
Commission de la sécurité sociale
et de la santé publique du Conseil national

Berne, le 24 mai 2022

Consultation concernant l'avant-projet de modification de loi fédérale sur les allocations pour perte de gain et d'autres actes. (15.434 lv. pa. (Kessler) Weibel)

Monsieur le Président de la CSSS-N,
Mesdames, Messieurs,

Le Parti socialiste suisse (PS Suisse) vous remercie de l'opportunité qui lui est accordée de se prononcer dans le cadre de la consultation concernant l'objet cité en marge.

L'avant-projet mis en consultation a pour but de modifier la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain et d'autres actes afin d'octroyer un congé pour le parent survivant en cas de décès de l'autre parent peu après la naissance de l'enfant.

Concrètement, l'avant-projet propose d'accorder au père, si la mère décède dans les 14 semaines qui suivent la naissance de l'enfant, un congé de 14 semaines qui devrait être pris immédiatement après le décès et de manière ininterrompue. Si le père décédait dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant, la mère aurait droit à un congé de deux semaines. Ce congé devrait être pris sous la forme de semaines ou de journées dans les six mois suivant le décès. Le parent survivant aurait de plus toujours droit à un congé de paternité ou de maternité.

Une minorité de la commission refuse cette proposition et souhaite que seul le père ait droit à un congé, qui durerait 14 semaines, en cas de décès de la mère et qui engloberait le congé de paternité.

Le PS suisse accueille favorablement l'avant-projet mis en consultation qui permet de régler dans la loi la situation particulière où l'un des parents décède et de répondre ainsi au besoin du parent survivant de pouvoir être auprès de son enfants.

Nous sommes également satisfait-es que la Commission ait procédé à des modifications rédactionnelles nécessaires en lien avec l'introduction du mariage civil pour toutes et tous, afin que l'épouse de la mère qui a un statut légal de parent puisse avoir droit au congé de paternité et la prolongation du congé en cas de décès de la mère.

Cependant, nous sommes de l'avis que le projet devrait être plus ambitieux afin de répondre de manière plus adéquate à ces situations particulières. En effet, il est nécessaire que le parent survivant puisse bénéficier d'une prolongation de congé plus substantiel car il doit faire face à un deuil et être présent-e pour s'occuper de son enfant. S'il est vrai que le décès d'un parent peut faire naître un droit à des prestations pour survivant selon le droit des assurances sociales, cependant ces prestations, qui sont un revenu de substitution du parent décédé, ne peuvent substituer le besoin en temps nécessaire pour s'occuper adéquatement



Parti socialiste
suisse

Theaterplatz 4
3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

d'un nouveau-né. Ainsi, nous souhaiterions que le parent survivant puisse bénéficier non seulement d'un congé prolongé de 14 semaines si c'est un père survivant ou de 2 semaines s'il s'agit d'une mère survivante : le parent survivant, indépendamment de son sexe, doit plutôt bénéficier d'un congé payé de 20 semaines, à prendre à la semaine ou à la journée au cours de la première année suivant le décès de son ou sa partenaire. Outre la prolongation du congé, il est important, d'une part, que ce congé soit d'une durée égale pour les deux parents et, d'autre part, que la prise de ce congé ne doive pas se faire en une seule fois, mais puisse être adaptée de manière flexible aux besoins individuels dans une période aussi difficile. Le parent survivant pourrait ainsi mieux concilier ses obligations professionnelles et familiales. Heureusement, peu de cas sont concernés par cette nouvelle réglementation, c'est pourquoi il serait financièrement supportable de fixer ici une réglementation plus généreuse et de ne pas s'orienter vers la norme actuellement en vigueur. Dans ce contexte, le PS Suisse tient à souligner que la réglementation actuelle de 14 semaines de congé de maternité et de 2 semaines de congé de paternité est nettement trop courte : nous sommes favorables à un congé parental plus généreux, par exemple de 18 semaines pour les deux, indépendamment du sexe.

En vous remerciant de votre attention, nous vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos meilleures salutations

Parti socialiste suisse



Mattea Meyer
Co-présidente



Cédric Wermuth
Co-président



Anna Nuzzo
Secrétaire politique



Anna Storz
Secrétaire politique

Elektronisch an:

marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 9. Mai 2022

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP Schweiz anerkennt, dass der Tod eines Elternteils kurz nach der Geburt des Kindes ein besonderer Härtefall darstellt und dieser besondere - wenn auch überaus seltene - Fall geregelt werden muss. Aus diesem Grund unterstützt die SVP den Entwurf gemäss dem Antrag der «Minderheit Schläpfer», welcher hinterbliebenen Vätern die notwendige Unterstützung bietet, ohne dabei einen Sozialausbau vorzunehmen. Dem Anliegen der Pa.Iv. wird mit dem Entwurf gemäss dem Antrag der «Minderheit Schläpfer» vollumfänglich entsprochen.

Die besondere Situation, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, ist heute nicht im Gesetz geregelt. Mit dem Tod eines Elternteils entstehen zwar sozialversicherungsrechtliche Ansprüche auf Hinterlassenenleistungen. Auch gibt es arbeitsrechtliche Vorgaben, die eine Kurzbefreiung von der Arbeit ermöglichen sowie gegebenenfalls eine Lohnfortzahlung für eine beschränkte Dauer. Gleichzeitig erlischt mit dem Tod eines Elternteils dessen Anspruch auf Mutterschafts- beziehungsweise Vaterschaftsurlaub. Die Konsequenzen dieser Regelung werden besonders deutlich, wenn die Mutter stirbt. In diesem Fall entfällt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub und dem hinterbliebenen Vater steht lediglich der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zu, sofern er diesen Urlaub zum Zeitpunkt des Todes noch nicht bezogen hat. Zwar gibt es in der Schweiz wenige Todesfälle eines Elternteiles kurz nach der Geburt, allerdings ist auch aus Sicht der SVP angesichts der ausgesprochenen Härte dieser Situation Handlungsbedarf angezeigt. Die SVP möchte die betroffenen Mütter und Väter besser schützen und in dieser schwierigen Zeit auch finanziell besser absichern, jedoch ohne dabei einem unkontrollierten Sozialausbau Tür und Tor zu öffnen.

Die SVP anerkennt, dass es sich in einem solchen Fall um einen ausgesprochenen Härtefall handelt und den Hinterbliebenen genügend finanzielle Sicherheit und Zeit eingeräumt werden muss, um die familiären Angelegenheiten entsprechend zu regeln. Die Vorlage gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit sieht jedoch vor, dass ein hinterbliebener Vater im Falle des Todes der Mutter innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt des Kindes zusätzlich zum zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub Anspruch auf einen Urlaub im Umfang von 14 Wochen hat (analog dem Mutterschaftsurlaub). Im Todesfall des Vaters innerhalb der ersten 6 Monate nach der Geburt des Kindes, soll die hinterbliebene Mutter zwei Wochen zusätzlichen Urlaub

(entspricht einem Übertrag des Vaterschaftsurlaubs) zu ihrem 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub erhalten. Aus Sicht der SVP stellt dies einen klaren Sozialausbau dar. Sie unterstützt deshalb den «Minderheitsantrag Schläpfer», welcher den hinterbliebenen Vätern unter Berücksichtigung derselben Kriterien wie der Mehrheitsentwurf im Falle des Todes der Mutter einen zusätzlichen Urlaub im Umfang von 14 Wochen gewähren will, allerdings soll dieser Anspruch nicht mit dem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub kumuliert werden. Dem hinterbliebenen Vater wird mit einem 14-wöchigen Urlaub die notwendige Unterstützung ermöglicht, ohne dabei einen Leistungsausbau gegenüber der geltenden Regelung vorzunehmen. Aus diesem Grund ist auch eine Verlängerung des 14-wöchigen Mutterschaftsurlaubs im Falle des Todes des Vaters um zwei zusätzliche Wochen abzulehnen, sollten die bestehenden 14 Wochen des Mutterschaftsurlaubs genügend Zeit und Unterstützung für die hinterbliebene Mutter bieten.

Aus diesem Grund unterstützt die SVP den «Minderheitsantrag Schläpfer» zur Vorlage. Den Entwurf der Kommissionsmehrheit, wonach der Mutterschaftsurlaub den hinterbliebenen Vätern zusätzlich und somit kumulativ zum bestehenden Vaterschaftsurlaub und im Falle einer hinterbliebenen Mutter der Vaterschaftsurlaub zusätzlich und somit ebenfalls kumulativ zum bereits bestehenden Mutterschaftsurlaub gutgeschrieben werden soll, was nichts anderes als einen erheblichen Sozialausbau darstellt, lehnt die SVP ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller
Nationalrat



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit – National
3003 Bern

Per E-Mail: marie.buchs@bsv.admin.ch

Zürich, 23. Mai 2022 LMB/sm
mueller-brunner@arbeitgeber.ch

Stellungnahme zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

1. Zusammenfassende Beurteilung

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Gestützt auf die Konsultation unserer Mitglieder nehmen wir zusammenfassend gerne wie folgt Stellung:

Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV):

1. Die Arbeitgeber lehnen die vorgesehene Schaffung eines neuen Urlaubs im Todesfall des Elternteils ab. Insbesondere erachten es die Arbeitgeber als problematisch, in der Praxis selten auftretende – sehr tragische – Einzelfälle über pauschale gesetzliche Grundlagen zu regeln, da dies neue Ungleichheiten und Problemstellungen mit sich bringt.
2. Sollte die Pa. Iv. 15.434 (Kessler) Weibel dennoch umgesetzt werden, unterstützen die Arbeitgeber die Minderheit. Das heisst, die Vorlage soll tatsächlich auf die gemäss Titel vorgesehene Übertragung des Mutterschaftsurlaubs auf den hinterbliebenen Vater beschränkt werden.
3. Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten nach Annahme der Vorlage «Ehe für alle» sind die Arbeitgeber einverstanden.

2. Ausgangslage

In Umsetzung der Pa. Iv. 15.434 (Kessler) Weibel soll mit der vorliegenden Gesetzesänderung neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil geschaffen werden, sofern der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser gesetzlich geregelte Urlaub soll erlauben, dass der hinterbliebene Elternteil familiäre Aufgaben wahrnehmen kann, ohne dass er seine Erwerbstätigkeit aufgeben muss. Die Entschädigung dieses Urlaubs erfolgt, wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub, über die Erwerbsersatzordnung. Heute besteht keine spezifische Regelung für den Fall, dass ein Elternteil während des Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs stirbt. Generell ist der Arbeitgeber aber gesetzlich verpflichtet, auf die besondere Situation seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Familienpflichten Rücksicht zu nehmen.

3. Position des SAV

Im Rahmen unseres internen Vernehmlassungsverfahrens haben unsere Mitglieder vor diesem Hintergrund mehrfach geäussert, dass in den sehr tragischen Einzelfällen, in denen ein Elternteil den anderen Elternteil verliert, passgenaue Lösungen gefragt sind. In solchen Einzelfällen nehmen die Arbeitgeber ihre soziale Verantwortung schon heute wahr und tun ihr Möglichstes, um den Vater oder die Mutter zu unterstützen. Der Einführung eines neuen Mutterschaftsurlaubs für hinterbliebene Väter und eines Vaterschaftsurlaubs für hinterbliebene Mütter bedarf es daher schon aus grundsätzlichen Überlegungen nicht.

Heute besteht zwar keine spezifische Regelung für den Fall, dass ein Elternteil während des Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs stirbt. Die Grundlagen für die Einzelfalllösungen sind aber vorhanden. Wie bis anhin wird es möglich sein, gestützt auf die bestehenden Regelungen in Art. 324a OR und Art. 36 Abs. 1 ArG, einzelfallgerechte Lösungen auf Stufe des Unternehmens zu finden. Das gemeinsame Suchen nach der besten Lösung, würde durch die Gesetzesänderung verhindert. Wenn zudem immer mehr tragische Einzelfälle über allgemeine gesetzliche Regelungen gelöst werden, verursachen diese jeweils wieder neue Fragestellungen und Ungleichbehandlungen – wir verweisen dazu auf unsere separaten Ausführungen im Absatz 4 (Grundsätzliche Bemerkungen).

Die Arbeitgeber lehnen insbesondere auch eine Ausdehnung der Ansprüche der Mutter auf den Vaterschaftsurlaub ab, da die Notwendigkeit dieser Ausdehnung inhaltlich nicht mit der nötigen Betreuung für das Neugeborene begründet werden kann. So gibt es auch alleinstehende Mütter, deren gesetzlicher Mutterschaftsurlaub 14 Wochen beträgt (ohne zusätzliche flexible zwei Wochen Vaterschaftsurlaub) und auch weiterhin betragen soll.

In diesem Sinne lehnen es die Arbeitgeber auch ab, dass dem betroffenen Vater der Vaterschaftsurlaub zusätzlich zu den 14 Wochen Mutterschaftsurlaub angerechnet wird. Die Urlaube sollen in keinem Fall zueinander addiert werden. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass die jeweiligen Urlaube wieder bei Null beginnen und nicht mit den schon vom anderen Elternteil bezogenen Tagen verrechnet werden. Damit entfällt auch das Argument, wonach der Urlaub mit Mittel kompensiert wird, die für den Urlaub des verstorbenen Elternteiles vorgesehen waren.

Sollte die Pa. Iv. 15.434 (Kessler) Weibel dennoch umgesetzt werden, unterstützen die Arbeitgeber die Minderheit. Das heisst, die Vorlage soll tatsächlich auf die gemäss Titel vorgesehene Übertragung des Mutterschaftsurlaubs auf den hinterbliebenen Vater beschränkt werden.

Mit den Anpassungen der Begrifflichkeiten nach Annahme der Vorlage «Ehe für alle» sind die Arbeitgeber einverstanden.

4. Grundsätzliche Bemerkungen

Der Mutterschaftsurlaub dient zu einem wesentlichen Teil der Erholung von der Schwangerschaft und der Geburt. Diesen Zweck muss der Mutterschaftsurlaub tragischerweise nicht mehr erfüllen, wenn die Mutter bei der Geburt oder während des Mutterschaftsurlaubs stirbt. Der Vaterschaftsurlaub soll es dem Vater ermöglichen, eine Beziehung zum Kind aufzubauen. Diesen Zweck muss der Vaterschaftsurlaub – was ebenso tragisch ist – nicht mehr erfüllen, wenn der Vater innert sechs Monaten nach der Geburt stirbt. Sowohl der Mutterschaftsurlaub des hinterbliebenen Vaters als auch der Vaterschaftsurlaub der hinterbliebenen Mutter können deshalb bloss den Zweck haben, es dem hinterbliebenen Elternteil zu ermöglichen, das Leben neu zu ordnen, nachdem der andere Elternteil stirbt.

Wenn dem hinterbliebenen Vater maximal 14 Wochen Zeit gegeben wird, um das Leben neu zu ordnen, der hinterbliebenen Mutter hingegen bloss zwei Wochen, ergibt sich eine Ungleichbehandlung. Eine weitere Ungleichbehandlung ergäbe sich auch zwischen hinterbliebenen Elternteilen, die den anderen Elternteil bei der Geburt oder kurz nach der Geburt verlieren, und hinterbliebenen Elternteilen, die den anderen Elternteil erst z.B. nach einem Jahr nach der Geburt verlieren. In beiden Fällen werden die hinterbliebenen Elternteile das Leben neu ordnen müssen. Weshalb bloss hinterbliebene Elternteile, die den anderen Elternteil bei der Geburt oder kurz nach der Geburt verlieren, einen Urlaub erhalten sollen, ist nicht einzusehen. Die Vorlage will in einer ganz spezifischen Situation den überlebenden Elternteil absichern, ohne dass verständlich würde, weshalb gerade diese Situation herausgegriffen wird.

Eine weitere Ungleichbehandlung ist der Umstand, dass der Vater während des Vaterschaftsurlaubs keinen Kündigungsschutz nach Art. 336c OR geniesst, die hinterbliebene Mutter während des Vaterschaftsurlaubs aber Kündigungsschutz nach Art. 336c OR geniessen soll.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND



Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor



Dr. Lukas Müller-Brunner
Mitglied der Geschäftsleitung

Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit
Herr Albert Rösti
Präsident
3003 Bern

per Mail an:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 18. Mai 2022

Vernehmlassung zur Pa. Iv. (Kessler) Weibel 15.434 "Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Rösti
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Gerne nimmt der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) dazu wie folgt Stellung:

Im internationalen Vergleich schneidet die Schweiz bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf schlecht ab. Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub sind mit 14 resp. 2 Wochen zu kurz, um den Bedürfnissen von Eltern und Kind zu entsprechen. Eine daran anschliessende Elternzeit fehlt zudem gänzlich.

Der SGB begrüsst deshalb ausdrücklich, dass hinterbliebene Mütter und Väter neu 14 resp. 2 Wochen Urlaub erhalten sollen, wenn das andere Elternteil kurz nach der Geburt stirbt. Wir geben jedoch zu bedenken, dass auch ein Säugling von mehr als 14 Wochen noch sehr intensive Betreuung braucht, die für Menschen mit einem vollen Erwerbsumsatz oft schwer zu gewähren ist. Wir beantragen deshalb, dass das hinterbliebene Elternteil Anrecht auf Urlaub hat, auch wenn die Mutter mehr als 14 Wochen nach ihrer Niederkunft stirbt und schlagen für Art. 16k^{bis} Abs. 1 folgende Formulierung analog zu Art. 16c^{bis} Abs. 1 vor:

Stirbt die Mutter am Tag ihrer Niederkunft oder **während der 6 Monaten danach**, so hat der andere Elternteil Anspruch auf zusätzliche 98 Taggelder.

Die entsprechende Anpassung ist auch in Art. 329g^{bis} Abs. 1 des Obligationenrechts vorzunehmen:

Stirbt die Mutter am Tag ihrer Niederkunft **oder während der 6 Monaten** danach, so hat der andere Elternteil Anspruch auf einen Urlaub von 14 Wochen [...].

Wir sind überzeugt, dass die so angepasste Lösung einen echten Mehrwert für Kind und hinterbliebene Eltern ist, und lehnen Minderheitsanträge, die weniger weit gehen als der Kommissionsvorschlag, klar ab.

Der SGB begrüsst auch die redaktionellen Anpassungen, die der gelebten Realität vieler Familien besser gerecht werden, als die bisherige Begrifflichkeit, die die Definition von Eltern als heterosexuelles Paar fortschreibt.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Fragen gern zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
3003 Bern

marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 19. Mai 2022 sgv-Gf/cp

Vernehmlassungsantwort:

15.434 Pa.Iv. Thomas Weibel (Margrit Kessler). Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 laden Sie uns ein, zu einem Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Pa.Iv. Thomas Weibel (Margrit Kessler). Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter (15.434) Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Bemerkungen danken wir Ihnen bestens.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 230 Verbände und gegen 500'000 Unternehmen, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Seitens des sgv sind wir klar der Ansicht, dass die Regelung der Arbeitsverhältnisse wenn immer möglich den Sozialpartnern überlassen wird. Der Gesetzgeber soll sich darauf Beschränken, die Mindestbedingungen zu definieren. Dann ist es Sache der Sozialpartner, weitergehende Regelungen zu bestimmen oder Spezialfälle zu regeln. Genau so sollte es auch im vorliegenden Fall gehandhabt werden. Der Gesetzgeber hat die wichtigsten Regelungen für den Mutterschafts- und den Vaterschaftsurlaub im Erwerbersatzgesetz definiert. Nun soll es Sache der Sozialpartner und/oder der Betriebe sein, Lösungen für selten eintreffende Sonderfälle wie den Hinschied der Mutter bei der Geburt oder unmittelbar danach zu treffen. Aus unserer Sicht ist es nicht zielführend und einer lebendigen Sozialpartnerschaft abträglich, wenn der Gesetzgeber für jeden noch so seltenen Sonderfall Regelungen erlässt. Auf dieser Grundhaltung aufbauend spricht sich der sgv gegen die Umsetzung der Pa.Iv. Thomas Weibel (Margrit Kessler) und für sozialpartnerschaftliche oder betriebliche Regelungen aus.

Sollte das Parlament entgegen unserem Antrag doch der Ansicht sein, dass es die Pa.Iv. Thomas Weibel (Margrit Kessler) umzusetzen gilt, ist es für uns wichtig, dass die neu gewährten Urlaubsregelungen angemessen ausfallen. Und da sind wir dezidiert der Meinung, dass es nicht angehen kann, den vierzehnwöchigen Mutterschaftsurlaub ungekürzt auf die betroffenen Väter zu übertragen und sie darüber hinaus noch mit einem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub anzureichern. Ein ordentlicher Teil des

vierzehnwöchigen Mutterschaftsurlaubs dient den Frauen dazu, sich von der Strapaze der Geburt zu erholen (deshalb auch das strikte achtwöchige Arbeitsverbot) und eine ausreichend lange, ungestörte Stillzeit zu gewährleisten. Dies fällt bei den Vätern, die sich aufgrund des Hinschieds der Kindsmutter um ihren neugeborenen Nachwuchs kümmern müssen, weg. Wir sind daher der Meinung, dass der auf hinterbliebene Väter zu übertragende Mutterschaftsurlaub auf maximal zehn Wochen zu begrenzen ist (immer unter der Annahme, dass die Pa.Iv. Thomas Weibel (Margrit Kessler) entgegen unserem Hauptantrag umgesetzt werden soll). Dabei ist der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub in diese maximal zehn Wochen zu integrieren.

Die SGK-N schlägt vor, im Falle des Todes eines anderen Elternteils einen Anspruch auf zusätzliche 14 Taggelder zu schaffen. Diesen Vorschlag lehnen wir entschieden ab.

Wir erlauben uns, im Rahmen dieser Vernehmlassung auf eine Problemstellung hinzuweisen, mit der wir in letzter Zeit verschiedentlich konfrontiert wurden. Das Gesetz lässt es bekanntlich zu, dass der Vaterschaftsurlaub auch tageweise bezogen werden kann. Die 14 Wochen Mutterschaftsurlaub sind dagegen ohne Unterbruch am Stück zu beziehen. Kehrt eine Frau vor Ablauf der ihr zustehenden 14 Wochen Mutterschaftsurlaub an ihren Arbeitsplatz zurück, verliert sie sofort den Anspruch auf den verbleibenden Urlaub. Auch in unseren Kreisen stören sich etliche erwerbstätige Mütter an dieser Regelung. Gewünscht wird, dass ein ordentlicher Teil des vierzehnwöchigen Mutterschaftsurlaubs weiterhin ohne Unterbruch am Stücke zu beziehen ist (sicher mindestens acht Wochen). Für den zweiten Teil des zustehenden Urlaubs wird hingegen gewünscht, dass eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz ermöglicht wird (indem beispielsweise während ein oder zwei Tagen pro Woche wieder gearbeitet werden darf, was eine Aufteilung des Gesamturlaubs auf eine längere Zeitspanne zur Folge hätte). Eine solche Öffnung der heutigen Vorgaben würde es auch ermöglichen, Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaube in idealer Weise zu kombinieren, indem die Väter ihre Urlaubstage gezielt dann beziehen, wenn die Mütter beginnen, schrittweise an die Arbeit zurückzukehren. Wir bitten die SGK-N, zu prüfen, ob die anstehende Überarbeitung des Erwerbsersatzgesetzes nicht zum Anlass genommen werden kann, um zu prüfen, ob die zum Teil recht starren Vorgaben für den Bezug der Mutterschaftsurlaube nicht im Sinne flexibler und zeitgemässer Regelungen gelockert werden können.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Kurt Gfeller
Vizedirektor

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Office fédéral des assurances
sociales OFAS
Mme Marie Buchs
par e-mail :
marie.buchs@bsv.admin.ch

Berne, le 10 mai 2022

15.434 n Iv. pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère. – Position de Travail.Suisse

Madame, Monsieur,

Vous nous avez invités à nous prononcer sur le projet cité en titre et c'est avec plaisir que nous transmettons notre position et nos suggestions à vos services.

Remarque générale

Travail.Suisse, l'organisation faîtière indépendante des travailleurs et des travailleuses, **soutient le principe général de la modification de la LAPG et du Code des obligations** pour permettre au parent survivant de bénéficier du congé de naissance – maternité ou paternité - prévu le parent décédé.

Travail.Suisse **approuve aussi les adaptations rédactionnelles et conceptuelles résultant de l'acceptation du « mariage pour tou-te-s »** lors de la votation populaire du 26 septembre 2021.

La question du transfert du congé de naissance d'un parent à l'autre pourrait être comprise comme une mesure favorisant l'égalité entre femmes et hommes, telle que garantie par la Constitution et par la loi sur l'égalité. En ce sens, les modifications proposées de la législation correspondent à l'un des objectifs visés par la Stratégie Egalité 2030 de la Confédération. Le quatrième objectif « Discrimination » est clair : « *La discrimination, le sexisme ainsi que les stéréotypes de genre ne sont socialement plus tolérés et ne limitent plus les modes de vie des femmes et des hommes.* ». Une des mesures de mise en œuvre de cette stratégie est la publication par le Conseil fédéral le 10 décembre dernier d'un rapport intitulé « *Inégalités directes entre femmes et hommes en droit fédéral* ». Le rapport se base sur l'avis un avis de droit du Pr. Anne-Sylvia Dupont qui constate que

la loi comporte une inégalité formelle entre femmes et hommes en matière de congés de naissance.

Toutefois, au-delà des seules considérations d'ordre juridique sur l'égalité formelle, Travail.Suisse estime que la réponse à l'initiative parlementaire doit avoir pour objectif le **bien-être et la santé de l'enfant** dont un des parents vient de disparaître.

Comme l'explique très bien le rapport de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national, les difficultés rencontrées par le parent survivant sont telles qu'il convient d'intervenir, même si le nombre de cas annuel est heureusement limité à moins d'une dizaine (pour ce qui est des décès des mères). Il s'agit de prendre des mesures pour le bien de l'enfant, qui doit être au centre des préoccupations. **Le lien avec le parent survivant doit absolument pouvoir se créer, malgré la situation de deuil.** Cela demande du temps.

Toutefois, la réflexion sur l'égalité de traitement entre femmes et hommes ne doit pas être balayée pour autant. C'est elle qui justifie la position de Travail.Suisse au sujet des propositions de la minorité de la commission.

Position sur les propositions de minorité

- LAPG, Art. 16c^{bis} : Travail.Suisse **approuve la position de la majorité** et rejette la proposition de la minorité Schläpfer.

Après sa remarque générale qui approuve le principe général de ces nouvelles dispositions, il est logique pour Travail.Suisse d'approuver le nouvel article 16c^{bis}.

- Art. 16k^{bis} LAPG. Travail.Suisse **approuve la position de la majorité** et rejette la position de la minorité Schläpfer.

La prolongation de la durée du versement des allocations maternité en cas d'hospitalisation du nouveau-né durant au moins deux semaines doit pouvoir s'appliquer aussi au parent survivant. Il n'y a aucune justification à ne pas accorder ce nouveau droit au parent survivant, par égalité de traitement. Les conditions d'octroi de cette prolongation sont suffisamment strictes et répondent aux besoins de l'enfant.

- Si le parent survivant est le second parent (le père ou la femme de la mère), les allocations de maternité doivent s'additionner à celles qui sont prévues pour le second parent (congé de paternité). Travail.Suisse **s'oppose aux « économies de bout de chandelles » telles que proposées par la minorité** aux art. 16kbis, al. 1 et 4, P-LAPG, art. 329g, al. 2, 2e phrase, et al. 3, et art. 329gbis, al. 1, 2e phrase, P-CO.
- Si le parent survivant est la mère, par souci d'égalité, il est normal qu'elle bénéficie aussi du congé paternité prévu. Le principe d'égalité de traitement entre femmes et hommes est ancré dans la Constitution. La Stratégie Egalité 2030 adoptée par la Confédération s'y réfère. A un autre plan, il est connu que tant la durée du congé maternité que du congé paternité est le résultat d'un compromis politique qui ne répond nullement aux véritables besoins des parents. Le décès de l'un des parents au moment de la naissance d'un enfant ou juste après est

suffisamment difficile à vivre pour le parent survivant pour justifier une extension des prestations. Vouloir faire des économies dans cette situation particulièrement dramatique de deuil, alors que les allocations auraient de toute façon été versées, est mesquin. Les économies réalisées seraient minimales, mais l'incompréhension des personnes concernées totale. Travail.Suisse **s'oppose aux propositions de la minorité** aux art. art. 16cbis, et art. 20, al. 1, let. e, P-LAPG ; art. 329f, al. 3, et art. 336c, al. 1, let. cquater, P-CO.

Nous vous remercions de tenir compte de notre avis et de nos suggestions de modification et d'action et vous prions de recevoir, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.



Adrian Wüthrich
Conseiller national et
Président de Travail.Suisse



Valérie Borioli Sandoz
Responsable Politique de l'égalité

Office fédéral des assurances sociales
Madame Marie Buchs
Effingerstrasse 20
3003 Berne

marie.buchs@bsv.admin.ch

Paudex, le 23.05.2022
PAS/ty

Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Madame,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet cité sous rubrique, qui a retenu toute notre attention, et nous permettons de vous faire part de notre avis à ce sujet.

La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national a mis en consultation un projet de modification de divers actes législatifs, en particulier la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG) et le Code des obligations (CO), qui met en œuvre l'initiative parlementaire 15.434 de la conseillère nationale Margrit Kessler.

Le projet prévoit ainsi, en cas de décès de la mère le jour de l'accouchement ou durant les quatorze semaines qui suivent, d'accorder à l'autre parent un congé, de quatorze semaines également, ainsi que les allocations pour perte de gain y afférentes, à prendre de manière ininterrompue à compter du jour qui suit le décès.

Par souci d'égalité, une majorité de la commission propose que la mère puisse, en sus du congé maternité, bénéficier du congé et des allocations de deux semaines, en cas de décès de l'autre parent dans les six mois suivant la naissance; ledit congé devrait être pris, sous forme de semaines ou de journées, dans les six mois suivant le décès.

A côté de cela, le projet prévoit des modifications terminologiques afin de tenir compte de l'entrée en vigueur du mariage pour tous. Ainsi, le père devient l'«autre parent».

1. L'octroi des congés

Nous sommes opposés à l'octroi des nouveaux congés proposés. Sur le principe, notre organisation rappelle systématiquement que la réglementation des rapports de travail doit, pour l'essentiel, relever de la liberté contractuelle et du partenariat social, le législateur ne devant intervenir que pour garantir des conditions minimales.

Il ne s'agit pas de nier ou de minimiser les difficultés, aussi bien organisationnelles qu'émotionnelles, que doivent assumer les jeunes parents en cas de décès de leur partenaire.

On ne prétendra pas non plus que la réglementation proposée mettrait en péril les entreprises et l'économie, dès lors que les cas visés sont heureusement peu fréquents et

que les prestations transmises auraient de toute façon dû être versées. Il faut néanmoins rappeler que si, prises isolément, les charges toujours plus nombreuses imposées aux employeurs sont supportables, leur accumulation finit, quant à elle, par ne plus l'être.

On constate en effet une tendance grandissante à vouloir légiférer sur tous les problèmes que peuvent rencontrer les individus au cours de leur existence, qui se traduit en particulier par l'octroi régulier de nouveaux congés ou des propositions en ce sens. Or la loi – par définition générale et abstraite – n'a pas vocation à régir les cas particuliers et les situations individuelles, dont le nombre est infini.

Par ailleurs, les difficultés auxquelles est confronté le parent survivant diffèrent aussi d'un cas à l'autre (droit ou non à des prestations pour survivants – d'assurances sociales ou de l'employeur du défunt –, solutions de garde à court terme, horaires de travail libres ou flexibles, etc.), de sorte qu'une réglementation uniforme est inadéquate. Il y a au contraire lieu de laisser les parties au contrat de travail trouver, en bonne entente, des solutions sur mesure.

En tout état de cause, si une législation devait être adoptée, il y aurait lieu de se rallier à la position de la minorité, qui exclut l'octroi du congé de deux semaines à la mère en sus du congé maternité, et qui refuse le cumul des congés de quatorze et deux semaines pour l'autre parent.

2. Modifications terminologiques

Nous n'avons pas de remarque à formuler sur ce point.

3. Congés pris sous la forme de journées

Nous nous permettons de formuler une remarque, en marge de la présente procédure de consultation, quant au versement des allocations lorsque les congés (paternité et pour la prise en charge d'un enfant gravement atteint dans sa santé) sont pris sous forme de journées. Afin de tenir compte de la différence entre la semaine de travail et la semaine civile, la législation en vigueur prévoit que, pour cinq jours indemnisés, deux indemnités journalières supplémentaires sont versées. Autrement dit, cette solution ne vaut que pour les cas où l'employé travaille cinq jours par semaine. Or le travail à temps partiel est largement répandu. Il s'agirait donc de trouver une formulation permettant de garantir que, pour une semaine de congé, sept indemnités journalières sont versées, quel que soit le nombre de jours de travail que comporte une semaine pour l'employé considéré. En réalité, même si on ne se fait guère d'illusion sur la possibilité d'un retour en arrière, il faudrait idéalement imposer la prise des congés sous forme de semaines «blocs», dès lors que le droit actuel pose des difficultés pratiques aussi bien aux employeurs qu'aux caisses de compensation, a fortiori lorsque le congé peut être partagé entre les parents.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de notre considération distinguée.

Centre Patronal



Sophie Paschoud



Fédération des
Entreprises
Romandes

FER Genève · PPE Bâle · UEP Fribourg
FER Neuchâtel · FER Valais

marie.buchs@bsv.admin.ch

Services du Parlement et Office fédéral des
assurances sociales

A l'att. d'Albert Röstli,
Président de la CSSS-N

Genève, le 24 mai 2022
FY/SZ – 3199/3239 - FER N°26-2022

15.434 n lv. pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Monsieur le Président de la CSSS-N,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet mis en consultation et vous faisons parvenir ci-dessous notre prise de position.

1. Contexte

Selon le droit suisse, les mères qui exercent une activité lucrative et qui donnent naissance à un enfant ont droit à un congé maternité de 14 semaines et les pères en activité professionnelle, un congé paternité de 2 semaines. Si malheureusement l'un des parents vient à décéder, son droit à un congé s'éteint avec lui. La présente modification législative a pour objectif d'octroyer un congé pour le parent survivant, indemnisé par le régime des allocations pour perte de gain (APG), comme c'est le cas actuellement pour les congés de maternité et de paternité.

Ce congé prévu pour le parent survivant doit permettre à ce dernier de s'occuper du nouveau-né et de faire face à cette nouvelle situation. La majorité de la CSSS-N prévoit d'accorder au père, si la mère décède dans les 14 semaines qui suivent la naissance de l'enfant, un congé de 14 semaines qui devrait être pris immédiatement après le décès, et de manière ininterrompue. Concernant la mère, elle aurait droit à un congé de 2 semaines si le père décédait dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant.

2. Position de la FER

La FER souligne que la situation particulière où l'un des parents décède peu de temps après la naissance de l'enfant n'est en effet pas réglée par la loi. Le droit au congé de maternité et de paternité s'éteint avec le décès du parent qui pouvait y prétendre. La situation est particulièrement douloureuse pour le parent survivant qui doit faire face non seulement au décès de son conjoint-e, mais également s'organiser avec un nouveau-né. Les conséquences de cette réglementation sont particulièrement importantes lorsque la mère décède, car les 14 semaines de congé maternité prennent immédiatement fin et le père ne dispose plus que de 2 semaines de congé paternité (à moins que le congé ait déjà été pris).

Notre Fédération est donc d'avis qu'il convient de garantir au parent survivant le droit à un congé dont la durée et le montant de l'indemnisation sont clairement définies par la loi, comme cela est le cas ici avec cette nouvelle réglementation. Ce congé va permettre au parent survivant de remplir ses obligations familiales sans devoir pour autant abandonner son activité professionnelle. Il va ainsi conduire à une meilleure conciliation entre la vie privée et la vie professionnelle.

En l'état, il n'existe pas de statistiques consolidées sur le nombre de femmes qui décèdent au cours des 14 semaines suivant l'accouchement. Concernant le nombre d'hommes décédés au cours des 6 mois suivant la naissance, aucune estimation n'est disponible non plus. Cependant, selon les estimations effectuées par l'OFS, il apparaît que, en Suisse, 1 à 8 femmes meurent tous les ans des suites d'une grossesse, d'un accouchement ou de complications post-partum. Dans tous les cas, les chiffres restent heureusement globalement faibles, ce qui signifie concrètement que le nombre d'indemnités journalières versées sera très limité. En termes de financement du congé, le rapport souligne (p.21) que les «chiffres montrent que les conséquences financières d'un congé en cas de décès sont minimales pour le régime des APG et peuvent être couvertes par les ressources actuelles de l'assurance. Aucun financement additionnel n'est dès lors nécessaire, le taux actuel de cotisation de 0,5% étant suffisant». Notre Fédération estime, sur la base des éléments précités, que les conséquences économiques de cette modification seront marginales étant donné le peu de cas concernés par année.

En conclusion, la FER soutient la proposition de la majorité, car elle garantit au parent survivant le droit à un congé dont la durée et l'indemnisation sont clairement définies dans la loi. Cela apporte non seulement de la transparence sur cette situation malheureuse, mais permet également une meilleure conciliation entre les vies professionnelle et familiale. Notre Fédération tient aussi à souligner que les coûts de cette solution restent très modestes, raison pour laquelle elle estime qu'il n'y a pas lieu de soutenir les propositions de minorité.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la CSSS-N, à l'expression de notre haute considération.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Olivier Sandoz
Secrétaire général adjoint



Yannic Forney
Délégué

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit 12 associations patronales et professionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45 000 membres.

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BVS
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per Mail an:

marie.buchs@bsv.admin.ch

Zürich, 20. Mai 2022

Vernehmlassungsantwort: 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste Branchenverband der Schweiz mit rund 20 000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, nimmt im obengenannten Vernehmlassungsverfahren gerne wie folgt Stellung:

I. Allgemeine Würdigung

GastroSuisse begrüsst das Bestreben, für den hinterbliebenen Elternteil einen Urlaub zu gewähren, sodass der hinterbliebene Elternteil familiäre Aufgaben wahrnehmen kann, ohne seine Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen. Deshalb unterstützt GastroSuisse, dass hinterbliebene Väter einen Urlaub von 14 Wochen erhalten und der Vaterschaftsurlaub darin eingeschlossen ist. Dies gilt umso mehr, als die finanziellen Auswirkungen minim sind und keine Zusatzfinanzierung benötigt wird. Die steigenden Sozialabgaben sowie zusätzliche Mehrwertsteuern, welche strukturelle Defizite in den Sozialwerken decken, belasten die Wirtschaft zunehmend. In dieser Situation sollten Mehrausgaben besonders kritisch geprüft werden. Nachfolgend nimmt GastroSuisse Stellung zu ausgewählten Aspekten der Vorlage.

II. Art. 16c^{bis}: Anspruch auf zusätzliche Taggelder im Falle des Todes des andern Elternteils

Angeichts des geltenden Anspruchs der Mütter auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft schliesst sich GastroSuisse dem Minderheitsantrag der Kommission an. Die Kommissionsminderheit Schläpfer et al. spricht sich gegen den entschädigten Urlaub für die Mutter im Falle des Todes des anderen Elternteils aus. Sie schlägt deshalb vor, alle damit zusammenhängenden Änderungen zu streichen (Art. 16c^{bis}, Art. 20 Abs. 1 Bst. e E-EOG; Art. 329f Abs. 3, Art. 336c Abs. 1 Bst. c^{quater} E-OR).

III. Art. 16k^{bis} Abs. 1 und 4 E-EOG: Dauer des Urlaubs im Falle des Todes des andern Elternteils

Die parlamentarischen Initiative 15.434 «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» von Alt-Nationalrätin Magrit Kessler fordert eine Anpassung des Erwerbssersatzgesetzes und des Obligationenrechts, sodass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. GastroSuisse erachtet diese Massnahme als verhältnismässig und das Anliegen der Motion mit der Umsetzung des Minderheitsantrags Schläpfer et al. als erfüllt. Innerhalb von 14 Wochen sollte es in der Regel möglich sein, dass der hinterbliebene Elternteil familiäre Aufgaben wahrnehmen und sich organisieren kann. Zusätzliche 2 Wochen Urlaub ändern an der Situation jedenfalls nichts. Deshalb sollten die Taggelder der Vaterschaftsentschädigung in den Taggeldern des 14-wöchigen Urlaubs im Todesfall der Mutter miteinberechnet werden. Zudem erachtet GastroSuisse eine Rahmenfrist von 6 Monaten ab Niederkunft als gerechtfertigt und unterstützt den Vorschlag der Minderheit Schläpfer et al., die Rahmenfrist während des Bezugs der Entschädigung im Todesfall der Mutter nicht auszusetzen. Entsprechend sollen alle damit zusammenhängenden Änderungen angepasst beziehungsweise gestrichen werden (Art. 16k^{bis} Abs. 1 und 4 E-EOG; Art. 329g Abs. 2 zweiter Satz und Abs. 3, Art. 329g^{bis} Abs. 1 zweiter Satz E-OR).

GastroSuisse

Für Hotellerie und Restauration
Pour l'Hôtellerie et la Restauration
Per l'Albergheria e la Ristorazione

Wirtschaftspolitik
Blumenfeldstrasse 20 | 8046 Zürich
T 0848 377 111
wipo@gastrosuisse.ch | www.gastrosuisse.ch

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Haltung von GastroSuisse.

Freundliche Grüsse



Casimir Platzer
Präsident GastroSuisse



Daniel Borner
Direktor GastroSuisse

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrats
3003 Bern

Per Email an:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Chur, 24. Mai 2022

Stellungnahme zum Vernehmlassungsverfahren 15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel - Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
sehr geehrte Damen und Herren

In Umsetzung der obgenannten Initiative hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) einen Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse verabschiedet. Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden (HKGR) bedankt sich für die Möglichkeit, zu diesem Vorentwurf sowie zum erläuternden Bericht Stellung zu nehmen.

1. Ausgangslage

Heute besteht keine spezifische Regelung für den Fall, dass ein Elternteil während des Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs stirbt. Generell sind die Arbeitgeber aber gesetzlich dazu verpflichtet, auf die besondere Situation ihrer Mitarbeitenden mit Familienpflichten Rücksicht zu nehmen.

Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung soll neu ein gesetzlich geregelter und über die Erwerbsersatzordnung zu entschädigender Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub soll es dem hinterbliebenem Elternteil erlauben, familiäre Aufgaben wahrzunehmen, ohne dass die Erwerbstätigkeit aufgegeben werden muss:

- Der Vater soll einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt;

- Die Mutter soll einen Urlaub von 2 Wochen erhalten, wenn der Vater während der 6 Monate nach der Geburt des Kindes stirbt;
- Der hinterbliebene Elternteil soll zudem je unverändert Anspruch auf Vaterschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub haben. Eine Minderheit der SGK-N spricht sich dafür aus, dass nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält und der Vaterschaftsurlaub darin eingeschlossen ist.

Zudem soll die Vorlage dazu genutzt werden, die begrifflichen Anpassungen zur Vaterschaftsentschädigung vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der Volksinitiative «Ehe für alle» ergeben.

2. Beurteilung der HKGR

Heute besteht keine spezifische gesetzliche Regelung für den Fall, dass ein Elternteil während des Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs stirbt. Da die Arbeitgeber aber bereits heute generell gesetzlich dazu verpflichtet sind, auf die besondere Situation ihrer Mitarbeitenden mit Familienpflichten Rücksicht zu nehmen, bedarf es aus grundsätzlichen Überlegungen keiner Einführung eines neuen Urlaubs für den hinterbliebenen Elternteil.

In den sehr tragischen Einzelfällen, in denen ein Elternteil den anderen Elternteil verliert, sind passgenaue Lösungen gefragt. Obschon heute keine spezifische, diesbezügliche Regelung besteht, sind mit den bestehenden Art. 324a OR und Art. 36 Abs. 1 ArG grundsätzliche Regelungen vorhanden, welche einzelfallgerechte und gemeinsame Lösungen auf Stufe des Unternehmens erlauben. In solchen Einzelfällen nehmen die Arbeitgeber ihre Verantwortung schon heute wahr und tun ihr Möglichstes, um den Vater oder die Mutter zu unterstützen. Die gemeinsame Erarbeitung der besten Lösung würde durch die vorgesehene Gesetzesänderung verhindert. Zudem würde diese spezifische gesetzliche Regelung wiederum zu neuen Fragestellungen und Ungleichbehandlungen führen.

Auch die Addition der Ansprüche der verstorbenen Mutter bzw. des verstorbenen Vaters auf den Vaterschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub lehnt die HKGR ab, da die Notwendigkeit dieser Ausdehnung inhaltlich nicht mit der nötigen Betreuung für das Neugeborene begründet werden kann. So gibt es beispielsweise auch alleinstehende Mütter, deren gesetzlicher Mutterschaftsurlaub 14 Wochen beträgt (ohne zusätzliche flexible zwei Wochen Vaterschaftsurlaub) und auch weiterhin betragen soll.

Demgegenüber sind die vorgesehenen Anpassungen der Begrifflichkeiten nach Annahme der Vorlage «Ehe für alle» für die HKGR nachvollziehbar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben mit
freundlichen Grüßen

HANDELSKAMMER UND
ARBEITGEBERVERBAND GRAUBÜNDEN



Elia Lardi, Geschäftsführer

Zürich, 19. Mai 2022

[suissetec, Postfach, CH-8021 Zürich](#)

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats
3003 Bern

Unsere Referenz

Nicolas Spörri, Rechtsanwalt
+41 43 244 73 22
nicolas.spoerri@suissetec.ch

Per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Vernehmlassungsantwort zum Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Unserem Verband gehören rund 3'500 Unternehmungen aus den Branchen Sanitär, Spenglerei/Gebäudehülle, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung, Rohrleitungsbau/Werkleitungen sowie Solarinstallationen an. In diesen Unternehmungen bestehen rund 50'000 Arbeitsverhältnisse, wobei die Arbeitnehmenden unserer Hersteller-Lieferanten in dieser Zahl nicht enthalten sind. Viele der Arbeitnehmenden in der Gebäudetechnikbranche sind junge Menschen, welche sich in dem Alter befinden, in welchem sie eine Familie gründen. Wir machen daher gerne von der Möglichkeit Gebrauch, uns zu dieser Vorlage zu äussern

Ziel der Vorlage

Mit dem Tod eines Elternteils, endet auch dessen Anspruch auf Mutterschaft- bzw. Vaterschaftsurlaub. Insbesondere beim Tod der Mutter nach der Geburt, kann dies zu Härtefällen führen, da das Gesetz für einen solchen Fall keinen Urlaub vorsieht, in welchem der hinterbliebene Elternteil sich um das neugeborene Kind kümmern und Vorkehrungen für die sehr schwierige neue Lebenssituation treffen kann.

Diese Vorlage sieht vor, dass der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält – dies entspricht der Dauer des Mutterschaftsurlaubs – und die hinterbliebene Mutter den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub beziehen kann. Dies erfolgt zusätzlich zum schon bestehenden Anspruch auf Vaterschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub. Damit soll eine Erleichterung für den überlebenden Elternteil bei einem solchen, zum Glück sehr seltenen, Schicksalsschlag geschaffen werden.

Stellungnahme suissetec

suissetec anerkennt, dass die aktuelle Rechtslage keine befriedigende Lösung für eine solche Situation bietet. Es kann nicht sein, dass dem Arbeitgeber die Verantwortung übertragen wird, auf freiwilliger Basis den Arbeitnehmer in einem solch schwierigen Moment finanziell zu unterstützen. Auch wenn vermutlich in einer grossen Zahl der Fälle die Bereitschaft da wäre, können sich dies insbesondere kleine Betriebe nicht leisten. Des Weiteren ist die Müttersterblichkeit in der Schweiz äusserst gering (fünf Todesfälle pro 100'000 erfolgreiche Geburten), weshalb die finanziellen Auswirkungen auf die EO nicht signifikant sind – geschätzt werden Kosten von CHF 80'000 pro Jahr. Bei den Vätern ist die Sterblichkeitsrate selbstredend nur sehr schwierig einzuschätzen. Wenn man die Sterblichkeit der Männer in dem Alter nimmt, in welchem sie häufig Vater werden, werden die Kosten des neuen Urlaubs auf CHF 40'000 pro Jahr geschätzt. Dies führt dazu, dass es keine Zusatzfinanzierung braucht und der geltende Beitragsatz von 0.5 % nicht erhöht werden muss. Unter diesen Voraussetzungen opponiert suissetec nicht gegen die Vorlage.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass der Antrag einer Kommissionsminderheit, die Taggelder der Vaterschaftsentschädigung in die Taggelder des 14-wöchigen Urlaubs im Todesfall der Mutter einzuschliessen sowie im Todesfall des Vaters, der hinterbliebenen Mutter keinen zusätzlichen Vaterschaftsurlaub zu gewähren, auch zu einer genügenden und akzeptablen Lösung geführt hätte.

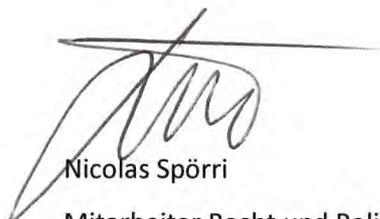
Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen



Christoph Schaar

Direktor



Nicolas Spörri

Mitarbeiter Recht und Politik

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates SGK-N
Herr Nationalrat Albert Rösti
Kommissionspräsident

marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 23. Mai 2022

Stellungnahme zur Pa. Iv. 15.434 n (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter: Vorentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) vom 3. Februar 2022

Sehr geehrte Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum vorliegenden Vorentwurf Stellung beziehen zu können. Nachstehend finden Sie unsere Vernehmlassungsantwort.

alliance F – der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen – vertritt überparteilich rund 150 Organisationen und insgesamt 400'000 Frauen in der Schweiz. Wir setzen uns aktiv für eine Verbesserung der Berufstätigkeit der Frauen, für ihre Chancengleichheit und bessere Rahmenbedingungen in der Erwerbstätigkeit und ganz generell für die Gleichstellung von Frau und Mann ein.

alliance F unterstützt den Teilschritt, dem hinterbliebenen Elternteil Urlaub zu gewähren, falls der Partner resp. die Partnerin kurz nach der Geburt verstirbt. Für alliance F ist das im Jahr 2022 eine Selbstverständlichkeit. Gerade auch im Hinblick auf das Inkrafttreten der Ehe für alle auf den 1. Juli 2022, ist das eine logische Anpassung des Erwerbersatzgesetzes (EOG).

alliance F vertritt jedoch die Ansicht, dass diese Gesetzesanpassung bei weitem nicht reicht, um die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben und die konsequente Umsetzung gleicher Rechte für gleichgestellte Paare umzusetzen. Sie setzt sich dementsprechend seit langem für eine paritätische Elternzeit ein.

Die heutige Gesetzgebung behindert aktiv die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben. Sie gibt vor, dass ausschliesslich Mütter und nicht beide Elternteile nach der Geburt eines Kindes bei der Arbeit ausfallen. Diese einseitige Regelung ist eine der Hauptursachen für die anhaltende Benachteiligung der Frauen - und zwar sämtlicher Frauen, nicht nur der Mütter - im Erwerbsleben, weil sie allein das Risiko tragen, am Arbeitsplatz auszufallen. Da jede Frau zur Gruppe gehört, die potenziell schwanger werden und ausfallen könnte, erfolgt eine – oft unabsichtliche, unbewusste - Benachteiligung, welche in geringeren Karrierechancen und Löhnen für Frauen resultiert.

Bei dem sich laufend zuspitzenden Fachkräftemangel, täte die Schweiz gut daran, das hoch ausgebildete Fachkräftepotenzial – die Frauen - auszuschöpfen. Durch die fehlenden Rahmenbedingungen bleiben die Frauen nach der Geburt - und spätestens nach der Geburt des zweiten Kindes – oft zuhause oder gehen nur in tiefprozentigen Arbeitsverträgen zurück in den Arbeitsmarkt. Eine paritätische Elternzeit wäre ein wichtiger Schritt, um die Gleichstellung im Erwerbsleben zu fördern und damit auch den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Ständerätin Maya Graf (Grüne, BL)
Co-Präsidentin alliance F



Nationalrätin Kathrin Bertschy (glp, BE)
Co-Präsidentin alliance F



Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
Femmes Protestantes en Suisse (FPS)

Nationalrat
Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
3003Bern

marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 24. Mai 2022

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Stellungnahme der Evangelischen Frauen Schweiz EFS

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) danken für die Einladung zur Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative „Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter“. Sie nehmen dazu wie folgt Stellung¹:

Den EFS ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Absicherung der Sorge für Nächste ein zentrales Anliegen. Unbezahlte Care-Arbeit, wie sie nach der Geburt eines Kindes geleistet wird, ist in der Schweiz nur minimal sozial abgesichert. Den aktuellen Urlaub² von 14 Wochen für erwerbstätige Mütter und neu von 2 Wochen für erwerbstätige Väter erachten die EFS als ungenügend. Sie sprechen sich deshalb für ein Modell mit einer genügenden Elternzeit für beide Elternteile aus. Eine Elternzeit erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördert die egalitäre Verteilung der Care-Arbeit und schützt die Gesundheit von Mutter und Kind.

1. Ausgangslage

Stirbt ein Elternteil während seines Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs, endet heute sein Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub. Die Konsequenzen dieser Regelung wer-

¹ Die Stellungnahme ist an diejenige der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF angelehnt.

² Bei der Bezeichnung als Urlaub ist zu beachten, dass diese der tatsächlichen Realität, die unzählige unbezahlte Arbeitsstunden erfordert, kaum gerecht wird.

den besonders deutlich, wenn die Mutter stirbt. In diesem Fall entfällt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub und dem hinterbliebenen Vater steht lediglich der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zu, sofern er diesen Urlaub zum Zeitpunkt des Todes noch nicht bezogen hat. Vor diesem Hintergrund begrüssen die EFS, dass Änderungen angestrebt werden, um diesen tragischen Fällen Rechnung zu tragen und hinterbliebenen Elternteilen einen Urlaub zu gewähren. Die EFS würden es weiter begrüssen, wenn zusätzlich auch dann ein Urlaub gewährt würde, wenn ein Elternteil von minderjährigen Kindern nach den ersten 14 Wochen nach der Geburt verstirbt.

2. Vorlage

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil soll - wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub - über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt werden. Neu soll der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub beginnt am Tag nach dem Tod der Mutter und ist am Stück zu beziehen. Die Mutter soll einen Urlaub von zwei Wochen erhalten, wenn der Vater während der sechs Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der sechs Monate ab dem Tag nach dem Tod des Vaters bezogen werden. Der hinterbliebene Elternteil soll zudem je unverändert Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub haben.

Eine Minderheit beantragt, in zwei Punkten vom Vorschlag der Kommission abzuweichen. Einerseits spricht sie sich dafür aus, dass nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält und kein zusätzlicher Urlaub für die Mutter beim Tod des anderen Elternteils gewährt wird. Andererseits soll der Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter nicht mit dem Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen kumuliert werden. Der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen soll im Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter eingeschlossen sein.

3. Position der EFS

Aufgrund der ausgesprochenen Härte der Situation, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, besteht aus Sicht der EFS dringender Handlungsbedarf. Wir unterstützen ausdrücklich den Kommissionsvorschlag und lehnen den Minderheitsvorschlag ab. Beim Kommissionsvorschlag handelt es sich um eine einfach umsetzbare Lösung. Er ermöglicht dem hinterbliebenen Elternteil, sich (zumindest für einen kurzen Zeitraum) um das Neugeborene sowie allfällige weitere Kinder in dieser schwierigen Situation zu kümmern. Der vorliegende Kommissionsvorschlag soll eine minimale zusätzliche Absicherung und Erleichterung beim schmerzhaften Verlust des anderen Elternteils sein. Die finanziellen Konsequenzen des Kommissionsvorschlags sind für die EO zudem äusserst gering, weil die Sterblichkeit in der Schweiz zum Glück klein ist, und können über die derzeitigen Ressourcen problemlos und ohne Erhöhung des Beitragssatzes abgedeckt werden. Die Kosteneinsparungen bei Umsetzung des Minderheitsvorschlags anstelle des Kommissionsvorschlags sind minimal. Hingegen signalisieren

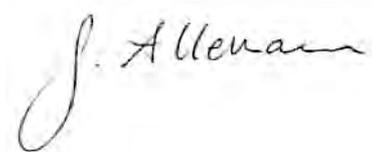
sie den Betroffenen, die sich in einer sehr belastenden Situation befinden, dass sie nur minimalstens unterstützt werden sollen. Aus Gründen der realen beruflichen Situation schlagen wir zudem vor, den Beginn des Mutterschaftsurlaubs für den hinterbliebenen Vater auf die ersten drei Tage nach dem Tod der Mutter festzusetzen, damit der Vater allfällige Arbeitsübergaben organisieren kann, ohne dass sein Urlaub verfällt.

Daneben befürworten die EFS, die redaktionellen und begrifflichen Anpassungen vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

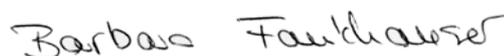
Die EFS bedanken sich für die Entgegennahme ihrer Stellungnahme und hoffen, dass die aufgeworfenen Punkte Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüssen

Evangelische Frauen Schweiz EFS



Gabriela Allemann
Präsidentin



Barbara Fankhauser
Vize-Präsidentin

Über die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) vertreten als Dachverband von protestantischen und ökumenischen Frauenverbänden und Einzelmitgliedern die Interessen von rund 37'000 Frauen. Sie setzen sich in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten ein. Sie orientieren sich an den befreienden Grundlagen des Evangeliums und stehen in Auseinandersetzung mit feministischen Theologien.

Die EFS engagieren sich für Frauen in allen Lebensbereichen und besonders für jene in schwierigen Verhältnissen. Sie treten in kirchlichen und weltlichen Organisationen für die Besserstellung der Frauen ein. Zu eidgenössischen Gesetzes- und Abstimmungsvorlagen und zu aktuellen Fragen nehmen die EFS aus Sicht evangelischer Frauen Stellung. Mit Publikationen und Weiterbildungsangeboten ermutigen sie Frauen, in Kirche und Gesellschaft aktiv mitzuwirken.



15.434 Initiative parlementaire du 3 février 2022, « Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère »

Prise de position à la consultation de la Commission fédérale pour les questions féminines CFQF (mai 2022)

I. Remarque préliminaire générale du point de vue de la Commission pour les questions féminines

Dans le contexte de la proposition concernée, la Commission fédérale pour les questions féminines (CFQF) relève qu'elle considère le congé de maternité de 14 semaines et le congé de paternité de 2 semaines comme globalement insuffisants. En ce qui concerne la conciliation de la vie familiale et professionnelle, la Suisse est la lanterne rouge de l'Europe et doit réaliser d'énormes progrès. Depuis les années 1980, la CFQF défend l'inscription dans la loi d'un congé parental payé de 24 semaines (en plus du congé de maternité et de paternité). Un congé parental facilite la conciliation de la vie familiale et professionnelle, encourage la répartition égalitaire du travail de care et protège la santé de la mère et de l'enfant. Un congé parental adéquat stimule en outre l'attractivité de la place économique suisse et constitue, pour cette raison aussi, un investissement judicieux dans l'avenir.

II. Remarque introductive sur le projet de loi

Après la naissance d'un enfant, les mères exerçant une activité lucrative bénéficient en Suisse d'un congé de maternité de 14 semaines, et les pères exerçant une activité lucrative d'un congé de paternité de 2 semaines. À l'heure actuelle, si l'un des deux parents décède pendant son congé, son droit au congé de maternité ou de paternité s'éteint. Les conséquences de cette réglementation sont particulièrement patentes lorsque c'est la mère qui décède. Dans ce cas, le congé de maternité de 14 semaines disparaît et le père survivant n'a droit qu'à son congé de paternité de 2 semaines s'il ne l'a pas encore pris au moment du décès. Dans ce contexte, la CFQF salue les efforts visant à modifier cet état de fait pour tenir compte de ces cas tragiques. À l'avenir, on garantirait au parent survivant le droit à un congé indemnisé d'une durée déterminée. Le 3 février 2022, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) a adopté à ce sujet un avant-projet de modification de la loi sur les allocations pour perte de gain (LAPG) et d'autres actes législatifs.

La question du transfert du congé de naissance d'un parent à l'autre pourrait être comprise comme une mesure favorisant l'égalité entre femmes et hommes, telle que garantie par la Constitution et par la loi sur l'égalité. En ce sens, les modifications proposées de la législation correspondent à l'un des objectifs visés par la Stratégie Egalité 2030 de la Confédération.

Toutefois, au-delà des seules considérations d'ordre juridique sur l'égalité formelle, la CFQF estime que la réponse à l'initiative parlementaire doit avoir pour objectif principal le bien-être et la santé de l'enfant dont un des parents vient de disparaître. Le lien avec le parent survivant doit absolument pouvoir se créer, malgré la situation de deuil. Cela demande du temps.

III. Proposition de la CSSS-N

La modification proposée de la loi garantirait à l'avenir un congé au parent survivant lorsque l'autre parent décède peu après la naissance de l'enfant. Le congé du parent survivant serait indemnisé – comme le congé de maternité et de paternité – par le régime des allocations pour perte de gain (APG). Désormais, le père bénéficierait d'un congé de 14 semaines si la mère venait à décéder au cours des 14 semaines suivant la naissance de l'enfant. Le congé débiterait le jour suivant le décès de la mère et devrait être pris en un seul tenant. La mère se verrait octroyer un congé de 2 semaines si le père venait à décéder au cours des 6 mois suivant la naissance de l'enfant. Ce congé pourrait être pris dans les 6 mois à compter du jour suivant le décès du père, sous la forme de semaines ou de jours. Le parent survivant continuerait par ailleurs d'avoir droit à son congé de maternité ou de paternité.

IV. Proposition de la minorité

Une minorité demande de modifier la proposition de la CSSS-N sur deux points. D'une part, elle souhaite que seul le père survivant se voie octroyer un congé de 14 semaines et que la mère n'obtienne aucun congé supplémentaire en cas de décès de l'autre parent. D'autre part, en cas de décès de la mère, le congé de 14 semaines ne serait pas cumulé avec le congé de paternité de 2 semaines, mais ce dernier serait inclus dans le congé de 14 semaines.

Toutefois, la réflexion sur l'égalité de traitement entre femmes et hommes ne doit pas être balayée pour autant. C'est elle qui justifie le rejet par la CFQF des propositions de la minorité de la commission.

V. Conclusion

Face à l'extrême dureté de la situation en cas de décès d'un des parents peu après la naissance de l'enfant, la CFQF considère elle aussi qu'il est urgent d'agir. Nous soutenons explicitement la proposition de la CSSS-N et rejetons celle de la minorité. La solution proposée par la CSSS-N est praticable et facile à mettre en œuvre. Elle permet au parent survivant de s'occuper (au moins pendant une brève période) du nouveau-né et des éventuels autres enfants. La proposition de la CSSS-N constituerait une petite mesure de soutien lors de la perte douloureuse de l'autre parent. En outre, les conséquences financières de la proposition de la CSSS-N sont négligeables pour les APG et peuvent être couvertes par les ressources actuelles. Aucun financement additionnel n'est nécessaire. Le taux de cotisation actuel de 0,5 % est suffisant. Les économies de coûts réalisées en cas de mise en œuvre de la proposition de la minorité au lieu de la proposition de la CSSS-N sont minimes. Les coûts d'un congé indemnisé par les APG en cas de décès de la mère devraient s'élever, en 2024, à environ CHF 80 000; ils s'élèveraient à près de CHF 40 000 en cas de décès de l'autre parent. Les coûts de la proposition de la minorité s'élèveraient à quelque CHF 70 000 en 2024. La différence est donc faible. Il n'est par conséquent guère judicieux de soutenir la proposition de la minorité au lieu de celle de la CSSS-N.

À côté de cela, la CFQF approuve les adaptations rédactionnelles et conceptuelles résultant de l'acceptation du « mariage pour tou-te-s » lors de la votation populaire du 26 septembre 2021.



15.434 Parlamentarische Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» vom 3. Februar 2022

Vernehmlassungsstellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF (Mai 2022)

I. Allgemeine Vorbemerkung aus Sicht der Frauenkommission

Im Kontext des vorliegenden Vorschlags weist die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF darauf hin, dass sie den Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen und den Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen insgesamt als ungenügend erachtet. Die Schweiz ist hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf europäisches Schlusslicht und hat enormen Nachholbedarf. Die EKF setzt sich seit den 1980er Jahren für eine gesetzlich geregelte und bezahlte Elternzeit von 24 Wochen ein (zusätzlich zu Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub). Eine Elternzeit erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördert die egalitäre Verteilung der Care-Arbeit und schützt die Gesundheit von Mutter und Kind. Eine angemessene Elternzeit fördert zudem die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz und ist auch deshalb eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

II. Einleitende Bemerkung zur Gesetzesvorlage

Nach der Geburt eines Kindes erhalten erwerbstätige Mütter in der Schweiz 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, erwerbstätige Väter erhalten zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Stirbt ein Elternteil während seines Urlaubs, endet heute sein Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub. Die Konsequenzen dieser Regelung werden besonders deutlich, wenn die Mutter stirbt. In diesem Fall entfällt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub und dem hinterbliebenen Vater steht lediglich der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zu, sofern er diesen Urlaub zum Zeitpunkt des Todes noch nicht bezogen hat. Vor diesem Hintergrund begrüsst die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, dass Änderungen angestrebt werden, um diesen tragischen Fällen Rechnung zu tragen. Zukünftig soll dem hinterbliebenen Elternteil Anspruch auf einen Urlaub mit einer festgelegten Dauer und Entschädigung gewährt werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat dazu am 3. Februar 2022 einen Vorentwurf zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse verabschiedet.

Die Frage der Übertragung des Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaubs von einem Elternteil auf den anderen kann als eine Maßnahme zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verstanden werden, wie sie in der Verfassung und im Gleichstellungsgesetz garantiert ist. In diesem Sinne entsprechen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen einem der Ziele, die in der Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes angestrebt werden.

Über die rein rechtlichen Überlegungen zur formalen Gleichstellung hinaus ist die EKF jedoch der Ansicht, dass die Antwort auf die parlamentarische Initiative in erster Linie das Wohl und

die Gesundheit des Kindes, von dem ein Elternteil verstorben ist, zum Ziel haben muss. Die Bindung zum überlebenden Elternteil muss trotz Trauer unbedingt aufgebaut werden können. Das braucht Zeit.

III. Kommissionsvorschlag

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil soll - wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub - über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigt werden. Neu soll der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub beginnt am Tag nach dem Tod der Mutter und ist am Stück zu beziehen. Die Mutter soll einen Urlaub von zwei Wochen erhalten, wenn der Vater während der sechs Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der sechs Monate ab dem Tag nach dem Tod des Vaters bezogen werden. Der hinterbliebene Elternteil soll zudem je unverändert Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub haben.

IV. Minderheitsvorschlag

Eine Minderheit beantragt, in zwei Punkten vom Vorschlag der Kommission abzuweichen. Einerseits spricht sie sich dafür aus, dass nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält und kein zusätzlicher Urlaub für die Mutter beim Tod des anderen Elternteils gewährt wird. Andererseits soll der Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter nicht mit dem Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen kumuliert werden. Der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen soll im Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter eingeschlossen sein.

Die Überlegungen zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern müssen auch hier gelten. Nicht zuletzt deshalb lehnt die EKF die Anträge der Kommissionsminderheit ab.

V. Fazit

Aufgrund der ausgesprochenen Härte der Situation, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, besteht auch in den Augen der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF dringender Handlungsbedarf. Wir unterstützen ausdrücklich den Kommissionsvorschlag und lehnen den Minderheitsvorschlag ab. Beim Kommissionsvorschlag handelt es sich um eine praktikable und einfach umsetzbare Lösung. Er ermöglicht dem hinterbliebenen Elternteil, sich (zumindest für einen kurzen Zeitraum) um das Neugeborene sowie allfällige weitere Kinder zu kümmern. Der vorliegende Kommissionsvorschlag soll eine kleine Hilfestellung beim schmerzhaften Verlust des anderen Elternteils sein. Die finanziellen Konsequenzen des Kommissionsvorschlags sind für die EO zudem gering und können über die derzeitigen Ressourcen abgedeckt werden. Es wird keine Zusatzfinanzierung benötigt. Der aktuelle Beitragsatz von 0,5 % ist ausreichend. Die Kosteneinsparungen bei Umsetzung des Minderheitsvorschlags anstelle des Kommissionsvorschlags sind minimal. Die Kosten für einen über die EO abgegoltenen Urlaub im Falle des Todes der Mutter dürften sich im Jahr 2024 auf rund CHF 80'000 belaufen, im Falle des Todes des anderen Elternteils lägen sie bei rund CHF 40'000. Die Kosten für den Minderheitsantrag dürften im Jahr 2024 rund CHF 70'000 betragen.

Die Differenz ist also gering. Es macht daher wenig Sinn, den Minderheitsvorschlag anstelle des Kommissionsvorschlags zu unterstützen.

Daneben befürwortet die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF, die redaktionellen und begrifflichen Anpassungen vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.



CH-3003 Berne

POSTE CH SA

OFAS ; Hna

Commission de la sécurité sociale et de la santé
publique du Conseil national

CH-3003 Berne

Transmis à : marie.buchs@bsv.admin.ch

Collaboratrice responsable : Nadine Hoch / Hna
Berne, le 23 mai 2022

**Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère :
modification de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG)**

Consultation de la COFF sur l'avant-projet et le rapport explicatif sur la mise en œuvre de
l'initiative parlementaire 15.434

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir invités à participer à la consultation sur l'avant-projet et le rapport
explicatif sur la mise en œuvre de l'initiative parlementaire 15.434. Voici notre position à ce sujet.

Remarque d'ordre général

La Commission fédérale pour les questions familiales (COFF) estime qu'un congé de 14 semaines
pour les mères et de deux semaines pour les pères est trop bref. La COFF s'engage depuis 2010 en
faveur d'un modèle de congé parental global de 38 semaines (congé de maternité et congé de pater-
nité inclus), car l'utilité sociale et économique d'un tel modèle est incontestée. Le congé parental a des
effets positifs sur la santé de la mère et de l'enfant, permet un meilleur attachement entre le père et
l'enfant, facilite la conciliation entre vie familiale et activité professionnelle, et favorise un partage équi-
table du travail de *care* au sein de la famille.

Proposition de la CSSS-N

Le projet de modification de la loi prévoit d'accorder un congé au parent survivant si l'autre parent dé-
cède peu après la naissance de l'enfant. Les congés doivent être rattachés aux réglementations des
congés de maternité et de paternité.

Concrètement, il s'agit d'accorder au père¹ 14 semaines de congé, qu'il devra prendre immédiatement après le décès de la mère pendant l'accouchement ou durant le congé de maternité, en une seule fois. En 2018 et 2019, six cas ont été enregistrés chaque année.

Si le père décède dans les six mois qui suivent la naissance de l'enfant (aucune statistique), deux semaines supplémentaires sont accordées à la mère. Ce congé peut être pris sous la forme de journées ou de semaines dans les six mois qui suivent la naissance.

Les congés doivent être financés par le régime des allocations pour perte de gain (APG).

Autres adaptations

À la suite de l'adoption de la modification du code civil relative au mariage pour tous, les termes utilisés doivent également être adaptés dans le régime des allocations pour perte de gain et dans les autres lois touchées par cette modification.

Proposition de la minorité

La minorité demande que seul le père survivant puisse bénéficier d'un congé et que ce dernier ne soit pas cumulable avec le congé de paternité existant.

Prise de position

Sur le fond, la COFF salue les efforts pour améliorer la situation du parent survivant par l'octroi d'un congé supplémentaire, mais elle désapprouve l'inégalité entre les deux parents dans l'aménagement des congés. La commission considère que cela revient à inscrire une inégalité de traitement formelle injustifiable dans une loi fédérale². Elle rejette également la proposition de la minorité pour des raisons d'égalité entre les sexes.

Développement

Dans le cas le plus extrême, c'est-à-dire si l'un des parents décède le dernier jour des délais prescrits, la situation serait la suivante :

Réglementation LAPG	Pour la mère, lorsque le père ³ décède	Pour le père, lorsque la mère décède	Remarque
Nombre d'indemnités journalières	14 indemnités journalières ou deux semaines	98 indemnités journalières	Si le père décède six mois après la naissance, la mère dispose de deux semaines pour s'organiser. Si la mère décède au 98 ^e jour de son congé de maternité, le père dispose de 14 semaines pour s'organiser.
Début du congé	Au plus tôt après 14 semaines de congé de maternité	Au plus tôt après 2 semaines de congé de paternité	
Fin du congé	Au plus tard dans les 12 premiers mois après la naissance (6 + 6 mois)	Au plus tard dans les 28 premières semaines = 6,5 mois après la naissance (14 + 14 semaines)	
Prise du congé	Sous la forme de journées ou de semaines dans les six mois qui suivent le décès du père	En une fois, immédiatement après le décès de la mère	

¹ Synonyme de « autre parent »

² Rapport du Conseil fédéral : Inégalités directes entre femmes et hommes en droit fédéral, Berne, décembre 2021

³ Par souci de clarté, le terme « père » est utilisé pour désigner l'autre parent.

Droit à l'indemnité journalière	Ne s'éteint pas avec la reprise de l'activité, car le congé peut être pris sous forme de jours	S'éteint avec la reprise de l'activité, car le congé doit être pris en une fois	
---------------------------------	--	---	--

Comme mentionné plus haut, aux yeux de la COFF, l'inégalité dans la mise en œuvre du congé après le décès d'un des deux parents constitue une inégalité de traitement entre femmes et hommes dans le droit fédéral. Il ne suffit pas de se référer aux congés de maternité et de paternité existants pour justifier l'inégalité entre les deux modèles de congés.

Proposition

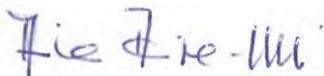
En cas de décès de l'un des parents, les congés doivent être mis en œuvre de la même façon, que le survivant soit le père ou la mère. Le parent survivant se trouve en effet dans la même situation de détresse au décès de son ou de sa partenaire. C'est pourquoi le nombre d'indemnités journalières, le début et la fin du droit au congé, la forme sous laquelle est prise le congé et le droit aux indemnités journalières doivent être harmonisés. Il est judicieux concernant la forme sous laquelle le congé peut être pris et le droit aux indemnités journalières de s'inspirer des modalités du congé de paternité, à savoir la perception d'indemnités journalières isolées dans un délai-cadre.

Au vu du faible nombre de cas, les conséquences financières de cette adaptation sont négligeables.

La commission approuve l'adaptation des termes utilisés dans la législation fédérale en lien avec l'adoption de la modification du code civil relative au mariage pour tous.

Nous vous remercions de nous avoir offert l'occasion d'exprimer notre position et espérons que ce congé sera aménagé dans le droit fédéral sous l'angle de l'égalité formelle.

Commission fédérale pour les questions familiales COFF



Monika Maire-Hefti
Présidente



Nadine Hoch
Responsable du secrétariat



CH-3003 Bern

POST CH AG

BSV; Hna

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats

CH-3003 Bern

Zustellung an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Sachbearbeiterin: Nadine Hoch / Hna
Bern, 23. Mai 2022

**Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter -
Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz (EOG)**

Vernehmlassung der EKFF zu Vorentwurf und erläuterndem Bericht in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 15.434

Sehr geehrten Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Vernehmlassung zu Vorentwurf und erläuterndem Bericht in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 15.434. Gerne nehmen wir hiermit Stellung.

Allgemeine Vorbemerkung

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF erachtet einen Urlaub für Mütter von 14 Wochen und einen solchen für Väter von 2 Wochen als zu kurz. Die EKFF setzt sich seit 2010 für ein umfassendes Elternzeitmodell von insgesamt 38 Wochen (inkl. Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub) ein, weil der gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzen eines solchen Modells unbestritten ist. Elternzeit hat positive gesundheitliche Effekte auf Mutter und Kind, stärkt die Bindung zwischen Vater und Kind, erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und fördert die egalitäre Aufteilung der Care-Arbeit in der Familie.

Vorschlag der SGK-NR

Mit der geplanten Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt stirbt. Die Urlaube sollen an die Regelungen der Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaube angeknüpft werden.

Konkret sollen dem Vater¹ 14 Wochen Urlaub gewährt werden, die er nach dem Tod der Mutter bei der Geburt oder während der Zeit des Mutterschaftsurlaubs unmittelbar danach und in einem Stück beziehen muss. 2018 und 2019 waren es je 6 solcher Fälle.

Stirbt der Vater während den 6 Monaten nach der Geburt des Kindes (keine Fallzahlenerhebung), so werden der Mutter 2 zusätzliche Wochen gewährt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der 6 Monate nach Geburt bezogen werden.

Die Urlaube sollen über die Erwerbsersatzordnung entschädigt werden.

Weitere Anpassungen

Zusätzlich sollen die Begriffe aufgrund der Annahme der Änderung des Zivilgesetzbuches «Ehe für alle» in der Erwerbsersatzordnung und in weiteren durch diese Annahme betroffenen Gesetzen angepasst werden.

Antrag der Minderheit

Diese beantragt, dass nur dem überlebenden Vater ein Urlaub gewährt wird und dass dieser nicht mit dem bestehenden Vaterschaftsurlaub kumuliert werden kann.

Stellungnahme

Die EKFF begrüsst grundsätzlich die Bemühungen, die Situation des überlebenden Elternteils mit der Gewährung eines zusätzlichen Urlaubs für hinterbliebene Mütter und Väter zu erleichtern, ist jedoch mit der ungleichen Ausgestaltung der Urlaube für die beiden Elternteile nicht einverstanden. Aus Sicht der Kommission entspricht dies einer formellen Ungleichbehandlung auf Bundesgesetzebene, die nicht begründet werden kann.² Sie lehnt den Minderheitsantrag aus Gleichstellungsgründen ebenfalls ab.

Begründung

Im extremsten Fall, d.h. wenn ein Elternteil am letzten Tag der vorgegebenen Fristen stirbt, sähe die Ausgestaltung wie folgt aus:

Regelung EOG	Für Mutter, wenn Vater ³ stirbt	Für Vater, wenn Mutter stirbt	Bemerkung
Anzahl Taggelder	14 Taggelder oder zwei Wochen	98 Taggelder	Wenn Vater bspw. 6 Monate nach Geburt stirbt, so hat Mutter 2 Wochen Zeit sich zu organisieren. Stirbt die Mutter bspw. am 98. Tag ihres Mutterschaftsurlaubs, so hat der Vater 14 Wochen Zeit, sich zu organisieren.
Beginn Urlaub	Frühestens nach 14 Wochen Mutterschaftsurlaub	Frühestens nach 2 Wochen Vaterschaftsurlaub	
Ende Urlaub	Spätestens in den ersten 12 Monaten nach Geburt (6 + 6 Monate)	Spätestens in den ersten 28 Wochen = 6,5 Monate nach Geburt (14 + 14 Wochen)	
Bezugsart	Wochen- oder tageweise in den 6 Monaten nach dem Tod des Vaters	Am Stück, unmittelbar nach dem Tod der Mutter	

¹ Synonym für «anderer Elternteil»

² Bericht des Bundesrates zu direkten Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern im Bundesrecht, Bern, Dezember 2021.

³ Aus Verständlichkeitsgründen wird für den anderen Elternteil der Begriff Vater verwendet.

Taggeldberechtigung	Endet nicht mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit, da die Tage einzeln bezogen werden können.	Endet mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit, da Urlaub nur am Stück bezogen werden kann.	
---------------------	--	---	--

Die ungleiche Umsetzung des Urlaubs nach dem Tod eines Elternteils entspricht wie erwähnt in den Augen der EKFF einer Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Bundesrecht. Es reicht nicht, dass als Begründung der ungleichen Ausgestaltung der beiden Urlaubsmodelle eine Anlehnung an die bestehenden Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaube verwendet wird.

Vorschlag

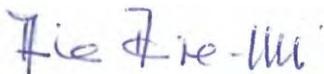
Die Urlaube bei Tod eines Elternteils sollen für beide Eltern gleich ausgestaltet werden, weil beide Elternteile mit dem Tod ihres Partners/ihrer Partnerin sich in einer vergleichbaren Notsituation befinden. Deshalb sollen Taggelder, Bezugsbeginn, Bezugsende, Bezugsart und Taggeldberechtigung für beide Elternteile identisch sein. Bei der Bezugsart und der Taggeldberechtigung ist eine Orientierung an den Regelungen des heutigen Vaterschaftsurlaubs sinnvoll, d.h. ein Bezug von einzelnen Taggeldern innerhalb einer Rahmenfrist.

Die finanziellen Folgen dieser Anpassung sind aufgrund der geringen Fallzahl vernachlässigbar.

Die Begriffsanpassungen in verschiedenen Erlassen auf Bundesebene im Zusammenhang mit der Annahme der Änderung des Zivilgesetzbuches «Ehe für alle» wird von der Kommission befürwortet.

Wir danken für die Gelegenheit, unsere Sichtweise mitteilen zu können und hoffen, dass dieser Urlaub unter den Aspekten der formellen Gleichstellung im Bundesrecht ausgestaltet wird.

Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF



Monika Maire-Hefti
Präsidentin



Nadine Hoch
Geschäftsleiterin

marie.buchs@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Bern, im Mai 2022
PS/PD

Vernehmlassung PI «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 haben Sie das rubrizierte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Dachverband Freikirchen Schweiz (vormals VFG) ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 17 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 700 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund versteht sich Freikirchen.ch zusammen mit dem Réseau als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58) hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev. ref. Kirchen und 264'596 (38,4%) in katholischen Gemeinden.)

Freikirchen.ch debattiert sehr unterschiedliche Fragen. Wir begrenzen uns nicht nur auf kulturelle und religiöse Fragen. Für uns ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass wir im 21. Jahrhundert in unserer Gesellschaft zu einem gelingenden Miteinander finden. Dazu möchten wir beitragen.

Unser Verband begrüsst die Ergänzung der Erwerbsersatzordnung zur Schliessung der Leistungslücke im Falle des Todes eines Elternteils.

Wir unterstützen sowohl den neuen Anspruch gemäss Art. 16kbis EO als auch den neuen Anspruch der Witwe gemäss Art. 16cbis EO.

Kontaktperson: Peter D. Deutsch, Fürsprecher, deutsch@ad-p.ch.

Freundliche Grüsse



Peter Schneeberger, Präsident
DACHVERBAND FREIKIRCHEN.CH



Kinderschutz Schweiz
Protection de l'enfance Suisse
Protezione dell'infanzia Svizzera

Schlösslistrasse 9a | 3008 Berne
Téléphone +41 31 384 29 29
info@protectionenfance.ch | www.protectionenfance.ch

Commission de la sécurité sociale et
de la santé publique du Conseil national
3003 Berne

Par courriel à : marie.buchs@bsv.admin.ch

Berne, 24.05.2022

Réponse à la consultation relative à l'avant-projet élaboré dans le cadre de l'initiative parlementaire 15.434 (Kessler) Weibel « Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère »

Madame,
Monsieur,

Nous vous remercions pour l'invitation à participer à la consultation susmentionnée et vous faisons volontiers parvenir notre prise de position.

A leur naissance, les enfants dépendent entièrement de leurs parents ou des autres personnes de référence pour la satisfaction de leurs besoins physiques et affectifs. Prendre au sérieux les signaux et les besoins de l'enfant est très important pour son bon développement. Cela favorise également un attachement solide avec les parents et apporte une sécurité affective, qui aura un impact positif notamment sur la santé de l'enfant et sur sa confiance en lui/elle et en les autres. Les congés accordés aux parents à la naissance sont capitaux pour que l'enfant puisse nouer des relations protectrices et solides le plus rapidement possible avec ses principales personnes de référence. Lorsque la mère ou l'autre parent décède, la vie de l'ensemble de la famille est profondément bouleversée. Outre ses propres émotions liées à la perte de son/sa conjoint-e, le parent survivant doit gérer les difficultés liées à cette nouvelle situation familiale, en s'occupant d'un-e enfant en très bas âge et des éventuel-le-s autres enfants. Il est donc juste et nécessaire que le parent survivant dispose d'un temps supplémentaire pour prendre soin de l'enfant. En particulier, lorsque la mère décède, l'autre parent doit pouvoir bénéficier du congé de 14 semaines pour s'occuper à plein-temps de l'enfant durant les premiers mois de sa vie, qui sont décisifs, et nouer ainsi avec lui/elle des relations affectives stables et fiables.

Par conséquent, Protection de l'enfance Suisse salue l'avant-projet mis en consultation. Actuellement, la loi règle insuffisamment et de manière insatisfaisante la situation particulière du décès de

l'un des parents peu de temps après la naissance de l'enfant ou lors de celle-ci. L'avant-projet apporte une solution claire à ces cas dramatiques très particuliers, en garantissant au parent survivant le droit à un congé supplémentaire et en définissant la durée et l'indemnisation de celui-ci.

Si les propositions de la minorité de la commission suffiraient vraisemblablement à mettre en œuvre l'initiative parlementaire 15.434, nous leur préférons la solution plus généreuse retenue par la majorité de la commission. Nous saluons ainsi le modèle qui accorde l'entier du congé du parent décédé au parent survivant — qu'il s'agisse de la mère ou de l'autre parent —, ceci en plus de son propre congé. Nous rejetons par conséquent les propositions de la minorité de la commission visant à n'accorder le congé en cas de décès qu'à l'autre parent et non à la mère, et de manière non cumulative à son propre congé. Nous soutenons en outre le fait que le congé en cas de décès financé par les allocations pour perte de gain soit octroyé dans son intégralité et non seulement le solde de celui-ci, si le parent décédé avait pu bénéficier d'une partie de son congé avant sa mort.

De plus, nous saluons que l'occasion ait été saisie de procéder dans le cadre de cet avant-projet aux adaptations terminologiques nécessaires en lien avec la prochaine entrée en vigueur du mariage civil pour tous.

Enfin, chaque année en Suisse, des familles sont frappées par le décès de l'un des parents à un moment autre qu'à la naissance de l'enfant ou peu après celle-ci. On pourrait donc se demander s'il ne serait pas adéquat d'examiner de manière plus générale quelles solutions et quel soutien en termes de congé pourraient être proposés au parent survivant qui doit s'occuper d'enfants mineur-e-s après le décès de l'autre parent, lorsque la mort survient après les périodes couvertes par le congé de maternité et le congé de l'autre parent.

En vous remerciant de l'attention portée à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.



Yvonne Feri
Présidente de la fondation
Protection de l'enfance Suisse



Regula Bernhard Hug
Directrice

ASSOCIATION SUISSE DES CAISSES DE
COMPENSATION PROFESSIONNELLES

Kapellenstrasse 14
3001 Berne
Tél. 058 796 99 88
info@vvak.ch

CONFERENCE DES CAISSES CANTONALES DE
COMPENSATION

Genfergasse 10
3011 Berne
Tél. 031 311 99 33
info@ahvch.ch

Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique du Conseil national
CH-3003 Berne

Par courriel à:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Berne, le 18 mai 2022

Prise de position

15.434 n lv. pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère

Monsieur le Président de la Commission,
Madame, Monsieur,

L'avant-projet de modification de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain (LAPG) soumis en consultation par la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national introduit deux nouveaux articles 16 let c bis et 16 let k bis LAPG, par lesquels des prestations en cas de décès d'un parent peu après la naissance d'un enfant sont octroyées au parent survivant, afin qu'il puisse remplir ses obligations familiales. Ces prestations sont versées sous la forme d'allocations maternité ou d'allocations paternité (APG) selon la LAPG.

L'initiative parlementaire 15.434 prévoyait le versement de l'allocation maternité au père en cas de décès de la mère. En raison de l'entrée en vigueur du congé paternité le 1^{er} janvier 2021, la Commission a également pris en compte la situation du décès du père, et élargi le droit au versement de l'allocation paternité à la mère, en cas de décès du père.

A relever qu'au niveau de la Commission, la minorité est plus restrictive, puisque d'une part elle exclut cet élargissement à la mère en cas de décès du père, d'autre part, en cas de décès de la mère, le congé maternité octroyé au père engloberait son congé paternité sans s'y ajouter.

Par ailleurs, cette modification de la LAPG est l'occasion de procéder aux modifications rédactionnelles liées au mariage pour tous qui entrera en vigueur le 1^{er} juillet 2022. En effet, l'épouse de la mère lors de la naissance de l'enfant sera le parent légal de l'enfant, et aura droit à l'actuel congé paternité. Le terme d'allocation paternité deviendra ainsi l'allocation à l'autre parent, et celui de père deviendra l'autre parent.

Sans entrer en matière sur les aspects politiques, en tant qu'organes d'exécution nous formulons les remarques suivantes.

Remarques générales

Par ces deux nouvelles dispositions de l'avant-projet introduites dans la LAPG, la Commission a retenu le principe qu'en cas de décès d'un parent, l'autre parent aura droit à une durée fixe de congé indemnisé par les APG, sans tenir compte du droit du parent décédé ni des prestations qui auraient déjà été versées à ce dernier entre la naissance de l'enfant et le décès.

Le faible nombre de cas, la situation dramatique qui en découle, et le peu d'impact financier sur le régime APG a conduit la majorité de la Commission à retenir cette variante simple, tant pour les bénéficiaires que pour sa mise en œuvre. En effet, les conditions d'octroi, la durée et le montant de l'allocation seront examinés uniquement pour le parent survivant.

Pour les organes d'exécution, cela implique qu'ils n'auront pas à se préoccuper préalablement des conditions du droit à l'APG du parent décédé, ni du nombre de jours et des éventuels montants déjà perçus par ce dernier. De plus, une seule caisse de compensation est impliquée.

Par conséquent, nous considérons que la mise en œuvre par les organes d'exécution n'entraîne pas de réelle charge administrative. De plus, le faible impact financier ne nécessite pas d'augmentation du taux de cotisations.

Remarques par articles

Articles 16 let b - 16 let i - 16 let j - 6 let k- 16 let m et 20

Les modifications de ces articles sont uniquement rédactionnelles, en lien avec le mariage civil pour tous, et sont toutes pertinentes.

Art. 16 c bis nouveau – décès de l'autre parent

Cet article pose le principe que si l'autre parent (père ou épouse de la mère) pour lequel le lien de filiation est établi, décède dans les 6 mois qui suivent la naissance, la mère a droit à 2 semaines de congé en supplément à son propre congé maternité. Ce supplément de congé est indemnisé par l'allocation pour autre parent, octroyé dans un délai-cadre de 6 mois à compter du jour du décès.

Pour avoir droit aux prestations, la mère doit remplir les conditions pour l'allocation maternité, notamment la durée minimale d'assurance obligatoire à l'AVS de 9 mois pendant la grossesse (ou moins selon la durée de la grossesse) et l'exercice d'une activité lucrative durant au moins 5 mois dans cette période. Ces allocations succèdent ainsi à ses propres allocations maternité dans la durée. Le montant des allocations sera fixé sur les mêmes bases de calculs que son allocation maternité.

Pour les modalités du versement de cette allocation et la fin du droit, ce nouvel article renvoie aux dispositions de l'actuelle allocation paternité applicables par analogie. Il n'est donc pas nécessaire d'apporter d'autres précisions.

Si le nouveau-né est hospitalisé, et que la mère a droit à la prolongation de la durée du versement tant que dure l'hospitalisation, mais au plus à 56 jours, la durée du congé maternité peut atteindre 154 jours (article 16 let c alinéa 3). Si l'autre parent décède dans les premiers jours qui suivent l'accouchement, le délai-cadre de 6 mois dès le décès, soit 180 jours, sera de toute façon plus long de sorte que le droit aux 14 indemnités journalières pour autre parent reste garanti même si son congé maternité atteint 154 jours.

Pour obtenir les prestations, la mère dépose sa demande auprès de la caisse qui lui verse l'allocation maternité depuis la naissance de l'enfant.

La caisse de compensation se fonde sur les données de la mère, sans avoir à tenir compte de la situation du parent décédé, ni des prestations totales ou partielles que la caisse de compensation de ce dernier lui aurait déjà versées.

Pour la caisse, il s'agira ainsi de verser un supplément de 2 semaines d'indemnités après la fin du droit à l'allocation maternité de 98 jours (voire plus en cas d'hospitalisation du nouveau-né) du même montant, par jour isolés par semaine, même si la mère a repris le travail, et tout en tenant compte du délai-cadre de 6 mois suite au décès.

Cette nouvelle prestation est complémentaire à une prestation existante, et ne nécessite pas de coordination avec les prestations de l'autre parent et sa caisse de compensation, ni de calculs de prestations résiduelles en nombre de jours ou en montant. Les versements sont effectués auprès de l'employeur de la mère, ou directement à la mère si elle est indépendante. De plus, l'actuelle allocation paternité est déjà existante pour les pères.

Par ailleurs, cette nouvelle prestation n'entraîne pas de problème de coordination avec d'autres prestations fédérales, qui ne serait déjà réglé avec les dispositions déjà existantes. En effet, une rente de conjoint survivant peut être cumulée aux prestations de l'APG.

Pour toutes ces raisons, et au motif les cas prévisibles seront rares, nous pouvons considérer que la mise en œuvre de cette prestation n'engendrera qu'une faible charge administrative pour les caisses de compensation.

Art. 16let k bis nouveau – décès de la mère

En cas de décès de la mère le jour de l'accouchement ou dans les 97 jours qui suivent, l'avant-projet prévoit que l'autre parent (père ou conjoint de la mère) a droit aux allocations maternité s'il remplit les conditions d'octroi de l'actuelle allocation de paternité (allocation pour autre parent). Ces conditions sont notamment d'avoir été assuré à l'assurance obligatoire au sens de la LAVS pendant les neuf mois précédant l'accouchement (ou moins selon la durée de la grossesse), et d'avoir exercé une activité lucrative dans cette période durant cinq mois au moins.

La durée de versement correspond à celle de l'allocation maternité, soit 98 jours sans interruption, et le droit débute le jour suivant le décès de la mère. Le versement s'éteint pour les mêmes motifs que l'allocation maternité, notamment en cas de reprise de travail avant les 98 jours. Le montant de l'allocation versée sous forme d'indemnités journalières correspond à l'actuelle allocation paternité, soit 80 % du revenu moyen de l'activité lucrative. En cas d'hospitalisation du nouveau-né immédiatement après la naissance, les allocations maternité sont prolongées de 56 jours.

Ces allocations maternité sont complémentaires aux allocations pour autre parent, et le délai-cadre de 6 mois, qui a débuté à la naissance, est interrompu pendant la durée de perception de l'allocation maternité. L'autre parent conserve ainsi son droit à deux semaines de congé pour autre parent.

A relever que le droit à l'allocation maternité n'est pas ouvert si la mère décède après 98 jours dès l'accouchement même si elle bénéficiait du complément de 56 jours en raison de l'hospitalisation du nouveau-né.

L'autre parent dépose la demande de prestations auprès de sa caisse de compensation qui lui verse l'allocation paternité (allocation pour autre parent). En effet, la même caisse de

compensation reste compétente pour les deux types de prestations, qu'elle octroie à l'employeur de l'autre parent salarié ou au bénéficiaire indépendant, sur les mêmes bases de calcul.

Pour les organes d'exécution, en cas de décès de la mère, le versement successif des allocations maternité pendant 98 jours puis de 14 indemnités journalières, en jours isolés ou en semaine, avec une éventuelle reprise d'activité, ne devrait entraîner qu'une faible charge administrative supplémentaire. En revanche, la suspension du délai-cadre de 6 mois devra être suivie.

En conclusion

L'avant-projet, tel que voté par la majorité de la Commission, n'entraîne pas de charges administratives significatives pour les organes d'exécution que sont les caisses AVS.

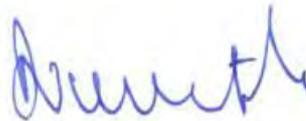
Nous vous remercions de tenir compte de nos remarques, et vous adressons, Monsieur le Président, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

ASSOCIATION SUISSE DES
CAISSES DE COMPENSATION
PROFESSIONNELLES



Yvan Béguelin
Président

CONFERENCE DES CAISSES
CANTONALES DE COMPENSATION



Andreas Dummermuth
Président



Lesbenorganisation Schweiz
Organisation suisse des lesbiennes
Organizzazione svizzera delle lesbiche

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
Per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Zürich, 24.05.2022

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats zur parlamentarischen Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesentwurf zur Einführung eines Hinterlassenenurlaubs Stellung nehmen zu können.

Die Lesbenorganisation Schweiz LOS ist der Schweizer Dachverband für lesbische, bisexuelle und queere Frauen. Die LOS setzt sich seit 34 Jahren dafür ein, dass frauenliebende Frauen in der Schweiz sichtbar und gleichberechtigt sind. Wir engagieren uns insbesondere für Gleichstellung, die Ehe für alle und für sicheren Schutz vor Diskriminierung. Im Bereich des Familienrechts liegt unser Fokus auf der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien mit traditionellen Familien und dem umfassenden Schutz der Kinder in Regenbogenfamilien.

Die LOS erachtet eine Revision des Hinterlassenenurlaubs als sinnvoll und notwendig. Die vorgesehene Umsetzung erscheint aus Sicht der LOS jedoch verbesserungswürdig, insbesondere weil sie der besonderen Situation von Regenbogenfamilien ungenügend Rechnung trägt.

1. Ausgangslage

Die parlamentarische Initiative nimmt ein unseres Erachtens äusserst wichtiges Anliegen auf: Die Unterstützung von Familien beim Tod eines Elternteils mittels einem bezahlten Hinterlassenenurlaub. Wie richtig erkannt wurde, sind diese Fälle so selten, wie sie tragisch sind. Dieses Anliegen unterstützen wir. Eine solche schwierige Situation kann aber auch Regenbogenfamilien betreffen, welche im Gesetzesentwurf unzulänglich berücksichtigt werden. Deren Interessen vertreten wir mit der vorliegenden Stellungnahme. Ausserdem werden mit der vorgeschlagenen Regelung Familien mit einer traditionellen Rollenaufteilung bevorzugt. Eine heue Gesetzgebung sollte bestehende Ungleichheiten der Geschlechter nicht weiter verfestigen.



2. Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Lesbenorganisation Schweiz LOS steht für gleiche Rechte für alle ein, unabhängig des Geschlechts oder der gewählten Rollenverteilung in der Familie. Welches Geschlecht das erwerbstätige Elternteil hat, sollte keinen Einfluss auf die vom Staat zur Verfügung gestellten finanziellen Hilfen zur Linderung von geschlechtsunabhängigen sozialen Risiken haben. Aus diesem Grund bitten wir Sie aus den nachfolgend erläuterten Gründen, den Entwurf zur Einführung eines Hinterlassenenurlaubs¹ für hinterlassene Eltern so zu gestalten, dass dieser Anspruch beiden Elternteilen gleich gewährt wird. **Ebenso sollte der Anspruch auf Konstellationen ausgedehnt werden, in denen ein faktisches Elternverhältnis besteht, jedoch aus rechtlichen Gründen (noch) keine rechtliche Elternschaft begründet werden konnte. Dies ist aktuell aufgrund der bestehenden rechtlichen Benachteiligungen bei gleichgeschlechtlichen Paaren (noch) meist der Fall (siehe hierzu unten Ziffer 3.3)**

3. Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

3.1 Begriffliche Anpassungen

Wir befürworten die begrifflichen Anpassungen, welche im Rahmen der Einführung der Ehe für alle vorgeschlagen wurden. Vor dem Hintergrund, dass schon seit der Praxisänderung des EAZW vom 1. Februar 2012 für eine Anpassung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister keine dauernde Unfruchtbarkeit verlangt wird und dass seit dem 1. Januar 2022 eine Änderung des Geschlechtseintrags durch einfache Erklärung möglich ist, würden wir aber eine begriffliche Anpassung nicht nur des Vaters, sondern auch der Mutter begrüssen. Trans Eltern werden mit der jetzigen Begrifflichkeit im EOG und im ZGB unzulänglich erfasst.

3.2 Vermischung unterschiedlicher sozialen Risiken

Die Vorlage verknüpft die Modalitäten des neuen Hinterlassenenurlaubs mit den Modalitäten des Mutterschaftsurlaubs nach Art. 16b ff. EOG resp. jenen des Urlaubs des anderen Elternteils nach Art. 16i ff. EOG. Die neue Einführung eines Urlaubs im Falle von Hinterlassensein regelt jedoch ein anderes soziale Risiko.

Das soziale Risiko, welche vom Mutterschaftsurlaub gedeckt wird, ist das der Mutterschaft. Der Mutterschaftsurlaub bezweckt den Mutterschutz, d.h., der Mutter eine Erholung von der Schwangerschaft und der Niederkunft zu gewähren.² Aus diesem Grund wird der Mutterschaftsurlaub auch am Stück gewährt. Eine frühzeitige Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit verwirkt die verbleibenden Urlaubstage (Art. 25 EOV). Beim Tod des Kindes während des Mutterschaftsurlaubs bleibt dieser hingegen unangetastet.³ Der Mutterschaftsurlaub richtet sich also primär nach der Mutter, worin sich der genannte Zweck des Urlaubs deutlich zeigt.

¹ Zur Vereinfachung wird in der vorliegenden Stellungnahme von "Urlaub" gesprochen, die dazugehörige Entschädigung wird jeweils mitgemeint.

² Vgl. hierzu BGE 140 I 305, E. 8 ff.

³ Steiger-Sackmann Sabine, §32 Mutterschaftsentschädigung, in: Steiger-Sackmann Sabine/Mosimann Hans-Jakob (Hrsg.), Handbücher für die Anwaltspraxis, Recht der Sozialen Sicherheit, 1. Auflage, Basel 2014, Rz. 32.79.



Die Entschädigung des anderen Elternteils deckt hingegen das soziale Risiko der Elternschaft ab. Damit soll dem nicht-gebärenden, sog. "anderen Elternteil" die Möglichkeit gegeben werden, zu einer partnerschaftlichen Rollenteilung in der Familie beizutragen und direkt nach der Geburt des Kindes sich unmittelbar an dessen Betreuung und Erziehung zu beteiligen. Die Zielsetzung dieses Urlaubs ist mitunter die Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.⁴

Demgegenüber soll neu ein Anspruch auf Hinterlassenenurlaub bei gemeinsamer Elternschaft mit der verstorbenen Person eingeführt werden. Damit würde dem überlebenden Elternteil die Möglichkeit eingeräumt, in dieser äusserst schwierigen Zeit das Familienleben neu zu organisieren und sich um das teilverwaiste Kind zu kümmern, währenddem um der*die Verstorbene getrauert wird. Dieser Urlaub könnte etwa genutzt werden, um einen Krippenplatz für das Kind zu finden und dessen Eingewöhnung zu ermöglichen. Darin ist auch der Zweck dieses Urlaubs zu sehen, nämlich die Möglichkeit schaffen, dass der hinterlassene Elternteil familiären Verpflichtungen nachkommen kann, ohne direkt die Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen.⁵

Diese drei sozialen Risiken sind sehr unterschiedlicher Natur. Die im Entwurf vorgesehene Verknüpfung derselben würde etwa bedeuten, dass der hinterlassene andere Elternteil aufgrund des diesen Elternteil nicht betreffenden Mutterschutzes den Urlaub am Stück beziehen müsste. Dem Zweck des Hinterlassenenurlaubs würde hingegen besser gedient werden, wenn dem hinterlassenen Elternteil Flexibilität beim Bezug des Urlaubs gewährt würde. Eine Verknüpfung dieser Ansprüche macht aus systematischen Gründen keinen Sinn. Der neue Urlaubsanspruch sollte deshalb unabhängig von den bestehenden Instituten festgelegt werden.

3.3 Ungerechtfertigte Ungleichbehandlung

Für die Schweiz ist das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 26. April 1997 in Kraft getreten. Nach dessen Art. 5 lit. a ist sie verpflichtet, «einen Wandel in den sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Mann und Frau zu bewirken, um so zur Beseitigung von [...] der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen». Der in den meisten Fällen nach Geschlecht getrennte Hinterlassenenurlaub, wie er im Entwurf vorgesehen ist, reflektiert jedoch genau diese stereotype Vorstellung von der Rollenverteilung der Geschlechter in der Familie. Dies ergibt sich aus einer einfachen Betrachtung der verschiedenen Konstellationen, wie nachfolgend dargelegt. Zuerst eine Analyse bei heterosexuellen Paaren, bei denen sich eine klare Benachteiligung von Frauen zeigt:

- **Traditionelle Rollenverteilung**

Bei einer nach dem traditionellen Rollenmodell organisierten Familie gewährt der Entwurf die günstigsten Bedingungen für einen Hinterlassenenurlaub. In diesem Fall würde der hinterlassene, erwerbstätige, andere Elternteil 14 Wochen Urlaub erhalten, allerdings nur, wenn die Mutter vor Ablauf des 98. Tags nach der Niederkunft verstirbt. Wenn die Mutter jedoch ab dem 99. Tag nach der Niederkunft ablebt, erhält der hinterlassene Elternteil keinen Urlaubsanspruch, um das Familienleben neu zu organisieren.

⁴ Parlamentarische Initiative Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative, Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats, BBL 3045 ff., 3047.

⁵ Vgl. Parlamentarische Initiative Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter, Erläuternder Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 3. Februar 2022, S. 9.



- **Haupterwerbstätige Mutter**

Verstirbt der andere Elternteil nach Ende des Mutterschaftsurlaubs (aber noch innerhalb von 6 Monaten nach Niederkunft) würde die haupterwerbstätige Mutter lediglich 14 Tage Urlaub erhalten, d.h. einen Siebtel dessen, was der andere Elternteil im umgekehrten Fall erhalten würde, um denselben Zweck zu erreichen.

- **Partnerschaftliche Aufteilung mit beiden Elternteilen teil-/vollzeiterwerbstätig**

Entscheiden sich die Eltern dazu, dass beide erwerbstätig sind, kommt es schlicht darauf an, wer verstirbt. Verstirbt die Mutter bis zum 98. Tag nach der Niederkunft, erhält der andere Elternteil 14 Wochen Urlaub. Verstirbt der andere Elternteil innerhalb von 6 Monaten nach Geburt des Kindes, erhält die Mutter lediglich zwei Wochen Urlaub. Auch hier also wieder eine Ungleichheit, obwohl der Zweck des Hinterlassenenerurlaubs für die Mutter und für den anderen Elternteil derselbe wäre. Eine Rechtfertigung dieser Zweiteilung ist nicht ersichtlich.

Im Falle von gleichgeschlechtlichen Eltern kommen zusätzliche Schwierigkeiten hinzu:

- **Frauenpaare**

Nach dem neuen (aktuell noch nicht in Kraft getretenen) Art. 255a ZGB ist für verheiratete Frauenpaare eine originäre Elternschaft nur im Falle einer inländischen, professionellen Samenspende vorgesehen. Im Falle einer ausländischen oder privaten Samenspende müsste die nicht-gebärende Mutter zuerst eine Stiefkindadoption nach Art. 264c ZGB vornehmen, welche jedoch nach Art. 264 Abs. 1 ZGB erst möglich ist, wenn das Kind einjährig ist. Dasselbe gilt heute und künftig für nicht verheiratete Frauenpaare, die gemeinsam eine Familie gründen, da - anders als bei unverheirateten Vätern - keine rechtliche Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung des Kindes nach der Geburt besteht. Aus diesem Grund kann in diesen Fällen kein Anspruch auf einen derartiger Hinterlassenenerurlaub entstehen, auch wenn die Konsequenzen für diese Familie genau dieselben sind.

- **Männerpaare**

Bei Männerpaaren kommt nach Inkrafttreten der Ehe für alle nur eine (Stiefkind-)Adoption infrage. Auch hier steht Art. 264 Abs. 1 ZGB grundsätzlich einem Hinterlassenenerurlaub im Weg, obwohl dies im Lichte ihres Zwecks durchaus gleichermassen erwünscht wäre wie bei traditionellen Familien.⁶

Diese Analyse zeigt deutlich: Das im Entwurf vorgesehene Modell bevorzugt das traditionelle Familienmodell, während es andere Familienkonstellationen klar benachteiligt bzw. ausschliesst. **Insbesondere Regenbogenfamilien würde der Zugang zu diesen Leistungen in den meisten Fällen verwehrt.** Einzig verheiratete Frauenpaare, welche nach Inkrafttreten der Ehe für alle ihre Kinder mittels einer inländischen, professionellen Samenspende gezeugt haben, würden von der neuen Regelung profitieren.

⁶ Anders sieht es möglicherweise im Falle von Leihmutterschaft im Ausland aus. Aufgrund der Komplexität dieser Fälle wird in der vorliegenden Stellungnahme auf eine differenzierte Analyse verzichtet. Siehe hierzu Bericht der Expert-inn-Gruppe zuhanden des Bundesamtes für Justiz, Reformbedarf im Abstammungsrecht, 21. Juni 2021, S. 67 ff.



4. Hauptantrag: Vorschlag zur Einführung eines einheitlichen Urlaubs für hinterlassene Elternteile

Dem Anliegen der Vorlage wird nur dann entsprochen, wenn dabei die Rechtsgleichheit und das Diskriminierungsverbot gemäss Art. 8 BV berücksichtigt wird. Wir sind der Ansicht, dass dies am besten umgesetzt wird, indem an den Zweck des Hinterlassenenerurlaubs geknüpft wird. Der Urlaub soll nicht an bestehende Institute knüpfen, sondern unabhängig von ihnen gestaltet werden. **Wir fordern deshalb einen neuen Entwurf, welcher die folgenden Anliegen berücksichtigt.**

4.1 Gleicher Anspruch für alle

Der Anspruch sollte für alle gleich gewährt werden, unabhängig davon, ob es sich um die Mutter oder um den anderen Elternteil handelt. Ausserdem sollten Regenbogenfamilien berücksichtigt werden, indem etwa auch im Falle einer behördlichen Anordnung, wonach das Kind beim nicht-rechtlichen Elternteil verbleiben darf, der entsprechende Urlaub gewährt wird.

4.2 Flexibilität

Dem Zweck des Urlaubs wird am besten nachgekommen, wenn er flexibel bezogen werden kann. So könnte gerade während der Eingewöhnungszeit für die Krippe der hinterlassene Elternteil an den Tagen, an denen das Kind in der Krippe ist, einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Der Urlaub kommt notwendigerweise mit einer Einbusse des Einkommens einher. Mit einem flexiblen Bezug kann diese Einbusse abgefedert werden.

4.3 Dauer

Die Festlegung der Dauer sollte sich nach dem Zweck des Urlaubs richten. So sind die familiären Verpflichtungen unter anderem vom Alter der Kinder abhängig. Wir schlagen daher mindestens 8 Wochen Urlaub bei einem Todesfall eines Elternteils bis 12 Monate nach Niederkunft vor. Mit dem 1. Geburtstag des Kindes verschwindet jedoch das Anliegen nicht, welches mit diesem Urlaub geregelt werden sollte. Danach sollte deshalb ein (kürzerer) Urlaub gewährt werden, etwa bis zum 3. Geburtstag mindestens 4 Wochen.

4.4 Kumulation im Falle von mehreren Kindern

Hat das hinterlassene Elternteil mehrere Kleinkinder, sollte zusätzlicher Urlaub gewährt werden, um den zusätzlichen Schwierigkeiten dieser Situation gerecht zu werden. Beispielsweise könnte einen zusätzlichen Anspruch auf zwei Wochen Urlaub gewährt werden, wenn weitere Kinder im Vorschulalter vorhanden sind.



Lesbenorganisation Schweiz
Organisation suisse des lesbiennes
Organizzazione svizzera delle lesbiche

5. Eventualantrag: Berücksichtigung der spezifischen Situation von Regenbogenfamilien im Rahmen des vorliegenden Entwurfs

Sollte die Kommission davon absehen, den Entwurf grundsätzlich zu überarbeiten, so wäre zumindest den spezifischen Anliegen und der besonderen rechtlichen Situation von gleichgeschlechtlichen Paaren bzw. Regenbogenfamilien (die - wie aufgezeigt - in den meisten Fällen nicht von Geburt an gemeinsam rechtliche Eltern sein können) Rechnung zu tragen und der Entwurf so zu überarbeiten, dass Regenbogenfamilien gleichermassen von einem Hinterlassenenurlaub profitieren können wie traditionelle Familien.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Nadja Herz
CO-Präsidentin LOS

Network, Postfach, 8031 Zürich

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrats
marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 24. Mai 2022

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter Vernehmlassungsverfahren

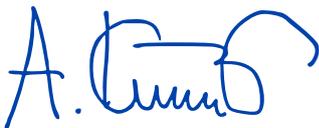
Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Der Verein Network - Gay Leadership («Network») ist ein Verein schwuler und bisexueller Führungskräfte mit über 500 Mitgliedern in allen Landesteilen. Seit seiner Gründung im Jahr 1996 setzt sich Network gegen Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung ein und engagiert sich für einen offenen, respektvollen Umgang mit LGBTIQ-Menschen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir die Stellungnahme von Pink Cross vom 24. Mai 2022 vollumfänglich unterstützen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Verein Network
Gay Leadership



Andreas Künzler, Vorstand
Leiter Politische Kommission



**PINK
CROSS**

Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer*
Fédération suisse des hommes* gais et bi
Federazione svizzera degli uomini* gay e bi
Federaziun svizra dals umens* gay e bi

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 24. Mai 2022

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats zur parlamentarischen Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Einführung eines Hinterlassenenurlaubs Stellung zu nehmen.

Bei Pink Cross – dem nationalen Dachverband der schwulen und bi Männer* – sind über 2500 Einzelpersonen sowie über 50 Organisationen und Betriebe Mitglied. Somit vertritt Pink Cross mehrere Tausend schwule und bisexuelle Männer in der ganzen Schweiz. Zum vorliegenden Gesetzesentwurf möchten wir unsere Sichtweise einbringen, da in der Schweiz mehrere zehntausend Regenbogenfamilien (mindestens ein Elternteil ist homo-/bisexuell) bestehen und mit der Ehe für alle viele weitere tausend Regenbogenfamilien in der Schweiz entstehen werden.

1 Ausgangslage

Die parlamentarische Initiative nimmt ein unseres Erachtens äusserst wichtiges Anliegen auf: Die Unterstützung von Familien beim Tod eines Elternteils mittels einem bezahlten Hinterlassenenurlaub. Wie richtig erkannt wurde, sind diese Fälle so selten, wie sie tragisch sind. Dieses Anliegen unterstützen wir. Eine solche schwierige Situation kann aber auch Regenbogenfamilien betreffen, welche im Gesetzesentwurf unzulänglich berücksichtigt werden. Deren Interessen vertreten wir mit der vorliegenden Stellungnahme. Ausserdem werden mit der vorgeschlagenen Regelung Familien mit einer traditionellen Rollenaufteilung bevorzugt. Neue Gesetzgebung darf bestehende Ungleichheiten der Geschlechter nicht weiter verfestigen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Pink Cross steht für gleiche Rechte für alle ein, unabhängig des Geschlechts oder der gewählten Rollenverteilung in der Familie. Welches Geschlecht das erwerbstätige Elternteil hat, sollte keinen Einfluss auf die vom Staat zur Verfügung gestellten finanziellen Hilfen zur Linderung von

geschlechtsunabhängigen sozialen Risiken haben. Aus diesem Grund bitten wir Sie aus den nachfolgend erläuterten Gründen, den Entwurf zur Einführung eines Hinterlassenenurlaubs¹ für hinterlassene Eltern so zu gestalten, dass dieser Anspruch beiden Elternteilen gleich gewährt wird.

3 Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

3.1 Begriffliche Anpassungen

Wir befürworten die begrifflichen Anpassungen, welche im Rahmen der Einführung der Ehe für alle vorgeschlagen wurden. Vor dem Hintergrund, dass schon seit der Praxisänderung des EAZW vom 1. Februar 2012 für eine Anpassung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister keine dauernde Unfruchtbarkeit verlangt wird und dass seit dem 1. Januar 2022 eine Änderung des Geschlechtseintrags durch einfache Erklärung möglich ist, würden wir aber eine begriffliche Anpassung nicht nur des Vaters, sondern auch der Mutter begrüßen. Trans Eltern werden mit der jetzigen Begrifflichkeit im EOG und im ZGB unzulänglich erfasst.

3.2 Vermischung unterschiedlicher sozialen Risiken

Die Vorlage verknüpft die Modalitäten des neuen Hinterlassenenurlaubs mit den Modalitäten des Mutterschaftsurlaubs nach Art. 16b ff. EOG resp. jenen des Urlaubs des anderen Elternteils nach Art. 16i ff. EOG. Die neue Einführung eines Urlaubs im Falle von Hinterlassensein regelt jedoch ein anderes soziale Risiko.

Das soziale Risiko, welche vom Mutterschaftsurlaub gedeckt wird, ist das der Mutterschaft. Der Mutterschaftsurlaub bezweckt den Mutterschutz, d.h., der Mutter eine Erholung von der Schwangerschaft und der Niederkunft zu gewähren.² Aus diesem Grund wird der Mutterschaftsurlaub auch am Stück gewährt. Eine frühzeitige Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit verwirkt die verbleibenden Urlaubstage (Art. 25 EOV). Beim Tod des Kindes während des Mutterschaftsurlaubs bleibt dieser hingegen unangetastet.³ Der Mutterschaftsurlaub richtet sich also primär nach der Mutter, worin sich der genannte Zweck des Urlaubs deutlich zeigt.

Die Entschädigung des anderen Elternteils deckt hingegen das soziale Risiko der Elternschaft ab. Damit soll dem nicht-gebärenden, sog. "anderen Elternteil" die Möglichkeit gegeben werden, zu einer partnerschaftlichen Rollenteilung in der Familie beizutragen und direkt nach der Geburt des Kindes sich unmittelbar an dessen Betreuung und Erziehung zu beteiligen. Die Zielsetzung dieses Urlaubs ist mitunter die Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.⁴

Demgegenüber soll neu ein Anspruch auf Hinterlassenenurlaub bei gemeinsamer Elternschaft mit der verstorbenen Person eingeführt werden. Damit würde dem überlebenden Elternteil die Möglichkeit eingeräumt, in dieser äusserst schwierigen Zeit das Familienleben neu zu organisieren und sich um das teilverwaiste Kind zu kümmern, während dem um der*die Verstorbene getrauert wird. Dieser Urlaub könnte etwa genutzt werden, um einen Krippenplatz für das Kind zu finden und dessen Eingewöhnung zu ermöglichen. Darin ist auch der Zweck dieses Urlaubs zu sehen, nämlich die Möglichkeit schaffen, dass der hinterlassene Elternteil familiären Verpflichtungen nachkommen kann, ohne direkt die Erwerbstätigkeit aufgeben zu müssen.⁵

¹ Zur Vereinfachung wird in der vorliegenden Stellungnahme von "Urlaub" gesprochen, die dazugehörige Entschädigung wird jeweils mitgemeint.

² Vgl. hierzu BGE 140 I 305, E. 8 ff.

³ Steiger-Sackmann Sabine, §32 Mutterschaftsentschädigung, in: Steiger-Sackmann Sabine/Mosimann Hans-Jakob (Hrsg.), Handbücher für die Anwaltspraxis, Recht der Sozialen Sicherheit, 1. Auflage, Basel 2014, Rz. 32.79.

⁴ Parlamentarische Initiative Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative, Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats, BBL 3045 ff., 3047.

⁵ Vgl. Parlamentarische Initiative Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter, Erläuternder Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vom 3. Februar 2022, S. 9.

Diese drei sozialen Risiken sind sehr unterschiedlicher Natur. Die im Entwurf vorgesehene Verknüpfung derselben würde etwa bedeuten, dass der hinterlassene andere Elternteil aufgrund des diesen Elternteil nicht betreffenden Mutterschutzes den Urlaub am Stück beziehen müsste. Dem Zweck des Hinterlassenenurlaubs würde hingegen besser gedient werden, wenn dem hinterlassenen Elternteil Flexibilität beim Bezug des Urlaubs gewährt würde. Eine Verknüpfung dieser Ansprüche macht aus systematischen Gründen keinen Sinn. Der neue Urlaubsanspruch sollte deshalb unabhängig von den bestehenden Instituten festgelegt werden.

3.3 Ungerechtfertigte Ungleichbehandlung

Für die Schweiz ist das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 26. April 1997 in Kraft getreten. Nach dessen Art. 5 lit. a ist sie verpflichtet, «*einen Wandel in den sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Mann und Frau zu bewirken, um so zur Beseitigung von [...] der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen*». Der in den meisten Fällen nach Geschlecht getrennte Hinterlassenenurlaub, wie er im Entwurf vorgesehen ist, reflektiert jedoch genau diese stereotype Vorstellung von der Rollenverteilung der Geschlechter in der Familie. Dies ergibt sich aus einer einfachen Betrachtung der verschiedenen Konstellationen, wie nachfolgend dargelegt. Zuerst eine Analyse bei heterosexuellen Paaren, bei denen sich eine klare Benachteiligung von Frauen zeigt:

- **Traditionelle Rollenverteilung**
Bei einer nach dem traditionellen Rollenmodell organisierten Familie gewährt der Entwurf die günstigsten Bedingungen für einen Hinterlassenenurlaub. In diesem Fall würde der hinterlassene, erwerbstätige, andere Elternteil *14 Wochen Urlaub* erhalten, allerdings nur, wenn die Mutter vor Ablauf des 98. Tags nach der Niederkunft verstirbt. Wenn die Mutter jedoch ab dem 99. Tag nach der Niederkunft ablebt, erhält der hinterlassene Elternteil keinen Urlaubsanspruch, um das Familienleben neu zu organisieren.
- **Haupterwerbstätige Mutter**
Verstirbt der andere Elternteil nach Ende des Mutterschaftsurlaubs (aber noch innerhalb von 6 Monaten nach Niederkunft) würde die haupterwerbstätige Mutter *lediglich 14 Tage Urlaub* erhalten, d.h. einen Siebtel dessen, was der andere Elternteil im umgekehrten Fall erhalten würde, um denselben Zweck zu erreichen.
- **Partnerschaftliche Aufteilung mit beiden Elternteilen teil- oder vollzeiterwerbstätig**
Entscheiden sich die Eltern dazu, dass beide erwerbstätig sind, kommt es schlicht darauf an, wer verstirbt. Verstirbt die Mutter bis zum 98. Tag nach der Niederkunft, *erhält der andere Elternteil 14 Wochen Urlaub*. Verstirbt der andere Elternteil innerhalb von 6 Monaten nach Geburt des Kindes, *erhält die Mutter lediglich zwei Wochen Urlaub*. Auch hier also wieder eine Ungleichheit, obwohl der Zweck des Hinterlassenenurlaubs für die Mutter und für den anderen Elternteil derselbe wäre. Eine Rechtfertigung dieser Zweiteilung ist nicht ersichtlich.

Im Falle von gleichgeschlechtlichen Eltern kommen zusätzliche Schwierigkeiten hinzu:

- **Frauenpaare**
Nach dem neuen Art. 255a ZGB ist für verheiratete Frauenpaare eine originäre Elternschaft nur im Falle einer inländischen, professionellen Samenspende vorgesehen. Im Falle einer ausländischen oder privaten Samenspende müsste die nicht-gebärende Mutter zuerst eine Stiefkindadoption nach Art. 264c ZGB vornehmen, welche jedoch nach Art. 264 Abs. 1 ZGB erst möglich ist, wenn das Kind einjährig ist. Aus diesem Grund kann in diesen Fällen gar keinen Anspruch auf einen derartiger Hinterlassenenurlaub entstehen, auch wenn die Konsequenzen für diese Familie dieselben wären.
- **Männerpaare**
Bei Männerpaaren kommt nach Inkrafttreten der Ehe für alle nur eine (Stiefkind-)Adoption

infrage. Auch hier steht Art. 264 Abs. 1 ZGB grundsätzlich einem Hinterlassenenurlaub im Weg, obwohl diese im Lichte ihres Zwecks durchaus erwünscht wäre.⁶

Diese Analyse zeigt deutlich: Das im Entwurf vorgesehene Modell bevorzugt das traditionelle Familienmodell, während es andere Familienkonstellationen klar benachteiligt. Insbesondere Regenbogenfamilien würde der Zugang zu diesen Leistungen in den meisten Fällen verwehrt. Einzig Frauenpaare, welche ihre Kinder mittels einer inländischen, professionellen Samenspende zeugten, würden von der neuen Regelung profitieren.

4 Vorschlag zur Einführung eines einheitlichen Urlaubs für hinterlassene Elternteile

Dem Anliegen der Vorlage wird nur dann entsprochen, wenn dabei die Rechtsgleichheit berücksichtigt wird. Wir sind der Ansicht, dass dies am besten umgesetzt wird, indem an den Zweck des Hinterlassenenurlaubs geknüpft wird. Der Urlaub soll nicht an bestehende Institute knüpfen, sondern unabhängig von ihnen gestaltet werden. **Wir fordern deshalb einen neuen Entwurf, welcher die folgenden Anliegen berücksichtigt.**

4.1 Gleicher Anspruch für alle

Der Anspruch sollte für alle gleich gewährt werden, unabhängig davon, ob es sich um die Mutter oder um den anderen Elternteil handelt. Ausserdem sollten Regenbogenfamilien berücksichtigt werden, indem etwa auch im Falle einer behördlichen Anordnung, wonach das Kind beim nicht-rechtlichen Elternteil verbleiben darf, der entsprechende Urlaub gewährt wird.

4.2 Flexibilität

Dem Zweck des Urlaubs wird am besten nachgekommen, wenn er flexibel bezogen werden kann. So könnte gerade während der Eingewöhnungszeit für die Krippe der hinterlassene Elternteil an den Tagen, an denen das Kind in der Krippe ist, einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Der Urlaub kommt notwendigerweise mit einer Einbusse des Einkommens einher. Mit einem flexiblen Bezug kann diese Einbusse abgefedert werden.

4.3 Dauer

Die Festlegung der Dauer sollte sich nach dem Zweck des Urlaubs richten. So sind die familiären Verpflichtungen unter anderem vom Alter der Kinder abhängig. Wir schlagen daher mindestens 8 Wochen Urlaub bei einem Todesfall eines Elternteils bis 12 Monate nach Niederkunft vor. Mit dem 1. Geburtstag des Kindes verschwindet jedoch das Anliegen nicht, welches mit diesem Urlaub geregelt werden sollte. Danach sollte deshalb ein (kürzerer) Urlaub gewährt werden, etwa bis zum 3. Geburtstag mindestens 4 Wochen.

4.4 Kumulation im Falle von mehreren Kindern

Hat das hinterlassene Elternteil mehrere Kleinkinder, sollte zusätzlicher Urlaub gewährt werden, um den zusätzlichen Schwierigkeiten dieser Situation gerecht zu werden. Beispielsweise könnte einen zusätzlichen Anspruch auf zwei Wochen Urlaub gewährt werden, wenn weitere Kinder im Vorschulalter vorhanden sind.

⁶ Anders sieht es möglicherweise im Falle von Leihmutterschaft im Ausland aus. Aufgrund der Komplexität dieser Fälle wird in der vorliegenden Stellungnahme auf eine differenzierte Analyse verzichtet. Siehe hierzu Bericht der Expert-inn-engruppe zuhänden des Bundesamtes für Justiz, Reformbedarf im Abstammungsrecht, 21. Juni 2021, S. 67 ff.



Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer*
Fédération suisse des hommes* gais et bi
Federazione svizzera degli uomini* gay e bi
Federaziun svizra dals umens* gay e bi

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Adrian Knecht
Co-Präsident Pink Cross

Roman Heggli
Geschäftsleiter Pink Cross



Office fédéral des assurances sociales
OFAS
Mme Marie Buchs
par e-mail : marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 11. Mai 2022

15.434 n Iv. pa. (Kessler) Weibel. Octroyer le congé de maternité au père en cas de décès de la mère. – Position de Pro Familia Suisse

Madame, Monsieur,

Nous nous prononçons sur le projet cité en titre et c'est avec plaisir que nous transmettons notre position et nos suggestions à vos services.

Remarque générale

Pro Familia Suisse, association faîtière des familles en Suisse, **soutient le principe général de la modification de la LAPG et du Code des obligations** pour permettre au parent survivant de bénéficier du congé de naissance – maternité ou paternité - du parent décédé.

Au-delà des seules considérations d'ordre juridique sur l'égalité formelle, nous estimons que la réponse à l'initiative parlementaire doit avoir pour objectif le **bien-être et la santé de l'enfant** dont un des parents vient de disparaître. Comme l'explique très bien le rapport de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national, les difficultés rencontrées par le parent survivant sont telles qu'il convient d'intervenir, même si le nombre de cas annuel est heureusement limité à moins d'une dizaine (pour ce qui est des décès des mères). Il s'agit de prendre des mesures pour le bien de l'enfant, qui doit être au centre des préoccupations. **Le lien avec le parent survivant doit absolument pouvoir se créer, malgré la situation de deuil.** Cela demande du temps.

Position sur les propositions de minorité

- LAPG, Art. 16cbis : Pro Familia Suisse **approuve la position de la majorité** et rejette la proposition de la minorité Schlöpfer.



- Art. 16kbis LAPG. Pro Familia Suisse approuve la position de la majorité et rejette la position de la minorité Schläpfer.

La prolongation de la durée du versement des allocations maternité en cas d'hospitalisation du nouveau-né durant au moins deux semaines doit pouvoir s'appliquer aussi au parent survivant. Il n'y a aucune justification à ne pas accorder ce nouveau droit au parent survivant, par égalité de traitement. Les conditions d'octroi de cette prolongation sont suffisamment strictes et répondent aux besoins de l'enfant.

- Si le parent survivant est le second parent (le père ou la femme de la mère), les allocations de maternité doivent s'additionner à celles qui sont prévues pour le second parent (congé de paternité). Pro Familia Suisse s'oppose aux « économies de bout de chandelles » telles que proposées par la minorité aux art. 16kbis, al. 1 et 4, P-LAPG, art. 329g, al. 2, 2e phrase, et al. 3, et art. 329gbis, al. 1, 2e phrase, P-CO.
- Si le parent survivant est la mère, par souci d'égalité, il est normal qu'elle bénéficie aussi du congé paternité prévu. Le principe d'égalité de traitement entre femmes et hommes est ancré dans la Constitution. Le décès de l'un des parents au moment de la naissance d'un enfant ou juste après est suffisamment difficile à vivre pour le parent survivant pour justifier une extension des prestations. Il n'est pas acceptable de vouloir faire des économies dans cette situation particulièrement dramatique de deuil. Les économies réalisées seraient minimes, mais l'incompréhension des personnes concernées totale. Pro Familia Suisse **s'oppose aux propositions de la minorité** aux art. 16cbis, et art. 20, al. 1, let. e, P-LAPG ; art. 329f, al. 3, et art. 336c, al. 1, let. cquater, P-CO.



Nous vous remercions de tenir compte de notre avis et de nos suggestions de modification et d'action et vous prions de recevoir, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pro Familia Suisse

Dr. Philippe Gnaegi
Directeur



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
Kommissionspräsident Herr Albert Rösti
3000 Bern

Per E-Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Brugg, 24. Mai 2022/kb

Stellungnahme

15.434 Parlamentarische Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter»

Sehr geehrter Herr Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Februar 2022 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Vielen Dank für diese Möglichkeit. Gerne lassen wir uns in dieser Angelegenheit vernehmen.

I. Einleitende Bemerkung zur Gesetzesvorlage

Nach der Geburt eines Kindes erhalten erwerbstätige Mütter in der Schweiz 14 Wochen Mutterschaftsurlaub. Erwerbstätige Väter erhalten zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Stirbt ein Elternteil während seines Urlaubs, endet heute sein Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub. Die Konsequenzen dieser Regelung werden besonders deutlich, wenn die Mutter stirbt. In diesem Fall entfällt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub und dem hinterbliebenen Vater steht lediglich der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zu, sofern er diesen Urlaub zum Zeitpunkt des Todes noch nicht bezogen hat. Vor diesem Hintergrund begrüsst der SBLV, dass Änderungen angestrebt werden, um diesen tragischen Fällen Rechnung zu tragen. Zukünftig soll dem hinterbliebenen Elternteil Anspruch auf einen Urlaub mit einer festgelegten Dauer und Entschädigung gewährt werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat dazu am

3. Februar 2022 einen Vorentwurf zur Änderung des Erwerbersatzgesetzes (EOG) und weiterer Erlasse verabschiedet.

Die Frage der Übertragung des Geburtsurlaubs von einem Elternteil auf den anderen könnte als eine Massnahme zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verstanden werden, wie sie in der Verfassung und im Gleichstellungsgesetz garantiert ist. In diesem Sinne entsprechen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen einem der Ziele, die in der Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes angestrebt werden. Über die rein rechtlichen Überlegungen zur formalen Gleichstellung hinaus ist der SBLV jedoch der Ansicht, dass die Antwort auf die parlamentarische Initiative in erster Linie das Wohl und die Gesundheit des Kindes, von dem ein Elternteil verstorben ist, zum Ziel haben muss. Die Bindung zum überlebenden Elternteil muss trotz der Trauersituation unbedingt aufgebaut werden können. Dies erfordert Zeit.

Die Überlegungen zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern dürfen jedoch nicht unter den Tisch gekehrt werden. Sie ist es, die die Ablehnung der Vorschläge der Kommissionsminderheit durch den SBLV rechtfertigt.

II. Kommissionsvorschlag

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil soll - wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub - über die Erwerbersatzordnung (EO) entschädigt werden.



Neu soll der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub beginnt am Tag nach dem Tod der Mutter und ist am Stück zu beziehen. Die Mutter soll einen Urlaub von zwei Wochen erhalten, wenn der Vater während der sechs Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der sechs Monate ab dem Tag nach dem Tod des Vaters bezogen werden. Der hinterbliebene Elternteil soll zudem je unverändert Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub haben.

III. Minderheitsvorschlag

Eine Minderheit beantragt, in zwei Punkten vom Vorschlag der Kommission abzuweichen. Einerseits spricht sie sich dafür aus, dass nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält und kein zusätzlicher Urlaub für die Mutter beim Tod des anderen Elternteils gewährt wird. Andererseits soll der Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter nicht mit dem Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen kumuliert werden. Der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen soll im Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter eingeschlossen sein.

IV. Fazit

Aufgrund der ausgesprochenen Härte der Situation, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, besteht auch in den Augen des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV dringender Handlungsbedarf. Wir unterstützen ausdrücklich den Kommissionsvorschlag und lehnen den Minderheitsvorschlag ab. Beim Kommissionsvorschlag handelt es sich um eine praktikable und einfach umsetzbare Lösung. Er ermöglicht dem hinterbliebenen Elternteil, sich (zumindest für einen kurzen Zeitraum) um das Neugeborene sowie allfällige weitere Kinder zu kümmern. Der vorliegende Kommissionsvorschlag soll eine kleine Hilfestellung beim schmerzhaften Verlust des anderen Elternteils sein. Die finanziellen Konsequenzen des Kommissionsvorschlags sind für die EO zudem gering und können über die derzeitigen Ressourcen abgedeckt werden. Es wird keine Zusatzfinanzierung benötigt. Der aktuelle Beitragssatz von 0,5 % ist ausreichend. Die Kosteneinsparungen bei Umsetzung des Minderheitsvorschlags anstelle des Kommissionsvorschlags sind minimal. Die Kosten für einen über die EO abgegoltenen Urlaub im Falle des Todes der Mutter dürften sich im Jahr 2024 auf rund CHF 80'000 belaufen, im Falle des Todes des anderen Elternteils lägen sie bei rund CHF 40'000. Die Kosten für den Minderheitsantrag dürften im Jahr 2024 rund CHF 70'000 betragen. Die Differenz ist also gering. Es macht daher wenig Sinn, den Minderheitsvorschlag anstelle des Kommissionsvorschlags zu unterstützen.

Daneben befürwortet der SBLV, die redaktionellen und begrifflichen Anpassungen vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

Vielen Dank, dass die Anliegen des SBLV und damit der Frauen vom Land berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband SBLV

Gabi Schürch-Wyss
Vizepräsidentin SBLV und Präsidentin
Familien- und Sozialpolitik

Kathrin Bieri
Geschäftsführerin

Übrigens:

Gemeinsam sind wir das Netzwerk der Frauen vom Land und geben über 50'000 Bäuerinnen und Landfrauen aus allen Kantonen und Sprachregionen eine Stimme.

Kompetent setzen wir uns für die attraktive Bildung Bäuerin ein, stärken die Frauen vom Land und fördern das Wissen rund um das Haushalts- und Alltagsmanagement.

Engagiert machen wir uns seit 1932 stark für die berufliche, wirtschaftliche und soziale Stellung der Bäuerin und der Frau vom Land.

www.landfrauen.ch



Per E-Mail
Bundesamt für Sozialversicherungen
Marie Buchs
Marie.buchs@bsv.admin.ch

Luzern, 10. Mai 2022

15.434 Parlamentarische Initiative «Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter» Stellungnahme des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes SKF

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Änderungen Stellung zu nehmen. Der SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 120'000 Frauen in der Schweiz.

I. Einleitende Bemerkung zur Gesetzesvorlage

Nach der Geburt eines Kindes erhalten erwerbstätige Mütter in der Schweiz 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, erwerbstätige Väter erhalten 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. Stirbt ein Elternteil während seines Urlaubs, endet heute sein Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub. Die Konsequenzen dieser Regelung werden besonders deutlich, wenn die Mutter stirbt. In diesem Fall entfällt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub und dem hinterbliebenen Vater steht lediglich der Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen zu, sofern er diesen Urlaub zum Zeitpunkt des Todes noch nicht bezogen hat. Vor diesem Hintergrund begrüsst der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF, dass Änderungen angestrebt werden, um diesen tragischen Fällen Rechnung zu tragen. Zukünftig soll dem hinterbliebenen Elternteil Anspruch auf einen Urlaub mit einer festgelegten Dauer und Entschädigung gewährt werden.

II. Kommissionsvorschlag

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil soll - wie der Mutterschafts- und der Vaterschaftsurlaub - über die Erwerbersatzordnung (EO) entschädigt werden. Neu soll der Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhalten, wenn die Mutter, während der 14 Wochen nach der Geburt des Kindes stirbt. Der Urlaub beginnt am Tag nach dem Tod der Mutter und ist am Stück zu beziehen. Die Mutter soll einen Urlaub von 2 Wochen erhalten, wenn der Vater, während der 6 Monate nach der Geburt des Kindes stirbt. Dieser Urlaub kann wochen- oder tageweise innerhalb der 6 Monate ab dem Tag nach dem Tod des Vaters bezogen werden. Der hinterbliebene Elternteil soll zudem je unverändert Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub haben.



III. Minderheitsvorschlag

Eine Minderheit beantragt, in zwei Punkten vom Vorschlag der Kommission abzuweichen. Einerseits spricht sie sich dafür aus, dass nur der hinterbliebene Vater einen Urlaub von 14 Wochen erhält und kein zusätzlicher Urlaub für die Mutter beim Tod des anderen Elternteils gewährt wird. Andererseits soll der Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter nicht mit dem Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen kumuliert werden. Der Vaterschaftsurlaub von 2 Wochen soll im Urlaub von 14 Wochen im Todesfall der Mutter eingeschlossen sein.

IV. Fazit

Aufgrund der ausgesprochenen Härte der Situation, wenn ein Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt, besteht dringender Handlungsbedarf. Wir unterstützen ausdrücklich den Kommissionsvorschlag und lehnen den Minderheitsvorschlag ab. Beim Kommissionsvorschlag handelt es sich um eine praktikable und einfach umsetzbare Lösung. Er ermöglicht dem hinterbliebenen Elternteil, sich (zumindest für einen kurzen Zeitraum) um das Neugeborene sowie allfällige weitere Kinder zu kümmern. Die finanziellen Konsequenzen des Kommissionsvorschlags sind für die EO zudem gering und können über die derzeitigen Ressourcen abgedeckt werden. Es wird keine Zusatzfinanzierung benötigt. Der aktuelle Beitragssatz von 0,5% ist ausreichen. Die Kosteneinsparungen bei Umsetzung des Minderheitsvorschlags anstelle des Kommissionsvorschlags sind minimal. Die Kosten für einen über die EO abgegoltenen Urlaub im Falle des Todes der Mutter dürften sich im Jahr 2024 auf rund CHF 80'000 belaufen, Falle des Todes des anderen Elternteils lägen sie bei rund CHF 40'000. Die Kosten für den Minderheitsantrag dürften im Jahr 2024 rund CHF 70'000 betragen. Die Differenz ist also gering. Es macht daher wenig Sinn, den Minderheitsvorschlag anstelle des Kommissionsvorschlags zu unterstützen.

Daneben befürwortet der SKF, die redaktionellen und begrifflichen Anpassungen vorzunehmen, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben.

Aufgrund der oben ausgeführten Gründe sprechen wir uns für die Vorlage aus. Der Vorstand des SKF dankt Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund

Freundliche Grüsse

Simone Curau-Aeppli
Präsidentin

Karin Ottiger
Co-Geschäftsleiterin



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit

Per Mail an: marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 11. April 2022

Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter: Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben am 17. Februar 2022 das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 15.434 eröffnet. Der Schweizerische Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV nimmt gerne Stellung zur Vorlage, betrifft sie doch Einelternfamilien, mit denen sich der Verband besonders befasst.

Der SVAMV unterstützt die von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats verabschiedete Gesetzesänderung, durch die neu ein Urlaub für den hinterbliebenen Elternteil gewährt werden soll, wenn der andere Elternteil kurz nach der Geburt des Kindes stirbt.

Auch wenn der Tod eines Elternteils kurz nach der Geburt eines Kindes in der Schweiz sehr selten ist, gilt es, die bestehende Gesetzeslücke aufgrund der besonderen Schwere der Situation der Hinterbliebenen zu schliessen.

Verstirbt eine Elternperson, bleibt die andere mit vielen Aufgaben alleine zurück. Der Aufbau einer Bindung mit dem Neugeborenen wird besonders wichtig, da eine elterliche Bezugsperson fehlt. Sind ältere Geschwister da, brauchen sie gerade in der ersten Zeit nach dem Tod des Vaters oder der Mutter besonders viel Zuwendung des hinterbliebenen Elternteils, um mit ihrem Verlust zurecht zu kommen. Zudem stellen sich nach dem Tod des Partners/der Ehegattin viele administrative und rechtliche Fragen, deren Regelung Zeit braucht. Gleichzeitig mit all diesen Aufgaben muss der hinterbliebene Elternteil auch die eigene Trauer bewältigen. Nicht alle Hinterbliebenen verfügen über ein soziales Netz, das sie auffängt. Die Erziehung von Kindern liegt in unserer heutigen Gesellschaft hauptsächlich in der Verantwortung der Eltern. Viele Grosseltern haben ihr eigenes Leben und können und wollen nur punktuell mithelfen. Ein schwerer Schicksalsschlag wie der Tod eines/einer engsten Angehörigen kann zudem zu Einsamkeit führen, wenn sich Mitmenschen - auch aus Überforderung - abwenden. Aus diesen Gründen unterstützt der SVAMV den Gesetzesvorschlag, der den Anspruch auf Urlaub nach dem Tod einer Elternperson kurz nach der Geburt zusätzlich zum Anspruch auf den Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub gewährt. Er trägt dadurch den ausserordentlichen Belastungen und Herausforderungen, mit denen die Betroffenen konfrontiert sind, Rechnung.

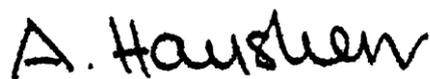
Eine klare Regelung der Arbeitsbefreiung beim Tod eines Elternteils und die Finanzierung der Lohnfortzahlung durch das Erwerb ersatzgesetz EO stellt auch für die Arbeitgebenden eine Entlastung dar. Sie müssen in diesen seltenen, aber schweren Fällen keine eigenen Lösungen schaffen und werden finanziell entlastet.

Der SVAMV ist dezidiert der Meinung, dass eine möglichst einfache Lösung implementiert werden soll. Das Sozialversicherungssystem der Schweiz ist bereits sehr kompliziert. Auch deshalb müssen neue Regelungen möglichst einfach sein, damit sie nicht nur von Expertinnen und Experten, sondern auch von den Zielgruppen verstanden werden. Zudem werden die für die Ausrichtung von EO-Geldern zuständigen Ausgleichskassen wenige Fälle bearbeiten müssen, bei denen diese neue Leistung auszubezahlen ist. Das lässt sich aus der Todesursachenstatistik des BFS schliessen, die zeigt, dass glücklicherweise in der ganzen Schweiz nur eine bis acht Mütter pro Jahr im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett versterben. Eine einfache Lösung trägt dazu bei, dass die Entschädigungen auch ohne Routine, die aufgrund zahlreicher Fälle entsteht, rasch und unbürokratisch ausbezahlt werden können. Der SVAMV unterstützt auch deshalb den Vorschlag, dass der hinterbliebene Elternteil die Entschädigung zusätzlich zum unveränderten Anspruch auf den eigenen Vaterschafts- resp. Mutterschaftsurlaub bekommt.

Mit der Gesetzesänderung sollen gemäss Vorschlag der Kommission die redaktionellen und begrifflichen Anpassungen zur Vaterschaftsentschädigung vorgenommen werden, welche sich aufgrund der Annahme der «Ehe für alle» in der Volksabstimmung vom 26. September 2021 ergeben. Der SVAMV heisst diesen Vorschlag gut. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass «Urlaub» im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes nicht das richtige Wort ist. Ein neugeborenes Kind ist ein grosses Glück, das aber auch mit viel Arbeit verbunden ist. Fehlt ein Elternteil und können damit die elterlichen Aufgaben nicht auf vier Schultern verteilt werden, ist die Arbeitslast besonders gross. «Elternzeit» wäre deshalb aus Sicht des SVAMV der treffendere Begriff, denn nicht bezahlte Arbeit darf nicht mit Urlaub gleichgesetzt werden.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Anna Hausherr, Präsidentin



Yvonne Feri, Geschäftsführerin

TGNS · MONBIJOUSTR. 73 · 3007 BERN

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrates
Per E-Mail:
marie.buchs@bsv.admin.ch

Bern, 24.05.2022

15.434 n Pa. Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter – STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Mitglieder der Kommission SGK-N,

Gerne nehmen wir Stellung betreffend der rubrizierten Vernehmlassung. Der Verein Transgender Network Switzerland (TGNS) ist die nationale Organisation von und für trans Menschen. Unsere Stellungnahme erfolgt aus dieser Perspektive; Schweigen zu damit nicht zusammenhängenden Aspekten der Vorlage ist daher nicht als Zustimmung zu verstehen.

Die **Grundidee der Vorlage**, Familien mit mindestens einem Baby, bei denen ein Elternteil stirbt, die notwendige Zeit zu verschaffen, um sich neu zu organisieren, unterstützen wir ausdrücklich. Diese Zeit ist für Eltern wie Kind(er) unabdingbar, der Erhalt der Erwerbsarbeit für Familie und Gesellschaft positiv. Die Regelung innerhalb des EOG erscheint uns sachgerecht.

Es erscheint uns jedoch dringend geboten, diese Sozialleistung rechtsgleich auszugestalten. Dazu bedarf es eines neuen Gesetzesentwurfs unter Beachtung namentlich folgender Aspekte:

- **Geschlechtsneutrale Bezeichnung der Elternposition:** Auch Männer tragen Kinder aus und bringen sie zur Welt. Diese als „Mutter“ zu bezeichnen ist selbstredend so deplatziert, wie es für Väter wäre, die das Kind nicht geboren haben. Entsprechend bedarf es durchgehend geschlechtsneutraler Bezeichnungen von Elternpositionen, denn nur neutrale Bezeichnungen unterliegen keinen solchen Fehlzuschreibungen. Dass geschlechtsneutrale Bezeichnungen sprachlich einfach umsetzbar sind, zeigt namentlich die mit der geschlechtsneutralen Ehe aufgenommene Bezeichnung „anderer Elternteil“.
- **Gleichbehandlung der Geschlechter:** Der Anspruch auf „Urlaub“, der durch den Tod eines Elternteils entsteht, ist nicht zu verwechseln mit dem Anspruch auf „Urlaub“ der einer Person entsteht, weil sie ein Kind geboren hat. Während letzterer Anspruch an die Person gebunden ist und zu Recht nur Menschen zusteht, die Kinder gebären können, dient der Hinterbliebenenurlaub der gesamten Familie und ist nicht mit reproduktiven Funktionen verbunden. Entsprechend gibt es keinen sachlichen Grund, den Hinterbliebenenurlaub für Mütter und für Väter unterschiedlich auszugestalten. Wir regen daher an, den Hinterbliebenenurlaub vollständig geschlechtsneutral auszugestalten, vom Sozialleistungsanspruch aufgrund Gebärens zu entkoppeln und sich an den vorgeschlagenen 14 Wochen für Väter zu orientieren.

- **Gleichbehandlung der Familienmodelle und von Regenbogenfamilien:** Der vorgeschlagene ungleiche Anspruch von „Mutter“ und „Vater“ führt dazu, dass Familien mit traditioneller Rollenverteilung bevorzugt werden. Auch dies ist mit dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf diskriminierungsfreie Behandlung durch den Gesetzgeber unvereinbar. Besonders stossend wirkt sich jedoch aus, dass der Hinterbliebenenurlaub nur denjenigen Eltern zukommen soll, die mit dem Neugeborenen ein rechtliches Kindesverhältnis verbindet oder zu denen ein solches fristgerecht entsteht. Offensichtlich benachteiligt werden dadurch Regenbogenfamilien, die aufgrund des engen Anwendungsbereiches der automatischen Mutterschaft nach Art. 255a neuZGB auch in der Zukunft in der ersten Zeit meist rechtlich nicht abgesichert sein werden, sowie von Familien mit mehr als zwei Elternteilen, denen die rechtliche Absicherung aller Eltern grundsätzlich verwehrt ist. Der Hinterbliebenenurlaub muss aber auch diesen Familien zukommen. Denn die Bedürfnisse dieser Kinder unterscheiden sich nicht von denen von Kindern aus traditionellen Familien: Sie brauchen Betreuung. Daher soll Anspruch auf den Hinterbliebenenurlaub erhalten, wer faktisch als Elternteil für das Kind sorgt.
- **Urlaubsbezug flexibel nach individuellem Bedarf:** Die Einschränkung, dass der „Urlaub“ am Stück bezogen werden muss, ist nicht notwendig. Eltern wissen selbst am besten, ob ihrer Familie und ihrer Erwerbsarbeit mit einem „Urlaub“ am Stück oder mit einer flexiblen Aufteilung besser gedient ist. Diese Freiheit soll daher in keinem Fall gesetzlich eingeschränkt werden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme dieser Stellungnahme und hoffen, Ihrer Kommission damit für die Überarbeitung der Vorlage gedient zu haben.

Freundliche Grüsse,



Alecs Recher, MLaw, dipl. Heilpäd.
Leitung Rechtsberatung & Advocacy